

Stenographisches Protokoll.

28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Dienstag, den 15. März 1921.

Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21 (168 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1053).

Urlaubserteilung (Seite 1053).

Beschrift der Bundesregierung,

betreffend den Gesetzentwurf, betreffend Aufhebung des Gesetzes über die registrierten Hilfskassen (258 der Beilagen [Seite 1116]).

Vorlagen der Bundesregierung.

Zuweisungen:

1. 253 der Beilagen an den Ausschuss für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 1117);
2. 255 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuss (Seite 1117).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (54 der Beilagen), be-

treffend das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21 (1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921) und über die Vorlage der Bundesregierung (188 der Beilagen), betreffend den I. Nachtrag zum Entwurfe des Bundesfinanzgesetzes 1920/21 (168 der Beilagen — Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppen XI. „Land- und Forstwirtschaft“ und XVI. „Volksernährung“ — Redner: Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Haueis [Seite 1053], die Abgeordneten Hammerstorfer [Seite 1057], Otto Mayr [Seite 1065], Freundlich [Seite 1067], Derich [Seite 1072], Bichl [Seite 1074], Sever [Seite 1078], Dr. Renner [Seite 1080], Spezialberichterstatter über Gruppe XI. Eisenhut [Seite 1081] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 1083] — Spezialdebatte über die Gruppen XII. „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“ und XVIII. „Sozialisierung“ — Redner: die Spezialberichterstatter über Gruppe XII. Dr. Döbner [Seite 1083], Partik [Seite 1087], Dr. Schürff [Seite 1089], Spezialberichterstatter über Gruppe XVIII. Dr. Waber [Seite 1090], die Abgeordneten Freundlich [Seite 1090], Dr. Zeidler [Seite 1095], Bundesminister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten Heinl [Seite 1103], die Abgeordneten Reuhöfer [Seite 1110], Dr. Otto Bauer (tatsächliche Berichtigung) [Seite 1112] —

1052

28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 15. März 1921.

Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 1113 und 1114] — Spezialdebatte über Gruppe XIII. „Soziale Verwaltung“ — Redner: Spezialberichterstatter Fischer [Seite 1114).

Ausschüsse.

Zuweisung von 234, 236 und 247 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 1117).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Antrag

des Abgeordneten Lenz und Genossen, betreffend die Ausgestaltung der Personenhaltestelle Gmünd Stadt zu einem Kopfbahnhof (262 der Beilagen).

Verkehrsweisen und für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Heranziehung der Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie zur Begutachtung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetzentwürfe (Anhang I, 91/I);

Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Frank, Clessin und Genossen an die Bundesminister für soziale Verwaltung, für

2. der Abgeordneten Wiedenhofer, Tuller, Schlager und Genossen an die Bundesregierung über den Verkauf von Aktien der Alpinen Montangesellschaft an die Stinnes-Gruppe (Anhang I, 92/I).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. **Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Reich**, dritter Präsident
Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Sever**, **Bösch**.

Vizekanzler und Leiter der Angelegenheiten des Unterrichtes und des Kultus:
Breisky.

Bundesminister: Dr. **Glanz** für Inneres und Unterricht und Leiter des Bundesministeriums für Heereswesen, Dr. **Paltauf** für Justiz, **Haureis** für Land- und Forstwirtschaft, **Heinl** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Pesta** für Verkehrswesen, Dr. **Resch** für soziale Verwaltung.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef **Suchor**, Sektionschef **Reich**, Sektionschef **Grochl**, Sektionschef Dr. **Rücker**, Ministerialrat **Bergmann**, Ministerialrat Dr. **Wohlgemuth**, Ministerialrat Dr. **Koller** des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 14. März liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

Dem Herrn Abgeordneten Domes habe ich einen Urlaub bis 26. d. M. erteilt.

Ihr Verbleiben von der heutigen Sitzung haben entschuldigt die Abgeordneten Dr. **Adler**, **Stika** und **Zwanzger**.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21 (168 der Beilagen), und zwar Gruppe XI, „Land- und Forstwirtschaft“ und Gruppe XVI, „Volksernährung“.

Zum Worte gelangt der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Haureis**.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Haureis:** Hohes Haus! Gelegentlich der Beratung des Voranschlages für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft im Finanzausschusse und gestern wieder im hohen Hause wurde das Fehlen eines Produktionsförderungsprogrammes bemängelt. Um das Ackerbauministerium in dieser Hinsicht zu

entlasten, sei die Feststellung, daß dortselbst der Wert und die Bedeutung eines solchen Programmes für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft frühzeitig erkannt und in dieser Erkenntnis entsprechend auch gehandelt wurde. Schon der seinerzeitige Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca hat ein solches Programm ausarbeiten lassen. Der Umsturz und seine Folgen haben die Grundlagen, auf denen dieses Programm aufgebaut war, vollkommen verschoben, wodurch sich Staatssekretär **Stöckler** veranlaßt sah, eine Umbearbeitung desselben zu verfassen. Die Erlassung der Bundesverfassung mit der Überweisung wichtiger landwirtschaftlicher Aufgaben von der Zentralregierung, beziehungsweise dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft an die Länder hat eine abermalige Umarbeitung notwendig gemacht. Diese letztere ist in Arbeit und ich hoffe, das Programm in naher Zeit dem hohen Hause vorlegen zu können. (*Hört! Hört!*)

Das Landwirtschaftsamt hat mit der Produktionsförderung aber nicht zugewartet, bis das Programm hierfür ausgearbeitet war, sondern hat, trotz der Ungunst der Verhältnisse, mit den ihm zur Verfügung stehenden, sehr beschränkten Mitteln (*Sehr richtig! — Abgeordneter Schneidmader: Sehr beschränkt!*) zu nutzen, zu fördern, zu helfen versucht, so gut es eben ging. Ich bitte, hohes Haus, zu bedenken, daß die dem Bundesministerium zur Verfügung stehenden Dotationen aus einer Zeit stammen, in der die Kaufkraft unseres Geldes eine ungleich bessere war, als jetzt, und daß die finanziellen Nöten unseres Staates besonders das Landwirtschaftsamt zu spüren bekam. Dankbar möchte ich aber hervorheben, daß der gegenwärtige Herr Finanzminister im Rahmen des Möglichen bestrebt ist, meinen Wünschen Rechnung zu tragen.

Gehe ich nun daran, dem hohen Hause in kurzen Zügen mitzuteilen, worin die Produktionsförderung bisher bestanden hat, muß ich aber einen Gedanken aussprechen, der meines Erachtens für diese Förderung von ganz besonderer Bedeutung ist. Es ist kein neuer Gedanke, aber gewisse Wahrheiten müssen oft wiederholt werden, um zur Tat ausreifen zu können. Die Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung einseitig der Landwirtschaft gegenüber wirkt sehr produktionshemmend. (*Lebhafte Zustimmung.*) Das Wort „muß“ hat viele Fasser und es klingt besonders unangenehm dem Landwirte. Diese Zwangsbewirtschaftung, dann die Knappheit der Lebensmittel, die Ungewißheit, ob diese Lebensmittel fürs ganze Jahr oder nur einen Teil desselben bereit stehen werden, haben die Bauern,

besonders jene der Alpenländer, gezwungen, auf ihren Höfen möglichst alle Lebensmittel zu erzeugen, die zur anstandslosen Verpflegung ihrer Familie notwendig schienen und dies unbekümmert darum, ob Klima, Bodenbeschaffenheit und Bearbeitungsmöglichkeiten hohe oder niedere Erträge versprachen. In der Vorkriegszeit war es anders. Dort hat der Bauer jene Fruchtgattungen gebaut, von denen er sich die höchsten Erträge erhofft hat. Der Überschuss wurde verkauft und der Erlös zur Anschaffung fehlender Lebensmittel verwendet.

Wenn ich der Auflassung der Zwangsbewirtschaftung das Wort rede, habe ich der möglichen Komplikationen wegen nicht die sofortige Auflassung dieser Wirtschaftsform im Auge, sondern den dermalen zulässigen Abbau derselben. Aber eine weitere Lockerung dieser Fesseln, die die Landwirtschaft an der notwendigen Bewegungsfreiheit hindern, ist nach meinem Dafürhalten notwendig, denn nur durch dieselbe und durch Übernahmepreise, die den Produktionskosten angepasst sind, wird der so notwendige Anreiz zu intensiver Wirtschaftsführung gegeben werden können. *(Abgeordneter Schneidmahl: Mit anderen Worten, es muß der christliche Sozialismus durch den Manchesterliberalismus ersetzt werden!)* Nun möchte ich einer Äußerung entgegenreten, deren lähmende Wirkung auf die Schaffensfreudigkeit der Bauern nicht abzusprechen ist, dem Anwurfe nämlich, die Bauern sind reich geworden, sie haben kein Interesse an der Arbeit und vermehrter Produktion. Demgegenüber stelle ich fest, die Bauern von heute sind in ihrer übergroßen Mehrzahl dieselben fleißigen und arbeitswilligen Männer von ehemals. *(Rufe: Sehr richtig! — So ist es!)*

Verzeihen Sie, wenn ich noch einen Vorwurf entkräften möchte, mit welchem man sehr bald zur Hand ist, den Vorwurf nämlich, es mangle dem Landwirtschaftsamte an Voraussicht und zielsicherer Entschlossenheit, sowohl auf dem Gebiete der Gesetzgebung als auch auf jenem der Verwaltung und daher gehe es mit der Hebung der Produktion allzu langsam. Wem steht die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Landeskultur zu? Den Landtagen, denn hieran haben die Verfassungsgesetze kaum etwas geändert *(Abgeordneter Schneidmahl: Wem steht die Initiative zu?)* und dem ist, so sagen die Föderalisten, wohl gut so. Die Länder werden diese Gesetze so recht ihren Verhältnissen anpassen können. Man vergesse auch nicht, daß die Verfassungsgesetze dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft nur gewisse Rechte der Grundgesetzgebung einräumen. Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wird daher, soweit es sich um die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Landeskultur handelt, in fachtechnischer und gesetzgeberischer Richtung nur eine beratende Stellung zukommen können. Dieses Hindernis ist aber nicht das alleinige. Ich

bitte doch zu bedenken, was die Ursache war, daß die land- und forstwirtschaftliche Produktion so rückständig wurde und wie man jetzt noch Hindernissen und Hemmnissen gegenübersteht, die fast unüberwindliche sind. Oder sind solche Hindernisse nicht: ein früher nicht gekannter Mangel an Rohstoffen, eine kaum jemals dagewesene Erschwerung der Beschaffung aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel, die enorme Verteuerung der Lebenshaltung und aller Bedarfsartikel und ihre Auswirkung insbesondere auf die Steigerung der Arbeitslöhne, so zwar, daß sie mitunter schon die Rentabilität wenn nicht überhaupt die Betriebsmöglichkeit der Land- und Forstwirtschaft in Frage stellen. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Aber nun zur Besprechung jener Belange, die sich als Aktionen zum Wiederaufbau unserer Land- und Forstwirtschaft darstellen. Als solche seien zunächst die Aktionen zur Behebung der Hochwasserschäden vom September 1920 erwähnt.

Die Hochwasserkatastrophe des Monats September 1920 hat in den Ländern Salzburg, Oberösterreich, Tirol und Steiermark schwere Schäden an den der Fürsorge des Bundesministeriums zustehenden Gewässern und Wildbächen angerichtet.

Durch die Mitarbeit der technischen Organe der Länder und des Bundesministeriums, insbesondere der forsttechnischen Abteilung für Wildbachverbauung, wurde ein mit 207.000.000 K festgesetztes Bauprogramm erstellt, dessen Durchführung mit Beihilfe des Staates die wesentliche Behebung dieser Schäden herbeiführen wird.

Weiters möchte ich die mit englischer Hilfe ermöglichte Aktion der Beschaffung von Kartoffelsaatgut erwähnen, durch welche eine Verbesserung und Produktionsvermehrung dieses hervorragend wichtigen Nahrungsmittels gesichert erscheint. *(Abgeordneter Schneidmahl: Diese Anregung ist vom Ausland und nicht vom Bundesministerium gekommen!)* Nun kommt aber eine, die vom Bundesministerium stammt.

Von größter Bedeutung für die Landwirtschaft dürfte aber die von der Regierung eingeleitete Aktion der Beschaffung von Kunstdünger an die gesamte Landwirtschaft werden, welche im Zusammenhange sowohl mit der Saatkartoffelzuweisung als überdies mit der Nachzahlung auf das sogenannte Pflichtgetreide unmittelbar zur Durchführung gelangen soll. Hienach sollen die entsprechenden der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Mengen an Kunstdünger, das sind derzeit Superphosphat, Höhlenphosphat, schwefelsaures Ammoniak und 20- bis 40prozentiges Kaliumsalz allen Landwirten, welche Saatkartoffeln zur Züchtung übernehmen, beziehungsweise welche bisher ihrer Lieferungsverpflicht an Getreide nachgekommen sind, ebenso wie zur Hebung des Futterbaues entsprechende Mengen dieser Dünge-

mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Einzelheiten dieser Zuweisung sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bereits ausgearbeitet und veröffentlicht worden.

Der zur Förderung des Kartoffelanbaues bestimmte Kunstdünger dürfte, wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten, noch rechtzeitig im Frühjahr auf die Felder kommen. Die dem Getreide- und Futterbau gewidmeten Kunstdüngermengen werden ihre günstige Wirkung erst auf die Ernte 1922 äußern können. Im ganzen sollen mehr als 4000 Waggons Kunstdünger in Verkehr gebracht werden, für unsere derzeitigen Verhältnisse eine ganz ansehnliche Menge.

Auch auf dem Gebiete des künftigen Futterbaues wurden, angeregt durch die sehr guten Erfolge, die man in diesem Belange in Tirol gemacht hat, Vorkehrungen getroffen, um demselben überall dort, wo die Bedingungen hiefür gegeben sind, Eingang zu verschaffen und so den Futterbau zu heben. Zu diesem Zwecke wurden Futterbauorgane bestellt. Alle Länder haben bereits solche; neun Stellen sind besetzt, vier sind ausgeschrieben. Um den Ländern die für die heutige Aktion notwendigen Mengen Gras- und Klee samen zeitgerecht an die Hand zu stellen, wurden insgesamt 37.000 Kilogramm Klee- und Grassamen im Werte von acht Millionen Kronen beschafft.

Was die Landarbeiterfrage anbelangt, ob-schweben nun Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen Erstellung eines neuen Kollektivvertrages mit Wirksamkeit vom 1. März 1921.

Ich bin nun nicht in der Lage, über den mutmaßlichen Ausgang dieser Verhandlungen dem hohen Hause von vornherein eine Vorherhersage abzugeben.

Gestatten Sie mir aber den Appell, daß nur durch ein gemeinsames Verstehen und Entgegenkommen die Gefahr gebannt werden kann, daß durch eine übermäßige Anspannung der Forderungen der Frühjahrssanbau und damit die Ernte und unsere gesamte Nahrungsversorgung in Frage gestellt wird. Soweit es auf meine Mitwirkung ankommen wird, werde ich nicht ermangeln, auch in voller Erkenntnis der Bedürfnisse der Landarbeiterschaft schon im Interesse der Milderung der Landflucht vermittelnd und die Gegensätze tunlichst ausgleichend einzutreten. *(Beifall.)*

Ich möchte mir nun gestatten, dem hohen Hause in Kürze über den Stand der Vieh- und Pferdezucht zu berichten.

Die österreichische Landwirtschaft arbeitet unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen, weil wir unter anderem auch einen großen Mangel an Nutzvieh haben, der auch durch die leichte Besserung unserer Jungviehbestände noch in absehbarer Zeit keine Änderung erfahren kann. Die unzureichende

Fütterung bewirkt, daß die durchschnittliche Leistungsfähigkeit an Milch, Fleisch und Arbeit noch tief unter dem Normalen steht.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat anlässlich der Beratung des Voranschlages meines Bundesministeriums einstimmig eine Resolution beschlossen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, ehestens einen Gesetzentwurf, betreffend die Förderung der Viehzucht, Viehverbetterung und Milchwirtschaft, einzubringen. Von meinem Ressortstandpunkt aus kam ich diese Entschliebung nur wärmstens empfehlen. *(Abgeordneter Schneidmahl: Sie ist auch schon in der Konstituierenden Nationalversammlung beschlossen worden!)* Ja; wir werden den Gesetzentwurf ausarbeiten, wenn das hohe Haus der Entschliebung die Zustimmung erteilt.

Ich glaube noch erwähnen zu sollen, daß die für den vergangenen Herbst in Aussicht genommene Einfuhr von Zuchtstieren aus der Schweiz zur Blutaufrischung nicht verwirklicht werden konnte, weil in der Zwischenzeit in den Gebieten, aus denen die Tiere beschafft werden sollten, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß diese Einfuhr von Zuchtstieren nun bewerkstelligt werden kann.

Eine besondere Aufgabe hat auch das meiner Leitung unterstehende Ressort durch die Führung der Veterinärverwaltung zu erfüllen.

Es liegt ja nicht nur im Interesse der österreichischen Landwirtschaft, sondern es ist auch aus Rücksichten der heimischen Volkswirtschaft überhaupt geboten, unsere Tierbestände vor Verseuchungen zu bewahren und auftauchende Tierseuchen möglichst rasch zu tilgen.

Mit Befriedigung kann konstatiert werden, daß die seinerzeit in großer Ausdehnung bestandene Räude bedeutend zurückgegangen und daß es gelungen ist, die nach dem Kriegsende bedauerlicherweise nach Kärnten eingeschleppte Zungenseuche zu unterdrücken. Seit Mai 1920 sind Neuausbrüche dieser gefährlichen Tierseuche nicht mehr vorgekommen. Auch die Ausbreitung der in bösartiger Form aufgetretenen Maul- und Klauenseuche hat eine erfreuliche Einschränkung erfahren. Abgesehen von der Anwendung der in den bestehenden Gesetzen begründeten Maßnahmen ist auch für die Forderung verschiedener Impfsverfahren, die beider modernen Seuchentilgung eine besondere Rolle spielen, Bedacht genommen worden.

Übergehend auf die Frage der Wiederbefiedlung möchte ich berichten, daß das Wiederbefiedlungsgesetz die mit seiner Durchführung betrauten Agrarbehörden in vollem Maße beschäftigt. Um einige Ziffern anzuführen, möchte ich erwähnen, daß vorläufig die Aufnahme von 1767 Gütern in das Verzeichnis der Wiederbefiedlungsgüter beschlossen wurde. Ein namhafter Teil der Verzeichnisse

wurde bereits in der letzten Zeit kundgemacht. Außerdem behandelten die Agrarlandesbehörden im Jahre 1920 1608 Enteignungsanträge zur Rückgewinnung von ehemaligen Bestandteilen bestehender Bauerngüter und Häusleranwesen.

Im Verlaufe der Durchführung zeigte sich das Gesetz in mancher Hinsicht verbesserungsbedürftig und es wird ein vom Bundesministerium ausgearbeiteter Entwurf in allernächster Zeit dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden. In diesem Entwurfe werden einige Bestimmungen des Gesetzes im Interesse einer möglichst Förderung der landwirtschaftlichen Produktion weiter ausgebaut und werden Vorkehrungen gegen die seitens der Grundbesitzer in einzelnen Fällen versuchte Vereitelung des Gesetzes getroffen werden.

Weiters wurde zunächst im administrativen Wege eine Zusammenstellung der für eine Siedlung in Betracht kommenden Flächen aus Staatsbesitz — und zwar mit Rücksicht auf die Wiener Verhältnisse, die zuerst Abhilfe verlangen —, im Wienerwald vorgenommen, um hier einmal Probiesiedlungen schaffen zu können.

Der Herr Abgeordnete Schneidmahl hat an mich die Frage gerichtet, wie es mit der Zusammenlegung von Grundstücken stehe. Darauf kann ich antworten: Im Marchfeld sind die Kommassationen nahezu abgeschlossen, in der Bruckner Ebene sind sie weit fortgeschritten und im Tullnerfelde in Angriff genommen. Dies in Niederösterreich, wo die Verhältnisse für die Zusammenlegung besonders günstige sind.

In anderen Ländern ist sie auf Grund des im Vorjahre beschlossenen Gesetzes in die Wege geleitet.

Schließlich möchte ich mir noch gestatten, dem hohen Hause einen kurzen Überblick über die Verwaltung der Staats- und Fondsforste zu geben:

Die der obersten Verwaltung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft unterstellten Staats- und Fondsforste im Ausmaße von rund 450.000 Hektar produktiver Fläche werfen heute einen etatmäßigen Holzertrag von 1.257.000 Festkubikmeter ab, von denen zirka 290.000 Festkubikmeter durch Servitut Holzbezüge für den Staat ertraglos gebunden sind.

Selbstverständlich konnte der gesamte Holzeinschlag der Staats- und Fondsforste auch schon in der Vorkriegszeit alljährlich, und zwar deshalb nicht zur Gänze genutzt und zum Verlaufe gebracht werden, weil sowohl Arbeitermangel als insbesondere der Mangel an forstlichen Brungungsmitteln die Nutzung entlegener und weniger wertvoller Bestände, so zum Beispiel von Durchforstungen im schwächeren Stangenholze, nicht rentabel erscheinen ließ. Diese Gründe, die sich dem alljährlichen Erfassen der

gesamten zulässigen Einschlagsmenge schon seinerzeit entgegengestellt haben, wirken unter den heutigen Wirtschaftserschwernissen noch in erhöhtem Maße ein. Trotz alledem konnte im abgelaufenen Jahre der aus dem Staatsforstbetriebe der Staatskasse und den Fondsrenten zufließende Reinertrag als ein günstiger bezeichnet werden.

Ich bemerke, daß auch der Reinertrag für das zweite Semester 1921 mit etwa 100 Millionen Kronen veranschlagt werden darf. Diesen günstigen Erfolg muß man jedoch ausschließlich auf die jetzt herrschende Höchstkonjunktur am Rohholz- und Schnittmaterialmarkte zurückführen, insbesondere dann, wenn man die heutigen enormen Arbeitslöhne und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Es ist gerade in letzter Zeit an der heutigen Bewirtschaftung der Staats- und Fondsforste ungünstige Kritik geübt worden, die hauptsächlich ausgelöst wurde durch die Absicht der Staatsforstverwaltung, den Holzverkauf und damit die Erträge aus den Staats- und Fondsforsten dort, wo es die Verhältnisse erheischen, durch langfristige Verkaufsabschlüsse am Stock auch für die Zukunft sicherzustellen.

Über diese langfristigen Vertragsabschlüsse will ich mich aber nicht äußern, weil ja diesbezüglich ein Untersuchungsausschuß eingesetzt ist, dessen Arbeit nicht vorgegriffen werden soll. Ebenso möchte ich es auch halten gegenüber den Angegriffenen, die in der letzten Zeit gegen einzelne Beamte des mir unterstellten Ministeriums erhoben wurden.

Ich glaube dem hohen Hause hiemit ein genügendes Bild der Wirksamkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gegeben zu haben und hoffe, daß das hohe Haus es mir zubilligen wird, daß im Rahmen des Erreichbaren auch im heurigen Jahre das mir unterstellte Ressort bestrebt gewesen ist, seinen Aufgaben soweit gerecht zu werden, als es ihm die Verhältnisse gestattet haben.

Lassen Sie mich zum Schlusse einen Appell an alle meine Berufsgenossen richten, ihre ganze Kraft der Erhöhung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung zu widmen und unverdrossen, soweit dies nötig ist, jene gerechten Lasten auf sich zu nehmen, die im Interesse der Allgemeinheit unbedingt erforderlich sind. Gestatten Sie mir aber auch, einen Appell an die übrigen Schichten der Bevölkerung zu richten, dahingehend, die Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit der Landwirte nicht immer wieder durch ungerechte Angriffe und Entstellungen zu gefährden. *(Beifall und Handelsklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hammerstorfer.

Abgeordneter Hammerstorfer: Hohes Haus! Mehrere Redner, unter ihnen auch der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, haben sich mit den hohen Löhnen, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter heute beziehen, beschäftigt. Ich kenne die Verhältnisse auf dem Lande und es wäre für mich geradz verlockend, auf dieses Kapitel näher einzugehen und gerade das Gegenteil von dem, was gesagt wurde, aufzuzeigen. Ich will mich aber heute nicht mit dem Schlechtesten beschäftigen, was die Löhne in der Landwirtschaft anbelangt, sondern ich will mich auf das Gebiet des Guten begeben, und zwar auf das Gebiet von Niederösterreich, wo tatsächlich Lohnverträge und Arbeitsverträge abgeschlossen wurden.

Niederösterreich ist in fünf Lohngebiete eingeteilt und wir haben in diesen Gebieten folgende Löhne. Im ersten Lohngebiet hat die erste Klasse, Professionisten, 1020 K, die zweite Klasse 945 K, Aufseher, Oberschweizer 945 K, Pferdekutscher erste Klasse 797 K, zweite Klasse 623 K und so geht es hinunter bis zum Hilfspersonal mit 405 K. Im zweiten Lohngebiet ist die höchste Stufe 969 K, die niederste Stufe 478 K, im dritten Lohngebiet die höchste Stufe 918 K, die niederste 453 K, im vierten Gebiet 816 K die höchste, 403 K die niederste, im fünften 663 K die höchste und 327 K die niederste Stufe. Das sind die Löhne, die der landwirtschaftliche Arbeiter in dem Gebiete bezieht, wo tatsächlich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, besonders beim Großgrundbesitz, herrschen.

Ja, meine Herren, wenn über die hohen Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter Klage geführt wird, so muß man doch auch in Betracht ziehen, daß, wenn alle Produkte im Preise so enorm steigen wie sie tatsächlich gestiegen sind, doch auch die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht auf der Stufe bleiben können, auf der sie vor Jahren gestanden sind, sondern, daß auch sie eine Erhöhung erfahren müssen. Aus dem, was ich Ihnen aufgezeigt habe, geht aber klar hervor, daß die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter ganz bestimmt nicht um den Prozentsatz gestiegen sind, um den die landwirtschaftlichen Produkte, die der Landwirt zum Verkauf bringt, gestiegen sind. Ich möchte Ihnen hier aufzeigen, was ein landwirtschaftlicher Arbeiter mit zwei Kindern, der einen Lohn von 756 K im Monat bezieht, eigentlich benötigt. Dann werden Sie darauf kommen, daß die Löhne, die heute gezahlt werden, eigentlich noch viel zu niedrig sind, damit der landwirtschaftliche Arbeiter überhaupt seine Bedürfnisse bestreiten kann, und wenn man ihn noch weiter so niedrige Löhne bezahlen würde, so würde er außerstande sein, draußen auf dem Felde Arbeit zu leisten, er würde außerstande sein, produzieren zu können. Die Folge wäre, daß dann die Landwirtschaft vollständig niederbrechen müßte,

wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter versagen würden.

Ich nehme, wie gesagt, einen landwirtschaftlichen Arbeiter an, der eine Frau und zwei Kinder hat und 756 K im Monat verdient. Der muß ausgeben: Für Deputatmehl 30 K, für Fleisch 60 K, für Milch 45 K, für Futter für Haustiere 30 K, für Rauchsorten derzeit 120 K, für Zucker 180 K, für Küchenerfordernisse 150 K, für Salz, Kaffee und Seife 226 K, für Zwirn für Kleiderreparaturen 40 K, für Zündhölzchen 20 K, für Schuhdoppler für den Mann 300 K. Das ergibt zusammen — und da habe ich noch von keinem Anzug, auch nicht von andern Bedürfnissen, die der Arbeiter hat, gesprochen — eine Summe von 1201 K, so daß für ihn ein Abgang von 445 K im Monat entsteht.

Es wird soviel Klage über die Landflucht geführt, das heißt über das Abwandern der Leute vom Lande in die Stadt. Es heißt immer, daß die landwirtschaftliche Produktion gehoben werden müsse, damit wir unsere Ernährungslage mit dem, was wir im Inlande selbst erzeugen, halbwegs ins Gleichgewicht bringen können. Wenn wir die landwirtschaftliche Produktion heben wollen, so steht dem der Leutemangel auf dem Lande entgegen. Ich möchte behaupten, daß der Leutemangel zum großen Teil schuld daran trägt, daß es überhaupt nicht so leicht möglich ist, die landwirtschaftliche Produktion zu heben oder auf eine solche Höhe zu bringen, daß wir unseren Bedarf an Lebensmitteln mehr im Inlande selbst decken können. Wenn wir die landwirtschaftliche Produktion heben wollen, brauchen wir unter allen Umständen die Hände der Arbeiter. Es wurde zwar sehr oft gesagt, daß die Hände der Arbeiter heute nicht gar so notwendig sind.

Die Arbeiter wurden in vieler Beziehung immer so hingestellt, als ob sie beinahe überflüssig wären, da ja ein großer Teil der Bauern ihre Felder selbst, ohne Dienstboten, mit den eigenen Kindern bebaute. Aber würden wir die landwirtschaftlichen Arbeiter entbehren müssen und würde die Landflucht noch weiter um sich greifen, so würden tatsächlich weite Strecken Landes vollständig brach liegen bleiben müssen, und wir wären nicht imstande, diese Strecken zu bebauen. Wenn der Herr Bundesminister davon gesprochen hat, daß Kunstdünger eingeführt wird, so möchte ich ihm entgegenhalten, daß zum Ausstreuen des Kunstdüngers auch die Hände der Arbeiter benötigt werden, daß man daher unter allen Umständen Mittel und Wege suchen muß, um der Landflucht Einhalt zu gebieten. Ich habe jedoch aus den Ausführungen des Herrn Bundesministers kein Wort darüber entnommen, wie er es sich vorstellt, daß der Landflucht Einhalt geboten werden kann.

Die Klagen über die Landflucht sind schon sehr alt. In Broschüren und Büchern wird ja

heute nachgewiesen, daß landwirtschaftliche Maschinen eingeführt werden müssen, daß der Grund und Boden zusammengelegt werden muß, um ihn gemeinwirtschaftlich bearbeiten zu können, es werden Bodenmeliorationen und alles mögliche vorgeschlagen, aber all das hilft uns blutwenig, wenn die Abwanderung vom Lande weiter solche Fortschritte macht wie bisher. Die gesetzgebenden Körperschaften, die landwirtschaftlichen Vereinigungen und die Fachzeitschriften haben sich mit der Frage der Landflucht zur Genüge beschäftigt, doch alle zusammen sind sie zu keinem eigentlichen Ergebnis darüber gelangt, wie man dieser Landflucht Einhalt gebieten könnte. Mit wenigen Ausnahmen hat man sich, statt praktische Vorschläge zu machen, immer auf den Standpunkt gestellt, daß Zwangsgesetze geschaffen werden müssen, damit die landwirtschaftlichen Arbeiter auf dem Lande bleiben. Es wird immer gesagt, auch in den Broschüren der landwirtschaftlichen Fachschriftsteller: Wir müssen die patriarchalischen Verhältnisse auf dem Lande aufrecht erhalten. Ja, meine Herren, die patriarchalischen Verhältnisse haben ja eigentlich auf dem Lande immer bestanden und trotzdem hat es schon vor Jahrzehnten eine Landflucht gegeben, auch als die patriarchalischen Verhältnisse noch vorhanden waren. Ich möchte geradezu behaupten, daß diese vielgepriesenen patriarchalischen Verhältnisse einen großen Teil der Schuld daran getragen haben, daß die Landflucht immer mehr um sich gegriffen hat. Schuld daran — das muß unter allen Umständen gesagt werden —, daß die Leute nicht auf dem Lande bleiben wollen, sind die eigentümlichen Verhältnisse auf dem Lande selbst. Da haben wir zum Beispiel einmal die mittelalterliche Dienstbotenordnung, die in vielen Ländern noch besteht. Es ist das eine Sklavenordnung ärgster Sorte, wie man sie sich ärger überhaupt nicht vorstellen kann. *(Zwischenruf des Abgeordneten Eisenhut:)* Ich komme darauf. Schon einmal der Leihkauf. . . *(Abgeordneter Eisenhut: Das ist nicht wahr!)* Es ist nicht wahr, daß diese Dienstbotenordnung ein Sklavengesetz ist? Mit den Dienstbotenordnungen müssen wir fahren, die gehören in die Rumpfkammer und passen nicht mehr in die neue Zeit hinein! *(Beifall.)* Wir haben zum Beispiel in den Dienstbotenordnungen noch den Leihkauf, der es den Dienstboten unmöglich macht, seinen Dienstplatz zu wechseln. Wenn es ihm auch dort noch so schlecht gegangen ist, mußte er auf dem Dienstplatz bleiben. Dann ist in vielen Dienstbotenordnungen auch noch eine Bestimmung enthalten, nach der der Bauer sogar das Recht hat, seine Dienstboten zu züchtigen. *(Abgeordneter Geissler: Das glauben Sie selber nicht!)* Das glaube ich selber nicht? Das habe ich doch aus der Dienstbotenordnung herausgelesen. *(Zwischenrufe.)* Das

erzählt tatsächlich und es ist ganz zwecklos, wenn Sie das wegleugnen wollen.

Der Dienstbote, der aus irgendwelchem Grunde seinen Platz verließ, galt als entlaufen. Das Wort „entlaufen“ ist tatsächlich in der Dienstbotenordnung drinnen. Deserteure sind entlaufen, Sträflinge können entlaufen, aber Menschen, die mit ihrer Händearbeit ehrlich erzeugen, schaffen und wirken, die können nicht „entlaufen“, die können nicht Sträflingen gleichgestellt werden. In den Dienstbotenordnungen ist sogar enthalten, daß derjenige, der einem „entlaufenen Dienstboten“ Unterkunft gibt, strafbar ist. Weiter hat man denn doch nicht mehr gehen können. Selbst Gendarmen konnten einen „entlaufenen“ Dienstboten auf seinen Dienstplatz zurückführen. In den Dienstbotenordnungen ist sogar enthalten, daß der Dienstgeber jederzeit das Recht hat, die Habseligkeiten des Dienstboten zu untersuchen, ob er nicht etwas gestohlen hat. Jederzeit stand ihm sein Koffer offen, er mußte ihm aufgesperrt werden, wenn er die Habseligkeiten des Dienstboten durchsuchen wollte. Der Dorfbürgermeister war in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten der oberste Richter, der Dorfbürgermeister, selbst ein Bauer, entschied in Arbeits- und Lohnstreitigkeiten bei den landwirtschaftlichen Arbeitern. Auch das Koalitionsrecht war den Arbeitern nicht eingeräumt.

Im steirischen Landtage haben schon am 13. Jänner 1910 die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag auf Abänderung dieser schrecklichen Bestimmungen der Dienstordnung eingebracht. Im Jahre 1912 haben sie diesen Antrag wiederholt und am 23. Februar 1914 ist ebenfalls von den sozialdemokratischen Abgeordneten ein Antrag auf Änderung der Dienstbotenordnung eingebracht worden. Alle diese Anträge wurden von den Bauern, die so sehr über die Landflucht Klage führen, abgelehnt. Am 1. Oktober 1909 brachten im steirischen Landtage die Christlichsozialen einen Antrag ein, der der Landflucht Einhalt gebieten sollte. In diesem Antrage fehlte es leider nicht an nutzlosen Zwangsversuchen. So beantragten sie, daß der § 246a des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches dahin abgeändert werden solle, daß sich Minderjährige ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters nicht verdingen dürfen.

Gemeint waren damit nicht vielleicht die Bauernsöhne und -töchter usw., sondern gemeint waren damit die armen Waisen, die sich nirgends helfen können, die einen Vormund haben, und diese Waisen sollten sich nicht vielleicht an die Industrie oder das Handwerk oder das Mädchen als Dienstmädchen in der Stadt verdingen dürfen — das sollte ihnen verboten werden —, sondern sie sollten unter allen Umständen gezwungen werden, bei den Bauern Arbeit zu nehmen.

Obwohl dieser Antrag am 1. Oktober 1909 gestellt wurde — und Sie können daraus ersehen, wie ernst die Christlichsozialen selbst diesen Antrag genommen haben — ist dieser Antrag erst am 19. Jänner 1912 im steirischen Landtag zur Verhandlung gelangt. Der Berichterstatter sagte damals, die Dienstbotenordnung sei weit mehr zum Schutze der Dienstboten als zum Schutze der Dienstgeber. Also diese Dienstbotenordnung, in der das Züchtigungsrecht besteht, diese Dienstbotenordnung, nach der der Dienstgeber das Recht hat, den Koffer seiner Dienstboten jederzeit zu durchsuchen, diese Dienstbotenordnung, nach der die Leute mit Gendarmen zu ihrer Arbeit zurückgetrieben werden können, wenn sie wie Verbrecher oder Deserteure „entlaufen“ waren, diese Dienstbotenordnung schildert der christlichsoziale Berichterstatter von damals so, daß sie weit mehr zum Schutze der Dienstboten als der Dienstgeber vorhanden ist. Derselbe Berichterstatter sagte weiter: „Wenn ein Landwirt seinem Arbeiter Gelegenheit gibt, sich eine Familie zu gründen, und dieser verdient dann nicht soviel, als zu ihrer Erhaltung notwendig ist, nimmt er sich einfach das Fehlende selbst.“ Also von diesem Standpunkt aus haben die Bauernvertreter in den Landtagen — und der steirische Landtag steht in dieser Beziehung nicht allein, es haben das die meisten Landtage im alten Österreich ebenso gemacht und auch die heutigen Landtage, wo die Bauern dominieren, machen keine besondere Ausnahme — die landwirtschaftlichen Arbeiter noch behandelt.

Bei dem ganzen Antrage kam nichts anderes heraus, als das der Landesauschuß beauftragt wurde, die Frage der Landflucht einem eingehenden Studium zu unterziehen. Das war im Jahre 1912 und jetzt schreiben wir 1921. Ich möchte aber die damaligen Ausschußmitglieder nicht gerne befragen, wie weit sie die Frage der Landflucht, diese für die Landwirtschaft so wichtige Frage, überhaupt einem Studium unterzogen haben. In Lohnfragen hatte der Arbeiter überhaupt nicht viel dreinzureden, den Lohn hat niemals der Dienstbote, der landwirtschaftliche Arbeiter, sondern immer der Arbeitgeber bestimmt und das mag auch wohl darauf zurückzuführen sein, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter bis in die neueste Zeit über keinerlei Organisation verfügt haben. Es herrschte keine geregelte Arbeitszeit, man arbeitete, solange man wollte, der Arbeiter hatte nichts dreinzureden und wenn er am Felde draußen umfiel, ist er halt umgefallen, die anderen arbeiteten weiter. Von einer Unfalls- oder Krankenversicherungsgesetzgebung war auf dem Lande überhaupt keine Rede. Als das Unfalls- und Krankenversicherungsgesetz für die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft geschaffen wurde, ist eben der große Fehler geschehen, daß man die sozialpolitische Gesetzgebung für die land- und forstwirtschaftliche

Arbeitserschaft eigentlich den Ländern überlassen hat. Die Länder, die Bauern sollten nun bestimmen, wie es eigentlich mit den Arbeiterschutzesetzen für ihre landwirtschaftlichen Arbeiter aussähen soll. Obwohl das Kranken- und Unfallsversicherungsgesetz seit 1888 besteht, muß festgestellt werden, daß bis in die heutige Zeit sich kein einziger Landtag, weder im alten Österreich noch jetzt im neuen Österreich, mit der Frage der Einführung der Kranken- und Unfallsversicherung für die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft beschäftigt hat. Im steirischen Landtage wurden alle Anträge, die die sozialdemokratischen Abgeordneten seit 1904 auf Einführung der Kranken- und Unfallsversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter stellten, ganz einfach von der Bauernmehrheit des steirischen Landtages abgelehnt.

Ich muß das heute alles anführen, um Ihnen aufzuzeigen, was eigentlich an dem größten Übel in der Landwirtschaft, an der Landflucht schuld ist. So hat es mit der sozialpolitischen Gesetzgebung ausgesehen, so schaut es mit der Dienstbotenordnung bis auf den heutigen Tag aus und wenn wir die Arbeiterwohnungen, die Wohnungen, in denen die Arbeiter auf dem Lande, die doch eine schrecklich lange Arbeitszeit und anstrengende Arbeit, besonders während der Sommermonate haben, uns ansehen, so finden wir, daß das Wohnungselend auf dem Lande geradezu schrecklich genannt werden muß. (Sehr richtig!) Gewiß gibt es Arbeitgeber auf dem Lande — und es sind nicht wenige —, die dafür Sorge tragen, daß ihre Leute anständig wohnen. Aber es gibt eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Arbeitgebern — und in manchen Gegenden Österreichs ist das besonders kraß —, die ihre Dienstboten heute noch im Stalle schlafen lassen. Ich bitte, ich habe selbst bei mehreren Bauern schon nachgesehen und habe im Stalle ein Leintuch gefunden, das man nicht schwarz, nicht grau oder gelb nennen kann, weiß kann man schon gar nicht sagen, eine Bettwäsche, die geradezu gepickt hat, kurz und gut, die schrecklichsten Zustände, die man sich überhaupt denken kann. Und selbst dort, wo die Dienstboten nicht in den Stallungen schlafen, wo sie in einer Dienstbotenwohnung untergebracht sind, sind diese Wohnungen ganz bestimmt nicht geeignet, in vielen Fällen wenigstens, für Menschen zu dienen, Menschen, die sich nach des Tages schwerer Arbeit anständig ausruhen wollen. In den meisten Dienstbotenwohnungen fehlt alles, was zur Bequemlichkeit der Arbeiter notwendig ist. Eine Heizgelegenheit, damit die Dienstboten sich im Winter einheizen können, ist in den wenigstens Fällen vorhanden, ebenso ist eine Waschgelegenheit, damit sich die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten auch reinigen können, fast nirgends vorhanden, überall müssen sie sich im kalten Wasser waschen,

sie können sich nicht ordentlich umziehen, nicht umkleiden, kurz und gut, es ist damit geradezu schrecklich bestellt.

Und die Hauptursache der Landflucht, das muß ich wohl anführen, ist, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter keinerlei Aussicht haben, sich jemals eine Familie zu gründen, das heißt solange sie überhaupt bei den Bauern dienen. Dazu besteht noch keine Altersversicherung. Wir leben zwar jetzt in der Republik und ich kann mich noch recht lebhaft erinnern, welche schweren Kämpfe die Arbeiterschaft durch Jahrzehnte um die Einführung der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung geführt hat, und ich kann mich noch sehr lebhaft erinnern, daß die heftigsten Gegner der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung eigentlich immer die Bauernvertreter gewesen sind, und wir sind in vielen Versammlungen Vorwürfe von Bauernvertretern gemacht worden, die gesagt haben: ja, die Sozialdemokraten wollen die Altersversorgung einführen, die wollen, daß die Invaliditätsversicherung eingeführt wird, wer muß aber das zahlen? Wir Bauern müssen wieder mehr Steuern zahlen! Ja, liebe Freunde, Sie haben eines dabei übersehen, nämlich das Einlegereisend auf dem Lande draußen. Es ist zwar richtig, daß in vielen Gemeinden heute schon Armenhäuser gebaut werden, aber es gibt noch unzählige Menschen, die sich von früher Jugend, vom 12., 13. Lebensjahre an schon bei den Bauern im Dorfe geschunden haben, dann in die Einlege hinausgeworfen wurden, wenn sie nicht mehr arbeiten konnten, alt oder zu Krüppeln geworden sind, um von einem zum andern Bauer bettelnd zu wandern und schließlich in Räusen und Schmutz zu verderben.

Und dazu kommt noch ein weiterer Umstand, der zur Förderung der Landflucht beiträgt. Den ganzen Sommer über, vom Frühjahr angefangen bis zum Herbst, haben die landwirtschaftlichen Arbeiter zu arbeiten, die Arbeit ist endlos, es wird angetrieben, nur drauf los! Wenn der Herbst kommt, kommt bei den Bauern die Dreschmaschine, sie geht von einem Bauernhof zum andern und wenn dann gedroschen ist, beginnt für den landwirtschaftlichen Arbeiter, für den Bauernknecht, für die Bauernmagd, oft die Zeit der Arbeitslosigkeit. Im Winter sollen sich diese Leute den Mund buchstäblich an den Nagel hängen. Wir haben in Oberösterreich seinerzeit — ich kann mich noch lebhaft daran erinnern, ich bin ja dort aufgewachsen — die sogenannten Häuslerleute gehabt. Solange es Dreschmaschinen noch nicht gab, sind diese Häusler von einem zum anderen Bauern gewandert und es ist den ganzen Winter gedroschen worden. Nun sind diese Häusler verschwunden, in Oberösterreich sind sie nicht mehr so häufig und aus dem einfachen Grunde, weil er sich sagen muß, ich muß den Winter über hungern und wie

komme ich dazu, im Sommer beim Bauern zu arbeiten, wenn ich im Winter bei ihm keine Beschäftigung habe. Dazu kommt vielfach noch, daß selbst die Diensthöten, die, sagen wir, das Glück haben, den Winter über beim Bauern beschäftigt zu werden, sich den ganzen Winter das bißchen Essen, das sie vom Bauern bekommen, vorschreiben lassen müssen. (*Widerspruch.*) Es gibt Bauern genug — und ich habe es selbst gehört und selbst mitgemacht, denn ich bin auf dem Lande aufgewachsen — die, wenn Allerheiligen gekommen ist und der Diensthöte nur im geringsten etwas gesagt hat, ihm erklärt haben: Schau, daß du weiter kommst, ich muß dich ohnedies den ganzen Winter ausfüttern; jetzt habe ich nicht viel Arbeit für dich, schau, daß du gehst.

Dazu kommt noch ein Weiteres. Der landwirtschaftliche Arbeiter und Diensthöte steht auch in seiner freien Zeit unter der Fuchtel des Arbeitgebers. Er kann nicht machen, was er will. Der Arbeitgeber schreibt ihm selbst in seiner freien Zeit vor, was er zu tun hat. Gestatten Sie, daß ich hier einen Vergleich ziehe und frage, warum die landwirtschaftliche Arbeiterschaft der Industrie zuwandert. Die Industriearbeiter hatten das Koalitionsrecht, mit dessen Hilfe es ihnen möglich war die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu regeln. Der Industriearbeiter stand unter dem Unfall- und Krankenversicherungsgesetz und war nicht der bittersten Not und Sorge ausgeliefert, wenn er krank war oder wenn ihm ein Unfall passierte. Weiters herrscht bei den Industriearbeitern die geregelte Arbeitszeit, kurz und gut, er hat in seiner Werkstätte ein geregeltes Arbeiten und er hat, was hauptsächlich in betracht kommt, die Möglichkeit, sich eine Familie zu gründen. Außerdem hat er mehr Aussicht auf Winterbeschäftigung als der landwirtschaftliche Arbeiter und er ist in seiner freien Zeit auch ein freier Mann, was vom landwirtschaftlichen Arbeiter nicht gesagt werden kann.

Wie oft konnten wir hören und lesen — ich habe es selbst in Versammlungen gehört —, daß es die Genußsucht ist, die die Menschen vom Lande in die Stadt treibt. Auf dem Lande haben sie Arbeit und kein Vergnügen, auf dem Lande können sie der Genußsucht nicht fröhnen, daher ziehen alle die, die faul und genußsüchtig sind, in die Stadt.

Da muß wohl gesagt werden, daß der Industriearbeiter trotz seiner geregelten Verhältnisse, unter denen er gelebt und gearbeitet hat, ganz bestimmt nicht auf Rosen gebettet war. Er mußte arbeiten und schaffen, um seine Familie erhalten zu können. Die Genußsucht war es bestimmt nicht, sondern die Verhältnisse auf dem Lande, die ich geschildert habe, waren es, die die Menschen vom Lande in die Stadt trieben. Wenn man sagt, daß

die landwirtschaftlichen Arbeiter und besonders die Dienstboten, wenn sie eine zeitlang gedient haben, in die Stadt gehen, so muß ich wohl sagen, daß sehr viele Bauernsöhne und Bauerntöchter es auch vorgezogen haben, vom Lande in die Stadt zu gehen und Arbeiterkinder mußten für sie die Arbeit auf dem Lande verrichten, während die Söhne und Töchter selbst in der Stadt waren. Man wollte die Landflucht eindämmen, ohne die Grundübel an der Wurzel zu fassen. Man wollte die Grundübel bestehen lassen und so ist es selbstverständlich, daß man immer, da man an der Schaffung der sozialpolitischen Gesetzgebung keine Freude hat, weil die Bauern dann auch Beiträge für die Versicherungsinstitute usw. zu zahlen hätten, spekuliert hat, wie man denn eigentlich sich durch Zwang die landwirtschaftlichen Arbeiter am besten sichern könnte. Der Krieg hat uns Tausende von Landarbeitern genommen, die draußen auf den Schlachtfeldern gefallen sind. Die Not an Landarbeitern ist heute eigentlich bedeutend größer als in der Vorkriegszeit.

Nun müssen wir uns fragen: Sind die maßgebenden Kreise zur Einsicht gelangt? Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat in seiner Rede allerdings gesagt, daß die Lohnverhältnisse geregelt werden müssen und daß er da mitwirken wird. Es ist sehr löblich, wenn er sich herbeiläßt mitzuwirken, und ich meine, es ist in der heutigen Zeit auch seine Pflicht, damit die Lohnverhältnisse geregelt und auf dem Lande schwere Kämpfe vermieden werden. Aber der Herr Bundesminister hat in seiner Rede kein Wort darüber gesagt, wie er sich zur sozialpolitischen Gesetzgebung bei den landwirtschaftlichen Arbeitern stellt, wie er sich zu den großen Problemen stellt, damit die Landflucht eingedämmt werden kann.

Welche Ansichten jetzt noch auf dem Lande vorhanden sind, will ich Ihnen in Kürze schildern. Ich habe hier Gutachten von Landwirtschaftsfamilien, also von Filialen der Landwirtschaftsgesellschaften, und zwar habe ich das aus einer Broschüre von Rudolf Krafositz „Zur Landarbeiterfrage“ herausgenommen.

Die Filiale Oberwölz schreibt (liest):

„An Dienstboten, welche im Sommer den Bauern den Rücken kehren, im Winter sich aber bei den Bauern ausfüttern lassen, soll der Verkauf an Lebensmitteln verweigert werden.

An die Gemeinden ist heranzutreten, daß Heger der Boden für Versammlungen verweigert werde.“

Also Heger sind es immer selbstverständlich, welche die Leute aufheken. Aber daß die Herrschaften selbst die größten Heger sind, die derartige Zustände auf dem Lande dulden, wollen sie nicht

begreifen. Derjenige ist der Heger, der hinausgeht und sagt: Ihr Landarbeiter seid doch auch Menschen und müßt zu den Menschen gezählt werden; Ihr müßt Euch organisieren, Ihr müßt Euch vereinigen, damit auf dem Lande bei Euch anständige Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen werden. Das sind die Heger. Aber diejenigen, die ihre Dienstboten in den Stallungen draußen schlafen lassen, statt ihnen anständige Wohnungen zu geben, das sind keine Heger. Diejenigen, die ihre Dienstboten, wenn die Dreschmaschine da war und die Arbeit verrichtet hatte, entlassen haben, so daß sie den Winter über arbeitslos waren, sind bestimmt keine Heger. Diejenigen, die den Dienstboten den ganzen Winter über die Kost vorschreiben, obwohl der Mensch doch auch etwas essen muß, sind doch gewiß keine Heger. Heger sind diejenigen, welche in dieser Beziehung anständige Verhältnisse schaffen wollen. Die Filiale Krauthaus sagt (liest): „Es wäre gut ein Gesetz zu schaffen, womit die Industrie verhalten wird, auf längere Zeit keine landwirtschaftlichen Arbeiter aufzunehmen.“ Also ein neues Gesetz soll geschaffen werden, die Industrie soll verhalten werden, keine landwirtschaftlichen Arbeiter aufzunehmen.

Ein Herr Franz Archan aus Johnsdorf schlägt vor (liest): „Arbeiter, welche vor dem Kriege in der Landwirtschaft tätig waren, sollen aus der Fabrik entlassen werden. Sozialdemokraten nehmen sich Urlaub, gehen in die Seitengraben und hegen dort die Dienstboten in der unverschämtesten Weise auf. (Heiterkeit.) Bei unseren Bergleuten sind Töchter zu Hause, welche zu einem Bauern in Dienst gehen könnten. Solche sollten zur Arbeit gezwungen werden.“ Also Töchter von Bergarbeitern sollen einfach gezwungen werden, zum Bauer in die Arbeit zu gehen.

Die Filiale Riegersburg schlägt folgendes vor (liest): „Die Staatsregierung wäre durch eine Denkschrift aufzufordern, das Räteystem, welches die Preistreiberei auf dem Gebiete der Arbeitslöhne gezeitigt hat, zu beseitigen.“ (Heiterkeit.) Also der Dienstbote soll um einen Schundlohn arbeiten, aber der Landwirt soll seine Produkte zu ungeheuren Wucherpreisen verkaufen, das ist das Ideal dieser Herren. (Beifall und Händeklatschen.)

Weiter wird gesagt (liest): „Es wäre darauf hinzuweisen, daß eine weitere Ursache der steigenden Löhne in den hohen Unterstützungen und Löhnen für die Volkswehr zu erblicken ist.“ Also, auch die Volkswehr muß herhalten. „Daher gänzlicher Abbau der Volkswehr und gänzliche Einstellung der Unterstützungen an diejenigen Arbeitslosen, welche eine sich bietende Arbeits- und Verdienstmöglichkeit nicht benützen.“

Die Filiale St. Lorenzen im Mürztal verlangt, daß es den Gewerkschaften verboten werden soll, landwirtschaftliche Arbeiter aufzunehmen. Also

die Gewerkschaften sind jetzt schuld, weil naturgemäß die gewerkschaftlich organisierten landwirtschaftlichen Arbeiter auch höhere Löhne verlangen, um eine menschenwürdigeren Existenz führen zu können. Trotzdem diese Filiale vorschlägt, daß den Landarbeitern verboten werden soll, sich gewerkschaftlich zu organisieren, haben merkwürdigerweise die Christlichsozialen den Landarbeiterbund gegründet, von dem sie vorgeben, daß er ebenfalls eine gewerkschaftliche Organisation sei, und gerade die Bauern sind es, die diesem Landarbeiterbund in Oberösterreich mit ihren Söhnen und Töchtern beigetreten sind und ihre Dienstboten ebenfalls zum Beitritt förmlich gezwungen haben. Auf der einen Seite soll also den Arbeitern verboten werden, sich gewerkschaftlich zu organisieren, auf der anderen Seite aber rufen die Bauern, die Bauernräte selbst, eine angeblich gewerkschaftliche Organisation ins Leben, einen Landarbeiterbund, mittels dessen, wie sie sagen, die Arbeits- und Lohnverhältnisse geregelt werden sollen. Wie es mit einem solchen von den Bauern propagierten Landarbeiterbund bestellt ist, welche Stellung ein solcher Bund zur Landarbeiterfrage und zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einnimmt, kann man sich vorstellen, wenn die Bauern selbst sehr gern mit ihren Söhnen und Töchtern diesem Landarbeiterbund beitreten und ihre Dienstboten zum Beitritt förmlich zwingen. Es ist vorgekommen, daß die Bauern für ihre Dienstboten selbst die Beiträge gezahlt haben, damit sie ja nur beitreten.

Der Verband der landwirtschaftlichen Filialen des Bezirkes Voitsberg verlangt ein Gesetz, das es der Industrie und dem Bergbau verbietet, landwirtschaftliche Arbeiter in ihre Betriebe einzustellen.

Das sind also Gutachten von Filialen der Landwirtschaftsgesellschaft in Steiermark. Daraus ersehen wir klar und deutlich, welche Anschauung in diesen Kreisen herrscht. Man sollte meinen, daß man gerade bei den Landwirten das meiste Verständnis dafür finden müßte, wie die Landarbeiterfrage am besten zu lösen ist, aber das ist durchaus nicht der Fall. Wenn diese Anschauungen tatsächlich immer weitere Kreise ziehen, wenn da nicht Einkehr gehalten wird, so wird tatsächlich, besonders wenn es in der Industrie wieder einmal gut geht und die gegenwärtigen Krisen überwunden sind, der letzte Arbeiter der Landwirtschaft abgefahren und das ist die Gefahr, der wir entgegengehen, wenn die Landwirte sich nicht herbeilassen, die Arbeits- und Lohnverhältnisse auf dem Lande so zu gestalten, daß für die Landarbeiter das Leben und Schaffen auf dem Lande auch ein menschliches genannt werden kann. Herauszufinden wir nur Zwangsarbeit und kein Verständnis dafür, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter auch Menschen sind, die ein Recht haben,

als Menschen zu leben. Wir haben viel zu wenig Ackerboden. Das steht fest. Das alte Österreich ist zertrümmert und diesem kleinen Österreich hat man alles genommen, vorzüglich auch den Ackerboden, den wir früher besaßen haben und den wir brauchen, um in diesem Österreich leben zu können. Nun, wenn wir auch die Produktion so viel wie möglich heben wollen, eines müssen wir gestehen: daß wir trotzdem nicht imstande sind, das zu produzieren, was wir in diesem Staate zum Leben benötigen. Aber trotzdem wir das wissen, daß wir niemals imstande sein werden, die Produktion so zu heben, daß wir ohne Einfuhr von Lebensmitteln in diesem Staate leben können, müssen wir trotzdem alles versuchen, unserem Grund und Boden abzurufen was möglich ist, um die teure Einfuhr aus dem Ausland soviel wie möglich einzuschränken. Aber dazu gehören, und das habe ich in der Einleitung schon gesagt, in allererster Linie die Hände der Arbeiter. Die Hände der Arbeiter sind es immer wieder, die den Grund und Boden bearbeiten. Und diese benötigen wir. Und diese Hände müssen wir uns unter allen Umständen sichern. Das muß eine unserer ersten Aufgaben sein.

Das Grundübel der Landflucht muß an der Wurzel gefaßt werden. Die Land- und Forstarbeiter müssen unter gleichen Schutz und die gleichen sozialpolitischen Gesetze gestellt werden wie die Industriearbeiter. Es war ein großer Fehler, der die ganze Zeit her gemacht wurde, daß man in diesem Staate die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter als Menschen letzter Güte behandelt hat. Wir haben uns im Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter — davon können Sie überzeugt sein — mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Insbesondere auf dem Verbandstage des Österreichischen Land- und Forstarbeiterverbandes in Linz, der am 30. Jänner stattfand, haben wir zu dieser Frage Stellung genommen. Wir haben auf diesem Verbandstage auch einige Resolutionen beschlossen. Als eine der ersten haben wir eine Resolution, betreffend Schaffung eines Land- und Forstwirtschaftsinspektorengesetzes beschlossen, damit nämlich die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter genau so wie die Industrie- und gewerbliche Arbeiterschaft unter das Gewerbeinspektorengesetz gestellt ist, unter dieses Land- und Forstwirtschaftsinspektorengesetz gestellt sind.

Ich gestatte mir, damit Sie Kenntnis davon haben, wie wir uns eigentlich die Dinge denken und welche Anschauungen in dieser Beziehung unter den Arbeitern vorhanden sind, damit Sie sich nicht falschen Meinungen und falschen Hoffnungen hingeben, Ihnen diese Resolution zur Verlesung zu bringen (liest):

„Bitter wird über den Leutenmangel am Land Klage geführt. Unsere Landwirtschaft ist nicht allein rückständig, weil es der Landwirt in vielen

Belangen nicht versteht, seinen Grund und Boden rationell zu bearbeiten, sondern weil es auch an Dünger und landwirtschaftlichen Arbeitsgeräten mangelt. Viel schwerer als diese Übelstände drückt auf die landwirtschaftliche Produktion die Landflucht, das Abwandern der Landarbeiter vom Lande, was zur Folge hat, daß die Gründe nicht bearbeitet, Felder brach liegen, und Feldfrüchte verderben müssen, Obstbäume nicht genügend gepflegt werden, die Haustiere an mangelhafter Pflege leiden. Das alles rächt sich nicht bloß bitter an der Landwirtschaft allein, sondern auch an der Gesamtbevölkerung dieses durch den Krieg vollständig zugrunde gerichteten Staatswesens.

Wir haben viel zu wenig Lebensmitteln, wir müssen mit unserer schlechten Valuta vom Auslande den größten Teil unseres Bedarfes an Lebensmitteln kaufen, worunter Stadt und Volk schwer leidet. „Hebung der landwirtschaftlichen Produktion schallt es durch die Lande!“

Will man aber die landwirtschaftliche Produktion heben, so muß man die Grundursachen ihrer Unzulänglichkeit beseitigen.

Was helfen Dünger, Arbeitsgeräte, Bodenmeliorationen, so notwendig sie zur Föhrung einer intensiven Landwirtschaft gehören, wenn nicht genug Hände vorhanden sind, die die Arbeit verrichten.

Um aber der Leutenot am Lande beizukommen, muß das Grundübel bei der Wurzel gefaßt werden. Sozialpolitische Geseze, wie Kranken-, Unfall-, Altersversicherung, Regelung der Arbeitszeit, Urlaubsgesez, eine moderne Landarbeiterordnung, Koalitionsrecht, zeitgemäße Arbeits- und Lohnverträge, Wohnungsfürsorge usw. müssen den Arbeitern das Leben und Schaffen auf dem Lande begehrenswert machen.

Was helfen aber alle sozialpolitischen Geseze, wenn sich um deren Durchführung und Einhaltung niemand kümmert.

Es muß daher in erster Linie ein Land- und Forstwirtschaftsinspektorengesez geschaffen werden, nach dem Muster der Gewerbeinspektoren, welche die Aufgabe haben, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu überwachen und die mit Vollmachten ausgestattet sind, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zur Einhaltung der Land- und Forstarbeiterschutzgeseze zu zwingen.“

Das Land- und Forstinspektorengesez muß in kürzester Zeit geschaffen werden. Bei den landwirtschaftlichen Maschinen fehlen die nötigen Schutzvorrichtungen, viele Wohnungen sind gesundheits-schädlich usw.; weder bei der Landwirtschaft, noch bei der Forstwirtschaft gibt es Schutzmaßnahmen, die das Leben und die Gesundheit der Arbeiter schützen. Aus dem kurz Angeführten geht also schon

klar hervor, daß dieses Land- und Forstinspektorengesez unter allen Umständen geschaffen werden muß.

Der Krankenversicherung, die geschaffen werden muß, muß die Unfallversicherung auf dem Fuße folgen. Das Krankenversicherungsgesez muß sofort erledigt werden und ich werde dann auch begründen, warum ich verlange, daß das Krankenversicherungsgesez sofort erledigt werden muß. Wir haben auf dem Verbandstag eine Resolution angenommen, die folgendermaßen lautet (*liest*):

„Der am 30. Jänner 1921 in Linz tagende Verbandstag der in Österreich in 600 Ortsgruppen vereinigten 61.000 Mitglieder des österreichischen Land- und Forstarbeiterverbandes fordert vom Nationalrate die schnelligste Beschlußfassung des Gesezes über die Ausdehnung der Krankenversicherung (fünfte Novelle zum Krankenversicherungsgesez).“

Seit dem Jahre 1888 ist die industrielle Arbeiterschaft der Wohltat des Krankenversicherungsgesezes unterstellt.

Die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft, die bisher von jeder sozialpolitischen Gesezgebung ausgeschlossen war, protestiert auf das entschiedenste gegen die weitere Verschleppung des für sie so wichtigen Krankenversicherungsgesezes. Sie wollen nicht mehr länger als die Ausgestoßenen gelten. Als wichtiger Faktor, der den Grund und Boden zu bearbeiten und für die darbende Bevölkerung dieses Staates die nötigen Lebensmittel zu beschaffen hat, empfinden sie es als eine Schmach, daß sie nicht schon längst, so wie die übrige Arbeiterschaft der Wohltaten der Krankenversicherung teilhaftig wurden.“

Das Verbrechen, das die bürgerlichen Parteien im alten Österreich durch die Ausschließung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft vom Krankenversicherungsgesez an den Hunderttausenden schwer arbeitenden Menschen begangen, darf keine Stunde mehr im neuen Österreich in der demokratischen Republik fortgesetzt werden, da sonst die ohnedies rückständige Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Abwanderung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft vom Lande einen weiteren Rückgang erleiden würde.

Der Verbandstag protestierte auf das entschiedenste gegen den im § 10, Punkt 3 und 4 der Vorlage der Staatsregierung des Gesezes über die Ausdehnung der Krankenversicherung (fünfte Novelle zum Krankenversicherungsgesez) enthaltenen Passus der Parität.

Das Krankenversicherungsgesez wird nicht für das landwirtschaftliche Unternehmertum, sondern für die Arbeiter geschaffen und dienen deren Vorteile ausschließlich den Arbeitern. Die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft empfindet die Parität als eine Zurücksetzung gegenüber der industriellen

und gewerblichen Arbeiterschaft, als einen Ausnahmezustand, den sich die industrielle Arbeiterschaft unter keinen Umständen gefallen ließe, und erklärt, daß sie die für sie zu schaffenden Krankenkassen selbst verwalten und so ausbauen will, wie sie es für ihre Interessen für notwendig erachtet. Der Verbandstag fordert daher, um Kämpfe, die die Landwirtschaft erschüttern und die Produktion auf das schwerste gefährden würden zu vermeiden, den Nationalrat auf, diese Bestimmungen abzuändern und mit den Bestimmungen der Krankenversicherung der industriellen und gewerblichen Arbeiter gleichzustellen.

Der Verbandstag fordert vom Nationalrate, daß nach Fertigstellung des Krankenversicherungsgesetzes sofort das Unfallversicherungs- und auch das Altersversicherungsgesetz für die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft in Angriff genommen und schleunigst durchgeführt werde."

Es ist bei der fünften Novelle zum Krankenversicherungsgesetz für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter der schwere Fehler gemacht worden, daß die Parität in der Verwaltung der Krankenkasse mit hineingenommen wurde. Die landwirtschaftliche Arbeiterschaft läßt sich die Parität nicht gefallen und steht auf dem Standpunkte — ich will das nur kurz erwähnen und es soll das, was ich jetzt sage, nicht als Drohung aufgefaßt werden — daß, wenn die Parität in der Versicherung der Landarbeiter verbleiben sollte, dieses Gesetz für sie unannehmbar sei und unter allen Umständen zum Streik der Landarbeiter in der Erntezeit führen müßte. Wir müssen daher unter allen Umständen — das Gesetz wartet schon lange genug auf seine Fertigstellung — noch vor der Erntezeit dieses Gesetz unter Dach bringen, und zwar muß die Parität unter allen Umständen fallen. Das Achtstundengesetz wurde für die Industriearbeiter beschlossen; aber die Forstarbeiter, die eigentlich auch als Industriearbeiter bezeichnet werden müssen, hat man vom Achtstundengesetz ausgeschlossen. Die Organisation hat uns unter schweren Kämpfen, die sie während dieser Zeit geführt hat, die 48-Stundenwoche auch im Forstbetriebe eingeführt. Wenn die Forstarbeiter heute 48 Stunden in der Woche arbeiten, so nur deshalb, nicht weil es ihnen gesetzlich gewährleistet ist, sondern weil sie sich das durch die Macht ihrer Organisation erkämpft haben. Es hat daher der Verbandstag auch eine diesbezügliche Resolution angenommen, die lautet (*liest*): „Der den 30. Jänner 1921 in Linz tagende Verbandstag des Österreichischen Land- und Forstarbeiterverbandes protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß die forstwirtschaftliche Arbeiterschaft vom Achtstundentags- und Urlaubsgesetz ausgeschlossen wurde.

Der Verbandstag fordert vom Nationalrate die vollständige Gleichstellung der forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft in punkto sozialpolitischer Gesetzgebung und fordert die schleunigste Angliederung der Forstarbeiterschaft an das Achtstundentags- und Urlaubsgesetz.

Durch ihre feste Organisation hat sich die forstwirtschaftliche Arbeiterschaft die 48-Stundenwoche und teilweise auch einen Urlaub erkämpft. Sie ist nicht gesonnen, diese Errungenschaft sich wieder nehmen zu lassen. Nachdem die 48-Stundenwoche und ebenso auch der Urlaub in den Forstbetrieben derzeit noch nicht gesetzlich gesichert sind, besteht die Gefahr, daß dieser Zustand Anlaß zu schweren Kämpfen gibt, welche nicht nur die Forstwirtschaft schwer schädigen, sondern auch die Holzversorgung vollständig lahmlegen würden.

Es wäre falsch, die Arbeitsverhältnisse in der Forstwirtschaft jenen der Landwirtschaft anzupassen. Die Forstwirtschaft ist vollständig der Industrie gleichzuhalten und müssen daher auch für die forstwirtschaftlichen Arbeiter die gleichen sozialpolitischen Gesetze gelten, wie für die industrielle Arbeiterschaft."

Ich habe hier noch kurz zu erwähnen, daß es höchste Zeit ist, daß für die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft die sozialpolitischen Gesetze geschaffen werden, daß sie der sozialpolitischen Gesetze ebenso wie die Industriearbeiterschaft teilhaftig werden. Nur so und nur dann, wenn auf dem Lande wirklich menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden, ist der Landflucht Einhalt zu gebieten und können wir uns die Hände der Landarbeiter, die wir so notwendig brauchen, auf dem Lande draußen sichern.

Es wäre noch viel über diese Sache zu sprechen, zum Beispiel über die landwirtschaftlichen Schulen usw. Ich will bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß gesagt wurde, daß eine Kuhhirn doch nicht französisch lernen will. Ja, wenn man immer bei den Menschen einen solchen Unterschied macht, daß es zwar für den einen, der von Geburt aus oben steht, gut ist, wenn er wirklich etwas lernt, für den anderen aber, der, wie Sie meinen, unten steht, schlecht oder nicht notwendig ist, daß er etwas lernt, so täuschen Sie sich sehr, meine Herren! Ich sage Ihnen, die Arbeit einer Kuhhirn ist wirklich eine Kulturarbeit und die Kuhhirn leistet oft eine bedeutend nützlichere Arbeit, als sie in gewisser Beziehung oft ein Hofrat leistet. Die Arbeit einer Kuhhirn muß genau so eingeschätzt werden wie die Arbeit irgend eines Gelehrten oder irgend eines anderen Berufsmenschen. Wenn wir das tun, wenn auch die Landarbeiter und die Landarbeit so eingeschätzt wird, wie es sein soll, können wir die Landflucht beseitigen und auch am Lande draußen

der Hoffnung Ausdruck geben, daß es uns gelingen wird, die landwirtschaftliche Produktion zu heben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Reiß** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Otto Mayr; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Otto Mayr**: Hohes Haus! Ich glaube, daß von dieser Stelle aus schon genug über die Hebung der Landwirtschaft gesprochen wurde und daß wir alle darüber einig sind, daß die Hebung der Landwirtschaft und die damit verbundene Hebung der Produktion eine unbedingte Notwendigkeit ist. Ich gebe auch zu, wie von einzelnen Rednern angeführt wurde, daß unsere Landwirtschaft in bezug auf die Produktion gegenüber unseren Nachbarländern zurück ist. Aber hier muß auch betont werden, daß, so wie in allen anderen Fragen, das alte Regime auch bei der Landwirtschaft versagt hat, so daß man eigentlich nicht unserer Landwirtschaft jetzt die ganze Schuld geben kann, da man es in der Vorkriegszeit mit einem Bauernstand zu tun gehabt hat, der bis über den Hals verschuldet war und sich selbst nicht helfen konnte. *(Sehr richtig!)* In dieser Beziehung muß darauf hingearbeitet werden, daß die Fehler, die man einst gemacht hat, jetzt ausgemerzt werden, man muß durch Schulung im Theoretischen und Praktischen trachten, die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft so bald als möglich zu heben. Auf diesem Gebiete haben wir noch eine große Arbeit vor uns und die Arbeit muß unbedingt geleistet werden.

Ein Redner von der linken Seite des Hauses hat der christlichsozialen Partei den Vorwurf gemacht, daß sie in bezug auf die Agrarreform verschiedener Meinung sind. Was die verschiedenen Meinungen in bezug auf die Agrarreform anbelangt, so sage ich, daß man die Agrarreform nicht schablonisieren kann, weil die Verhältnisse im Gebirge, zum Beispiel in Steiermark und in Tirol andere sind als in Nieder- und Oberösterreich und eine Lohnbewegung viel leichter zu veranstalten und durchzuführen ist, als eine Agrarreform. Wenn es vielleicht nicht leicht ist, anlässlich einer Lohnforderung mit den industriellen Arbeitern einig zu werden, so kommt bei der Agrarreform noch die Schwierigkeit hinzu, daß unsere Bauern mit der Firma Sonnenschein und Regen keinen Vertrag abschließen können, obwohl gerade die Witterungsverhältnisse in dieser Beziehung eine große Rolle spielen. Übrigens wenn gesagt wird, daß man auf christlichsozialer Seite verschiedener Meinung in der Frage der Agrarreform sei, so muß ich bemerken, daß das auch bei der sozialdemokratischen Partei zu sehen ist. Ich muß hier erwähnen, daß

in verschiedenen Schriften und Reden sich die Ansichten der Sozialdemokraten sehr kreuzen: Man ist anfänglich immer für den Großbetrieb gewesen; bei verschiedenen Wählerversammlungen hat man gesehen, daß in dieser Beziehung sich die Ansichten kreuzen, daß die einen für den Großbetrieb, die anderen für den Kleinbetrieb sind, wenn auch vielleicht offenbar nur aus parteipolitischen Rücksichten. In dieser Beziehung möchte ich schon erwähnen, daß es jetzt nicht unsere Aufgabe ist, hin und her zu streiten, ob der Groß- oder Kleinbetrieb rentabler sei, die Hauptsache ist, daß, ob nun Groß- oder Kleinbetrieb, vom Boden herausgenommen und herausgearbeitet wird, was nur möglich ist. Das ist die einzige Aufgabe, die uns in der nächsten Zeit bevorsteht.

Ich komme nun zurück zum Wiederbesiedlungsgesetz. Daß das Wiederbesiedlungsgesetz einen so schwerfälligen Gang nimmt, ist auch darauf zurückzuführen, daß in den verschiedenen Ämtern Beamte sitzen, die sich mit dieser Sache nicht recht gut befassen können, weil sie die nötigen Sachkenntnisse nicht dazu haben. Ich muß bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, daß es sozialdemokratische Gemeinden gegeben hat, die es übersehen haben, die auf ihrem Gebiete stehenden Güter zur Wiederbesiedlung einzurichten. So wurde mir zum Beispiel berichtet, daß die Gemeinde Rottenmann in Steiermark erst auf Betreiben des Bundesministeriums sich dazu bewogen gefühlt hat, die Güter des Guttmann für die Wiederbesiedlungsaktion einzugeben. *(Abgeordneter Niedrist: Das ist ja ein Jude!)* Es ist in verschiedenen Fällen auch vorgekommen, daß Betriebsräte Stellung genommen haben gegen Berichterstattungen in Wiederbesiedlungsangelegenheiten. Ich möchte da hervorheben, daß es etwas demagogisch ist, auf der einen Seite denen zu sagen, wir sind diejenigen, die das alles sabotieren wollen, wenn es auf der anderen Seite im eigenen Lager Leute gibt, die das gleiche tun. *(Zustimmung.)*

Wenn die Sozialdemokratie in mancher Beziehung Bauernpolitik betreibt, so muß ich wohl mit Bedauern feststellen, daß sie da vielleicht nicht so ernst zu nehmen ist. Ich möchte erwähnen, daß sie daran nicht gerade sehr interessiert zu sein braucht, daß es viele Bauern gebe. Denn gewöhnlich bekommen die Betreffenden, wenn sie Bauern werden, Liebe zur heimatischen Scholle und sind dann für das Programm jener, die die Enteignung des persönlichen Eigentums als ihr Endziel ansehen, nicht mehr gut zu haben. In dieser Beziehung muß man die Sache schon etwas objektiv nehmen und sich vor Augen halten, daß es nichts nützt, wenn man diese oder jene Phrase unter die Masse hineinwirft, die zwar momentan wirkt, aber bald wieder verhallen.

Ich möchte nun auf eine Frage kommen, die gestern angeschnitten worden ist. Man hat dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vorgeworfen, daß es nicht so gearbeitet habe, wie das Bundesministerium für soziale Verwaltung. Ich muß offen sagen, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung Großartiges geleistet hat, aber gerade in bezug auf die Landarbeiter muß ich leider Gottes bedauern, daß das Krankenkassengesetz und das Gesetz über die Altersversorgung auch heute noch auf sich warten lassen. Wenn der Abgeordnete Schneidmadl gestern darauf hingewiesen hat, daß das Genossenschaftssystem in den ländlichen Kreisen mehr ausgebaut werden muß, so gebe ich das vollständig zu. Aber ganz eigentümlich hat es mich berührt, als er dann gesagt hat, daß Zwangs-genossenschaften eingeführt werden müssen. Warum wird denn von jener Seite immer der Zwang verlangt, während sie auf der andern Seite die Freiheit predigt? Nicht der Zwang ist es, der uns die Liebe zur Republik bringt, sondern die freie Überzeugung. *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Witternigg: Sie haben ja auf Grund des sozialdemokratischen Programmes kandidiert?)* Das werde ich Ihnen sagen, wenn Sie es hören wollen, warum ich nicht mehr Sozialdemokrat bin. *(Zwischenrufe.)* Weil Sie von Ihrem Programm abgewichen sind, weil Sie nicht mehr die Freiheit, sondern den Terror haben wollen, und den kann ich als rechtlich denkender Mensch nicht billigen. *(Lebhafte Zustimmung. — Zahlreiche Zwischenrufe.)* Ob man vor mir Respekt hat oder nicht, wenn man mich auch einen Gefinnungslumpen nennt, schauen Sie im eigenen Lager herum; was sind dann die Leute, die auch nicht als Sozialdemokraten das Licht der Welt erblickt haben? *(Zustimmung. — Abgeordneter Witternigg: Sie haben halt bei uns kein Bauerngut bekommen können!)* Wenn Sie schon mit diesem Zwischenruf kommen, so muß ich sagen, daß Sie da schlecht informiert sind. Ihre Kreise sind mit der demagogischen Lüge herumgegangen, daß ich, weil ich keinen Bauernhof bekommen habe, von der Partei weggezogen bin. Man ist sogar so weit gegangen, daß man gesagt hat, die Geistlichkeit hat mir einen Bauernhof gekauft; höchstwahrscheinlich von den hohen Gehältern, die sie jetzt in der Republik bezieht. *(Rufe: Sehr gut!)*

Ich komme jetzt auf die viel besprochene Frage des Ablieferungswillens der Bauernschaft. Ich muß feststellen, daß leider Gottes auch die sozialdemokratischen Bauern bei der Ablieferung nicht sehr eifrig sind; auch hier tritt das ein, was überall der Fall ist. Der Arbeiter, ob er christlich-sozial, deutschnational oder sozialdemokratisch ist, schaut, seine Arbeitskraft so gut als möglich zu verkaufen, weil er nichts anderes zur Verfügung hat. Und der Bauer, ob er jetzt christlichsozial,

großdeutsch oder sozialdemokratisch ist, er trachtet halt auch, für seine Produkte den höchstmöglichen Preis zu bekommen.

Man schreit immer nur, daß die Christlich-sozialen oder die Bürgerlichen es sind, die nicht liefern wollen. In dieser Beziehung sind leider auch die Bauern, die sich für die sozialdemokratische Partei erklärt haben, nicht besser.

Auf ein Gebiet komme ich noch zu sprechen, das ist der sogenannte Schleichhandel. Ich glaube, der Schleichhandel muß heute von jedem, ob er dieser oder jener Partei angehört, bekämpft werden, weil er ein Übel ist, das unsere ganze Volkswirtschaft schädigt. Aber ich muß offen gestehen, daß es viel besser wäre, in dieser Beziehung an die eigene Brust zu schlagen, weil man die Schleichhändler in allen Parteilagern findet.

Ich muß sagen, daß ich oftmals nicht den betreffenden Bauer verurteilen kann, wenn man ihm einen so hohen Preis anbietet, wenn man ihm zum Beispiel sagt, ich gebe dir für einen Käse 48 oder 60 Kronen, wenn Leute von Ihrer Partei kommen und nur deshalb, weil sie die Sachen einige Kilometer weit führen, 100 oder 200 oder 300 Prozent Schleichhandelsge Gewinn daraus ziehen. *(Abgeordneter Witternigg: Vor einem Jahre haben Sie ganz anders geredet! — Zwischenrufe.)*

Wenn Sie, meine sehr Verehrten, den Schleichhandel verdammen, so verdammen Sie auch jene in Ihren Reihen, die dem Schleichhandel hulldigen. *(Zustimmung.)*

Ich komme noch auf ein Gebiet zu sprechen, das ist die Landarbeiterfrage. Es hat ja gerade mein Vorredner, der Abgeordnete Hammerstorfer, die Landarbeiterfrage berührt. Ich muß sagen, daß er in vieler Beziehung recht gehabt hat. Es ist Tatsache, daß in bezug auf die Landarbeiterfrage sehr wenig geschehen ist. Aber ich muß doch noch darauf etwas näher eingehen. Es nützt nichts. Die Landarbeiterfrage läßt sich nicht damit lösen, wenn man in den Versammlungen draußen die Phrasen über den sogenannten Achtstundentag drischt. *(Abgeordneter Forstner: Sogenannter Achtstundentag! — Zwischenrufe.)* Sie selbst haben ja zugegeben, daß bei den Landarbeitern der Achtstundentag nicht möglich ist. *(Zwischenrufe.)* Und wenn Sie mir das abstreiten, dann sind Ihre Versammlungsredner Lügner in dieser Beziehung. *(Zwischenrufe.)* Wenn Sie bei der Landwirtschaft den Achtstundentag einführen, so vergönne ich ihn der Landarbeiterschaft. *(Zwischenrufe.)* Aber ich frage, ob wir es ertragen können, ob nicht unsere Ernährungsfrage zu einer Katastrophe ausartet. Das gebe ich allerdings zu, daß Lohnverträge eingeführt werden müssen und daß der Landarbeiter das Recht hat, zu fordern, was sein ist. Ich glaube aber, daß den Land-

arbeitern viel mehr geholfen ist, wenn man die Altersversorgung und Krankenversicherung macht. Der Abgeordnete Hammerstorfer hat erwähnt, daß man die Landarbeiter von der Arbeiterkammer ausgeschlossen hat, weil sie nicht in der Krankenkasse versichert sind. Wir in Salzburg haben Krankenkassenversicherungspflichtige Land- und Forstarbeiter zufolge eines Landesgesetzes. Auch diesen hat man das Stimmrecht für die Arbeiterkammern genommen, höchstwahrscheinlich aus parteipolitischen Gründen.

Ich komme nun zum Gebiete der Volksernährung und muß offen sagen: Wenn wir die Produktion heben wollen, so müssen wir von der gegenseitigen Heße ablassen. Wenn von einem sozialdemokratischen Redner erwähnt worden ist, daß man in Niederösterreich oder irgendwo nach den Wahlen jemandem keine Milch mehr gegeben hat, weil der Betreffende sich als Sozialdemokrat bekannt hat, so muß ich erwähnen, daß vielleicht einzelne Fehler vorgekommen sind, aber im großen und ganzen kann davon keine Rede sein.

Wer Ihre demagogischen Reden gegenüber dem Bauernstande angehört hat, der kann es verstehen, daß sich mancher Bauer in seiner Erbitterung zu einem solchen Schritt hat hinreißen lassen. (*Abgeordneter Forstner: Sie spielen alle Farben! — Zwischenrufe. — Abgeordneter Witternigg: Sie sind ein Chamäleon!*) Es kann sein, daß ich Ihnen heute nicht die richtige Farbe spiele. Ich spiele die Farbe der Gerechtigkeit, die bei Ihnen nicht zu finden ist. (*Zwischenrufe.*) Ich muß feststellen, daß die gegenseitige Verheßung in dieser Beziehung arg ist. Wenn man von Terror spricht, muß ich aber auch erwähnen, daß es noch keinem christlichsozialen Bauern eingefallen ist, seinen Nachbarn zu terrorisieren, weil er ein sozialdemokratischer Bauer ist, ihm mit dem Aufhängen zu drohen und ihm die Lebensmöglichkeit abzuspochen, wie es unseren Arbeitervertretern geschieht. Nehmen Sie also nur vor der eigenen Tür. Sie sind die Terrorpartei und werden es bleiben, wenn Sie Ihre Taktik nicht ändern. (*Abgeordneter Witternigg: Sie sind ein Demagoge!*) Diese Zwischenrufe treffen den, von dem sie ausgegangen sind.

Ich möchte noch erwähnen, daß es alle Parteirichtungen schmerzlich berührt hat, daß die Entente uns jetzt wieder Vieh wegnehmen will. Das Vieh, das wir jetzt abliefern sollen, wird nicht unseren Bauern genommen, sondern unseren Kindern, die Milch, die wir dadurch verlieren, entgeht unseren Kindern und unseren stillenden Müttern und ich muß mit Bedauern feststellen, daß die Entente einen solchen Schritt unternommen hat, wo sie doch weiß, daß in ihren Ländern für unsere armen Kinder gesammelt wird, damit sie nicht der Lungentuberkulose und dem Hunger preisgegeben werden. Ich möchte an alle Menschen der Welt appellieren, gegen

diese Ungerechtigkeit zu protestieren. Es sei zugegeben, daß unsere Bauern jetzt einen Viehstand haben, aber der besteht aus lauter Kälbern und man sieht ja, wie schwer die Milch aufzubringen ist. Das muß die Entente einsehen, wenn sie unseren Staat wieder aufbauen will. Zu diesem Wiederaufbau müssen wir aber alle zusammenarbeiten. Wir müssen die gegenseitige Verheßung von Produzenten und Konsumenten lassen, wir müssen gemeinsam arbeiten, nur dann werden wir zu einer Verständigung kommen und den Staat wieder aufzubauen imstande sein. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Seitz**: Zum Worte gelangt Frau Abgeordnete Freundlich.

Abgeordnete **Freundlich**: Hohes Haus! Bei der Debatte, die wir jetzt über Landwirtschaft und Volksernährung führen, ist das Kapitel „Volksernährung“ sehr kurz weggekommen, denn man hat über dieses für uns so drängende Problem in der ganzen Debatte eigentlich kaum gesprochen. Wir haben sehr viel davon gesprochen, daß wir die landwirtschaftliche Produktion in Österreich fördern müssen, um die wirtschaftliche Krise unseres Staates zu beheben; aber wir müssen uns darüber klar sein, daß es für die Hebung unserer landwirtschaftlichen Produktion eine Grenze gibt, über die wir nicht hinwegkommen können. Wir haben ein Land, das überwiegend Gebirgsland ist, und da werden wir gewisse Gegenden auch bei der intensivsten landwirtschaftlichen Kultur niemals zu einer sehr großen landwirtschaftlichen Ertragsfähigkeit bringen können. Wenn Sie noch so viel Kunstdünger in unsere hochgelegenen Alpen Täler schaffen werden, werden Sie dort niemals einen wirklich ausgiebigen Getreidebau erzielen können. Wir müssen uns also darüber klar sein, daß wir heute kein Ackerland mehr sind und auch bei der höchsten Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion kein Ackerland mehr werden können. Unsere Zukunft liegt darin, daß es uns einmal ermöglicht wird, unsere industrielle Produktion so zu steigern, daß wir so viel Industriewaren exportieren können, um die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte zur Versorgung der Massen importieren zu können. Die Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion wird sich nicht darauf einrichten dürfen, daß wir den Anbau aller landwirtschaftlichen Produkte in derselben Weise fördern, sondern wir werden uns bei der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf jene Gebiete werfen müssen, die unseren klimatischen und geographischen Verhältnissen entsprechen. Wir können ein Land werden, das auf der einen Seite durch den Ausbau seiner Wasserkrafts eine hochentwickelte Industrie organisieren kann, und das auf der anderen Seite durch die Hebung seiner landwirtschaftlichen Quali-

tätsprodukte, durch die Hebung der Viehzucht, durch die Hebung der Obstkultur jene hochwerigen landwirtschaftlichen Produkte erzeugt, die uns wieder den Eintausch von Massenartikeln für die Volksernährung ermöglichen.

Das war eigentlich der Sinn der Koalition, die wir in den ersten Zeiten der Republik hatten. Es sollten auf der einen Seite die Kräfte der Arbeiterschaft für den industriellen Wiederaufbau des Staates und auf der anderen Seite die Kräfte der Bauernschaft für die Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Kultur gewonnen werden. Von dieser gemeinsamen Arbeit hat auch in dieser Debatte wieder eine ganze Reihe von Rednern gesprochen und auch der Herr Vorredner, der sich vielleicht dadurch, daß er einmal der einen und einmal der anderen Partei angehört, besonders berufen fühlt, für die Einheit der gemeinsamen Arbeit einzutreten, hat appelliert, wir sollten auf dem Gebiete der Volksernährung die Politik außeracht lassen, den Parteienstreit begraben und in gemeinsamer Arbeit versuchen, die Grundlagen unserer Volksernährung zu sichern. Da hätte man nicht durch eine so wüste Agitation, durch eine so unaufrichtige Demagogie, die gerade von Ihrer Seite, von der Seite der christlichsozialen Partei in Österreich geführt wurde, unsere ganze Ernährungswirtschaft desorganisieren dürfen. Wir haben es hier in diesem Hause erlebt, daß, trotzdem die Konsumenten und die Produzenten im vergangenen Jahre in sehr langwierigen Verhandlungen die Grundzüge für unsere Getreidebewirtschaftung festgelegt hatten, die Landwirte diese Vereinbarung nicht gehalten haben, als sie unter dem Druck der politischen Demagogie gestellt wurden und das Getreidebewirtschaftungs-gesetz in sein Gegenteil verkehrten.

Der Sinn dieses Gesetzes war der, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften das Monopol des Einkaufes bekommen. Niemand im Staate sollte das Recht haben, Getreide zu kaufen, als die Organisationen der Landwirte, die sich selbst verwaltenden autonomen Organisationen der Bauern. Wenn die Bauern durch ihre Organisationen das werden wollen, was zum Beispiel die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Schweiz, in Dänemark geworden sind, dann hätten sie sich bis zum letzten Mann für dieses Monopol ihrer Organisationen einsetzen müssen. Wir haben aber gesehen, daß die Landwirte das nicht getan haben, daß sie sich bereit gefunden haben, diese Vereinbarungen mit den Konsumenten zu brechen, und daß sie hingegangen sind und im Vereine mit den städtischen Christlichsozialen ein Getreidebewirtschaftungs-gesetz beschloffen haben, das man nicht besser charakterisieren kann, als wenn man ihm das Strafgesetz gegenüberstellt, das wir in der vergangenen Woche beschließen mußten, weil eben das Gesetz, das wir

im Jahre 1920 beschloffen hatten, ein unzulängliches und ein mangelhaftes Gesetz war. Ich glaube, man kann gar nicht besser charakterisieren, wie sehr die Bauernschaft bei diesem Gesetze des vergangenen Jahres gegen die Interessen der Landwirtschaft gewirkt hat, als wenn man die Tatsache kennzeichnet, daß die Landwirte selbst heute mitbeschließen müssen, daß diejenigen zu bestrafen sind, die ihren genossenschaftlichen Organisationen nicht die Treue halten. Wenn wir Verträge durch unsere gewerkschaftlichen Organisationen abschließen, dann ist auch der letzte Arbeiter so weit erzogen und so von Solidarität und Treue für seine gewerkschaftliche Organisation erfüllt, daß er diesen Kollektivvertrag auch hält. Bei Ihnen aber hält man die Treue den genossenschaftlichen Organisationen nicht. Man geht lieber hin und verkauft das Getreide dem christlichen oder dem jüdischen Schleihhändler, ehe man es seiner eigenen genossenschaftlichen Organisation verkauft. Aber nicht nur dieses Gesetz, auch die unerhörte Art, wie dieses Gesetz in vielen Ländern durchgeführt wurde, hat dazu geführt, daß unsere ganze Ernährungswirtschaft in eine vollständige Desorganisation gekommen ist. Wir können heute ruhig sagen, daß unsere staatliche Ernährungswirtschaft auf den meisten Gebieten zusammengebrochen ist, weil man unausgesetzt von seiten der christlichsozialen Partei den Boykott dieser Wirtschaft gepredigt hat. Wie die Holzwürmer hat man diese staatliche Ernährungsorganisation zerfressen. Nicht offen und ehrlich ist dieser Kampf geführt worden, sondern mit einer ganz unerhörten Summe von Demagogie. Wir haben in den ersten Zeiten der Republik die einfach beispiellose Heze in den Ländern gehabt, die dahin gegangen ist, daß man dieses „rote Wien“, dieses „sozialistische Wien“ nicht beliefern soll; dieses sozialistische Wien soll boykottiert werden, dieser Mittelpunkt der Revolution soll durch Hunger und Not zur Kapitulation gezwungen werden. (*Zwischenruf des Abgeordneten Fördermayr.*) Mein lieber Herr Kollege Fördermayr, Sie haben es vielleicht nicht gesagt, aber es reden in ihrer Partei nicht nur die Landwirte, es reden auch andere Leute, die die Dinge ganz anders darstellen, als Sie sie vielleicht darzustellen gewillt sind.

Als im vergangenen Jahre das Getreidebewirtschaftungs-gesetz beschloffen war, da hat man in einem Lande die Initiative ergriffen, um trotz dieses Gesetzes die Organisation der Ablieferung aufrechtzuerhalten, und das war Oberösterreich. In Oberösterreich hat sich der Herr Landeshauptmann Hauser mit seiner ganzen Persönlichkeit, mit seiner ganzen Energie in den Dienst dieser Aufbringungsarbeit gestellt. Und man hat acht Tage, nachdem hier dieses Gesetz beschloffen war, in Oberösterreich in einer gemeinsamen Sitzung, die von allen National-

räten und Landtagsabgeordneten des Landes Oberösterreich besucht gewesen ist, beschlossen, daß in Oberösterreich die Bauern auch weiterhin nur den landwirtschaftlichen Genossenschaften liefern werden. Das Resultat dieses Beschlusses können Sie daraus ersehen, daß Oberösterreich heute dasjenige Land in Österreich ist, das bis 90 Prozent seines Kontingentes aufgebracht hat. Was ist aber der Dank, den der Herr Landeshauptmann Hauser dafür bekommt, daß er sich für die Ernährung des Volkes eingesetzt hat? Daß man heute in seinem Lande die wüste Hege gegen diesen Mann inszeniert; denn man will ja nicht und sehr viele Kreise Ihrer Partei wollen es nicht, daß das Volk seine Rationen bekommt; sie wollen lieber, daß die Reaktion siegt, daß die Reaktion in Österreich triumphiert, wenn auch das Volk dabei in Hunger und Not zugrunde geht.

Gehen Sie ein Stückchen weiter, gehen Sie in die Steiermark. Die Steiermark hat von dem vorgeschriebenen Kontingente überhaupt nur 344 Tonnen aufgebracht; die Steiermark hat fast gar nichts geliefert, denn der Herr Gouverneur der Steiermark, der dort einen kleinen Monarchen spielt, weil er den großen Monarchen noch nicht nach Österreich zurückbefördern kann, muß sich natürlich vielmehr darum kümmern, daß er die Reaktion in Steiermark mit Waffen und Munition versieht, als er sich darum kümmert, wie seine Ernährungswirtschaft funktioniert und wie diese Ernährungswirtschaft organisiert ist. Und gerade in Steiermark ist heute die ganze Ernährungswirtschaft in einem Zustande, daß man sich nur wundern muß, daß es in diesem Industrielande nicht zu viel heftigeren und leidenschaftlicheren Kämpfen der Arbeiterschaft kommt, als es tatsächlich der Fall ist.

Sie haben also durch Ihre Hege gegen Wien nicht nur verhindert, daß unsere Ernährungswirtschaft organisiert werden konnte, sondern Sie haben zu einem Teil auch verhindert, daß die Landwirtschaft in Österreich heute die Möglichkeit findet, sich aus eigener Kraft zu entwickeln und aufzubauen. Ein großer Teil — und ich komme ja in meiner Eigenschaft als Mitarbeiterin im Bundesministerium für Volksernährung mit sehr vielen Vertretern von landwirtschaftlichen Organisationen zusammen und es wurde neulich dort in einer Sitzung erzählt, wie furchtbar hinderlich die Aussperrung der Länder gegeneinander für den wirtschaftlichen Aufbau der Landwirtschaft ist. Wenn die Tiroler Bauern Zuchtkühe nach Niederösterreich liefern sollen, so sagen sie nicht: ich will mich in den Dienst der Bauernschaft stellen und die niederösterreichische Landwirtschaft aufbauen helfen, sondern sie sagen: Ja, was krieg ich denn von der niederösterreichischen Landwirtschaft? Und da rechnen sie manchmal mit sehr vielstelligen Ziffern, wenn wir Heu oder Stroh nach Tirol senden — ich sage,

gerade ein Teil der Landwirte ist es heute, der einsieht, daß, wenn diese Beschränkungen in den Ländern aufrecht bleiben werden, es zu einem wirklichen Aufbau der landwirtschaftlichen Wirtschaft überhaupt nicht kommt. Und genau so wie Ihre Demagogie verhindert hat, daß wir ein einheitliches Wirtschaftsgebiet für die Volksernährung haben, genau so demagogisch haben Sie bei den Fragen der Zentralen gearbeitet. Da ist das Buch, wo alle Zentralen verzeichnet sind, alle kriegswirtschaftlichen Organisationen. Da werden Sie sehen, wie viele sehr gute christlichsoziale Herren in diesen verruchten jüdischen Zentralen sehr einflußreiche Ämter besessen haben. Herr Präsident Weiskirchner sitzt in der Einfuhrgesellschaft für Getreide, der frühere Bizebürgermeister von Wien, Herr Raim, ist der eigentliche Leiter der Gemüse- und Obststelle in Wien gewesen, und ich könnte Ihnen eine lange Liste von Herren vorlesen, die in diesen kriegswirtschaftlichen Organisationen, in den verleumdeten Zentralen, gearbeitet haben. Aber das hat sie dann nicht gehindert, in die Wählerversammlungen hinauszugehen — „denn die Kinder auf dem Lande hören's so gerne“ —, um dort zu sagen: warum müßt ihr doch liefern, ihr liefert doch nur für die Juden in Wien und die jüdischen Zentralen! Und als wir, die organisierten Konsumenten, uns dafür eingesetzt haben, daß nicht mehr die Kommissionäre der Getreideanstalt den Aufbringungsdienst organisieren, sondern die landwirtschaftlichen Genossenschaften, daß Ihre eigene Organisation diesen Aufbringungsdienst in die Hand nimmt, sind wieder sie es gewesen, die durch das letzte Getreidebewirtschaftungsgesetz diese Mitarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften erschwert und verhindert haben.

Wenn Sie also von einer gemeinsamen Arbeit reden, müssen Sie erst einmal den Willen haben, ehrlich gemeinsame Arbeit zu leisten. Wenn wir diese ehrliche Arbeit leisten könnten, dann wären wir dazu bereit. Da Sie aber auf der einen Seite mit uns in den kriegswirtschaftlichen Organisationen arbeiten und dann hinausgehen und draußen über die jüdischen Zentralen und über diese Kriegswirtschaft schimpfen — zu dieser demagogischen Arbeit geben wir uns nicht her, dafür bedanken wir uns. Wenn Sie den wirtschaftlichen Aufbau mit uns vollziehen wollen, seien Sie zuerst einmal ehrlich zu dieser gemeinsamen Arbeit bereit, dann gehen Sie nicht her und führen Sie nicht jene demagogischen Mäxchen auf, die Sie bei den Wahlen aufgeführt haben.

Ich wollte nicht die Geschichte von dem Sechskronenmehl erzählen. Aber da der Herr Kollege Runkschak in der letzten Sitzung des Gemeinderates behauptet hat, er habe niemals in einer Versammlung davon gesprochen, daß wir Sechskronenmehl

bekommen werden, sehe ich mich gezwungen, Herrn Kollegen Kunschak vorzulesen, was er nach dem Berichte der „Wiener Stimmen“ vom 8. Juli 1920 in einer Versammlung in Hernals gesagt hat. Dort hat er wörtlich nach dem Berichte dieses christlich-sozialen Blattes erklärt: „Es bestünde Gelegenheit, billiges Getreide in unser Land zu bekommen. Ich habe diese Feststellung nicht aus der Luft gegriffen, sondern spreche sie auf Grund von Verhandlungen mit den ungarischen Regierungsorganen aus, welche erklärten, daß Ungarn in der Lage sei, uns zwei Millionen Meterzentner Getreide zur Verfügung zu stellen, und zwar zu einem Preise, der niedriger ist als der für das inländische Getreide. Er beträgt nämlich 6 K. Wel lieber als Bezahlung in Geld wäre jedoch den Ungarn die Lieferung gewerblicher Produkte, und es könnten also bei uns viele Fabriken, die jetzt still stehen, wieder arbeiten, wenn wir mit Ungarn verhandeln würden.“ Es ist also entweder der Bericht der „Wiener Stimmen“ nicht wahr oder der Herr Kollege Kunschak hat in seiner Berichtigung, die er am letzten Freitag im Wiener Gemeinderate vorgebracht hat, eine bewußt unwahre Berichtigung vorgebracht. Wenn man so arbeitet, meine Herren, dann appellieren Sie an uns, daß wir mit Ihnen arbeiten sollen? Wenn Sie Ihr eigenes Blatt desavouieren und einmal so und einmal so reden, dann kann man an die Ehrlichkeit Ihres Arbeitswillens überhaupt nicht glauben.

Es hat vor kurzem die Enquete über den Preisabbau stattgefunden. Die Enquete hat natürlich nicht viel gezeitigt, es wurde eine neue Kommission gebildet und wir werden auch diese, da wir schon so viele Kommissionen erlebt haben, ertragen. Aber das einzige, was diese Abbauenquete festgelegt hat, ist die Tatsache, daß sich die Regierung, die Landwirtschaft und alle Stände, die bei dieser Enquete vertreten waren, einmütig darauf festgelegt haben, daß die Ernte des Jahres 1921 bewirtschaftet werden muß. Es gibt also keine Diskussion mehr darüber, ob freier Verkehr oder staatliche Bewirtschaftung in der Frage der Getreidebewirtschaftung; da haben die Konsumenten das Wort der Regierung, da haben sie das Wort der Vertreter der Landwirtschaft und dieses Wort wird eingelöst werden müssen.

Wir haben bei der Frage, wie wir diese Bewirtschaftung durchführen sollen, nur zwei Dinge zu entscheiden: Das ist die Höhe des Kontingents und die Höhe des Preises. Meine verehrten Herren, wir erklären Ihnen heute schon, ohne Erhöhung des Kontingents können Sie dem Konsum nicht eine Erhöhung des Preises zumuten. Wir müssen uns fragen, inwieweit Sie bei der Ablieferung opferwillig sein werden, um feststellen zu können, inwieweit die Konsumenten Ihnen Konzessionen bei der

Preisbestimmung zu machen in der Lage sind. Ich möchte Sie aber warnen, zu viel vom Weltmarktpreise zu reden. Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo in Österreich die Konsumenten den Weltmarktpreis gefordert haben; das war damals, als wir den Kampf gegen Ihre Zollpolitik geführt haben. Damals war der Weltmarktpreis niedriger als der Preis war, den wir in Österreich dank Ihrer Zollpolitik bezahlen mußten, denn die landwirtschaftliche Produktion war damals in Österreich teurer als im Auslande. Der Weltmarktpreis sinkt, und wenn wir nicht heute die schlechten valutarischen Verhältnisse hätten, wären Sie vielleicht schon glücklich, wenn Sie den Weltmarktpreis nicht bekämen. Wir werden uns also bei diesen Preisbestimmungen nicht von demagogischen Rufen beirren lassen dürfen, ob Weltmarktpreis oder nicht Weltmarktpreis, sondern wir werden berechnen müssen, was für die Volkswirtschaft der ganzen Republik möglich ist. Es nützt nichts, wenn wir heute der Bevölkerung einreden wollen, daß sie bei der Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung profitieren wird, denn es ist nicht wahr. Wir haben in einzelnen Ländern die Fleischbewirtschaftung aufgehoben und müssen sie zum Beispiel in Niederösterreich wieder einführen, den sie ist auch kein Vorteil für die Landwirtschaft und die Landwirte sind noch nicht so erzogen, daß man es jedem einzelnen Landwirte anheimstellen könnte, ob er sein Vieh zur Aufzucht oder für den Handel, für den Export und Schmuggel verwendet. Wir müssen die Landwirte unter die Kontrolle ihrer landwirtschaftlichen Organisationen stellen und wenn die Landwirtschaft in Österreich sich wirklich entwickeln will, müssen Sie ihre landwirtschaftlichen Organisationen fördern, aber wir möchten da schon sagen, nicht so fördern, daß man nur an die Subventionen des Staates denkt.

Die erste Voraussetzung der genossenschaftlichen Organisation ist es, daß diese Organisation eine Selbsthilfeorganisation darstellt und es ist heute so, daß in vielen Ländern das Geld der Bauern in den Raiffeisenkassen gesammelt wird, diese Raiffeisenkassen führen die Gelder in die Landesbank und aus der Landesbank gehen diese Gelder dann in irgendeine der Wiener Banken, die Sie in Ihrer Agitation immer als die jüdischen Banken bezeichnen. So werden die Gelder des Landwirtes heute auf indirekte Weise dem jüdischen und christlichen Finanzkapital zugeführt. Es wäre klüger, Sie würden diese Gelder, die Sie in den Raiffeisenkassen sammeln, Ihren Organisationen zuführen, die Sie für den Wiederaufbau der Landwirtschaft einsetzen. Leisten Sie einmal für den Wiederaufbau der Landwirtschaft aus eigener Kraft, was Sie leisten können und Sie brauchen keine Kunstdüngersubventionen, wenn Sie wirklich Ihre Mittel organisieren würden, wenn die Bauernschaft ihr Geld sammeln und dieses

Geld in den Dienst der Wiederaufbauaktion stellen würde.

Die Arbeiterschaft besteht nicht aus Kriegsgewinnern, die Arbeiterschaft hat heute trotz ihrer angeblich hohen Löhne eine schwerere Existenz als sie sie im Jahre 1914 hatte, und wenn Sie der österreichischen Arbeiterschaft die Friedenspreise wieder geben würden, so würde diese Arbeiterschaft auch die Friedenslöhne gerne wieder nehmen, denn sie hat im Frieden viel besser gelebt als sie heute lebt. Trotzdem aber haben wir in unseren Konsumgenossenschaften jetzt unsere Geschäftsanteile auf 500 und 1000 K erhöht, weil wir auf dem Standpunkte stehen, wenn der Staat einer Organisation helfen soll, dann muß diese Organisation erst aus eigener Kraft so viele Mittel aufbringen als sie aufzubringen imstande ist. Wir können die Bevölkerung nur dann zur Selbstverwaltung, zur Selbstregierung, zur wirtschaftlichen Demokratie erziehen, wenn wir sie auch dahin bringen, daß sie ihre individuelle Kraft in den Dienst des finanziellen Wiederaufbaues stellt.

Es gibt heute auch das Bundesministerium für Volksernährung Subventionen an die Konsumentenorganisationen, und da muß ich hier einmal über die Subventionen überhaupt sprechen. Es gibt heute sogenannte Konsumentenorganisationen, die damit beschäftigt sind, daß sie Liebesgabenpakete, die sie vom Auslande bekommen, verteilen. Meine verehrten Anwesenden, eine solche Organisation ist niemals eine Konsumentenorganisation. Eine Konsumentenorganisation muß die Versorgung ihrer Mitgliedschaft auch tatsächlich durchführen. Die Konsumgenossenschaften haben während des Krieges und bis heute eine ungeheure Arbeit im Dienste der staatlichen Wirtschaft geleistet. So wie es ohne die landwirtschaftlichen Genossenschaften niemals möglich gewesen wäre, das Getreide überhaupt aufzubringen, so wäre es niemals möglich gewesen, das Mehl und das Brot und die anderen staatlich bewirtschafteten Artikel an die Konsumenten gleichmäßig und gerecht zu verteilen, es wäre niemals möglich gewesen, die rationierten Waren zu den Preisen weiter zu leiten, den sie staatlich bereits festgelegt bekommen haben, wenn wir nicht heute in Österreich mehr als ein Drittel der Bevölkerung durch unsere Konsumgenossenschaften versorgen würden.

Aber das alles haben wir geleistet, und wir müssen das einmal feststellen, ohne materielle Unterstützung des Staates. Wir haben unsere Organisation in der selbstlosesten Weise in den Dienst dieser staatlichen Wirtschaft gestellt. Wir müssen aber verlangen, daß, wenn der Staat die Dienste der landwirtschaftlichen Genossenschaften honoriert, dieser Staat dann auch die Verpflichtung hat, die Dienste der Konsumgenossenschaften, die sie im Kriege geleistet haben, durch solche Subventionen zu unterstützen und zu fördern.

Meine sehr geehrten Herren! Ich möchte nun noch mit ein paar Worten auf jene Gesetze zurückkommen, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden.

Sie können gerade an einem Teil dieser Gesetze wieder sehen, wie außerordentlich demagogisch unsere ganze Ernährungsfrage von einzelnen Parteien behandelt wird. Man hat auf der einen Seite ein Strafgesetz eingebracht, das die Bauern verpflichtet, wenn sie das Getreide nicht abliefern, den Weltmarktpreis für das nichtabgelieferte Getreide zu bezahlen. Man hat aber dieses Gesetz eingebracht, weil in der Vollzugsanweisung für das Getreidebewirtschaftungsgesetz des Jahres 1921 bestimmt ist, daß im März dieses Jahres überprüft werden soll, ob die Gesteungskosten der Landwirtschaft noch dem Getreidepreise entsprechen und der Staat verpflichtet ist, die Differenz den Landwirten zu bezahlen, und da man es doch nicht wagen konnte und auch eine christliche Regierung es nicht wagen kann, daß sie auf der einen Seite verlangt, daß ein Staat, der täglich dem Bankerott näherkommt, 1¼ Milliarden den Landwirten bezahlt, weil sie eine Erhöhung des Getreidepreises für 1920/21 fordern, und dann noch auf der andern Seite zugibt, daß ein großer Teil der Landwirte die Lieferungspflicht nicht erfüllt. Man nimmt also anscheinend der Landwirtschaft eine Milliarde Kronen für das nichtabgelieferte Getreidekontingent, man gibt ihr aber auf der andern Seite heimlich im stillen Kämmerlein ein und ein Viertel Milliarden als Nachzahlung für den Getreidepreis. *(Zwischenrufe.)* Man hat wohlweislich erst davon gesprochen oder man wird erst darüber sprechen, weil jetzt das Gesetz schon angenommen ist. Solange das Gesetz nicht angenommen war, hat man lieber darüber geschwiegen. Man hätte sonst der Bevölkerung sehr offen sagen müssen: Die Bauern werden gar keine Strafe zu zahlen haben; denn das, was sie angeblich bezahlen, bekommen sie in der Form der Erhöhung des Getreidepreises zurück. *(Abgeordneter Eisenhut: Das bekommen aber doch andere!)* Aber zum Schlusse bekommt es die Landwirtschaft, ob der Landwirt, der es bekommt nun Meier heißt, oder der, der es bezahlt, Peter, das spielt keine Rolle; entscheidend ist, daß es Ihr Stund bekommt. *(Abgeordneter Hofer: Mit Recht!)* Herr Kollege Hofer! Die Gesteungskosten für das Getreide spielen eine Rolle vom Mai bis Oktober. Wenn das Getreide in den Scheunen liegt, dann haben Sie keine Gesteungskosten mehr. *(Lachen. — Ruf: Die Regien!)* Die Regien, die Sie dann im Herbst haben, sind natürlich auf den Getreidepreis des nächsten Jahres aufzurechnen. Wir werden es uns sehr überlegen, ob wir es noch einmal hinnehmen werden, daß man diese Überprüfung des Getreidepreises auf dem Wege einer Vollzugsanweisung in unsere staatliche

Getreidebewirtschaftung hineinschmuggelt und dann meint, daß die Konsumenten es nicht merken werden, daß man Ihnen schon vorher . . . (Abgeordneter *Hofer*: Aber so ungeschickt sind sie nicht!) Die paar Leute wissen es, Herr Kollege *Hofer*, die so wie ich persönlich mit dieser Sache zu tun haben; wenn Sie aber die Bevölkerung fragen würden, würden Sie sich wundern, wie viele Leute das nicht wissen.

Ähnlich ist es mit dem Gesetze über die Staffellung des Brotpreises. Dieses Gesetz hat sich ein sehr soziales Mäntelchen umgehängt: Die Reichen werden den vollen Preis bezahlen, die Armen werden sehr wenig bezahlen und die Mittelschichten werden nur eine 100prozentige Erhöhung bezahlen.

Ich habe dem Vertreter des Finanzministeriums schon bei den Vorbesprechungen gesagt: Das ist nichts anderes als eine 100prozentige Brotpreis-erhöhung, die sich ein soziales Mäntelchen umhängt, und es ist das Verdienst der Opposition in diesem Hause, daß diese Belastung des Mittelstandes, der Angestellten und der Arbeiter nicht in dem Umfange durchgeführt wird, sondern daß diese Belastung auf die Schichten der Bevölkerung übergeht, die sie heute ertragen können, auf den gewerblichen und industriellen Unternehmer.

Es wurde hier von einem der Herren Vordredner angeführt, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung unter der Führung unseres Kollegen Hanusch nichts getan hätte, um die Sozialversicherung der Landarbeiterschaft durchzuführen. Es ist den Herren wahrscheinlich nicht bekannt, daß die neue Bundesverfassung erst, die wir im September beschlossen haben — und bekanntlich ist Kollege Hanusch im Oktober aus der Regierung ausgeschieden, er konnte also in den vier Wochen einfach aus zeitlichen Gründen auf dem Gebiete der Sozialversicherung der Landarbeiterschaft nichts mehr tun —, die Verpflichtung, die Sozialversicherung der Landarbeiterschaft durchzuführen, aus den Händen der Landesregierungen in die Hände der Reichsregierung übergeführt hat. Wir konnten infolgedessen nichts tun, solange diese Bundesverfassung nicht Gesetz geworden ist. Nun ist sie Gesetz geworden und der Herr Minister *Resch* hat jetzt die Möglichkeit, das zu tun, wozu ihm die Bundesverfassung das Recht gibt. Aber Sie waren ja immer sehr glücklich, wenn Sie diese Dinge in Ihren Landtagen erledigen konnten, wo Sie doch mehr unter sich sind, wo der Einfluß der Arbeiterschaft geringer ist, wo Sie vielfach die Landesregierung und die Führung in der Hand haben und wo Sie infolgedessen diese Sozialversicherung so einrichten können, wie Sie es im Interesse Ihrer Unternehmer für richtig und gut halten.

Ich gestehe offen, daß ich nicht erwarte, daß wir imstande sein werden, unsere Ernährungs-

politik und die Organisation unserer Ernährungs-wirtschaft so zu reformieren, daß wir tatsächlich unsere Volksernährung wieder zu einem festgefügt organischen Ganzen gestalten. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als daß wir verhindern, daß die Trümmer, die heute noch bestehen, zu schnell auseinanderfallen, und daß wir zu rasch in die Segnungen des freien Handels hinübergeführt werden. Wir haben bis jetzt als Konsumenten von dem freien Handel überall dort, wo er durchgeführt worden ist, nichts anderes gehabt als steigende Preise und eine schlechtere Versorgung. Wenn wir bei der freien Fleischwirtschaft die Fleischläden voll Fleischwaren sehen, so liegt es nicht daran, daß wir zu viel Fleisch haben, sondern daran, daß der größere Teil der Bevölkerung einfach nicht die Mittel hat, um sich dieses teure Fleisch zu kaufen.

Wir haben durch den freien Wirtschaftsverkehr nichts gewonnen. Wir wären bereit gewesen, in ehrlicher gemeinschaftlicher Arbeit mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammen zu arbeiten und die Konsumgenossenschaften und die landwirtschaftlichen Genossenschaften hätten diese Arbeit organisieren können. Aber heute verhindert man gerade von Ihrer Seite systematisch jede lokale Autonomie. Erinnern Sie sich an das Bezirksverwaltungs-gesetz, das gerade für den Aufbau der Landwirtschaft von ungeheurer Bedeutung gewesen wäre? Sie werden heute nicht im Interesse Ihrer landwirtschaftlichen Organisationen geführt, sondern Sie sollen heute dem Wiederaufbau der Reaktion dienen. Sie werden heute nicht dahin geführt, daß Sie volkswirtschaftliche Arbeit im Interesse des Wiederaufbaues dieses Staates leisten, sondern sie sollen Arbeit leisten für die Reaktion und für den Wiederaufbau der Monarchie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident *Heiß*: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete *Derich*; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter *Derich*: Hohes Haus! Über das Kapitel Landwirtschaft und Ernährung ist, glaube ich, in diesem Hause schon so viel gesprochen worden, daß man darüber nicht viel Worte verlieren muß. Ich möchte aber noch kurz folgendes sagen: Bei der Landwirtschaft muß das Hauptaugenmerk auf die Saatgutzucht gerichtet werden. Mit schlechtem Saatgut kann eine rationelle Erzeugung nicht zustande kommen.

Bezüglich der Pferde- und Rinderzucht muß ich schon sagen, daß der Betrag der im heurigen Voranschlag eingelegt ist, ein viel zu niedriger ist. Betrachten wir nur den Betrag vor dem Kriege und heute. Ebenso sind bei den Meliorationen und Drainierungen Beträge eingesetzt, die den heutigen

Verhältnissen in gar keiner Weise entsprechen. Wenn wir bedenken, daß in Niederösterreich nur 23,9 Prozent melioriert sind, in Oberösterreich 12 Prozent, in Salzburg 23,7 Prozent, in Steiermark 30,3 Prozent, in Kärnten 15,2 Prozent, in Tirol 12,5 Prozent und in Vorarlberg 14,5 Prozent, so müssen wir uns sagen, daß der hier eingefetzte Betrag gewiß nicht hinreicht, um die Landwirtschaft und ihre Erträge entsprechend zu heben.

Wenn der Abgeordnete Schneidmahl erwähnt hat, daß die Erträge in Österreich um ein Drittel oder die Hälfte hinter jenen in der Schweiz und in Deutschland zurückstehen, so gebe ich zu, daß dies in manchen Gegenden so sein kann, man muß aber auch die Bonität der Gründe betrachten, denn dann erst kann man beurteilen, ob der Bauer daran schuld ist, oder die Beschaffenheit von Grund und Boden. Er hat auch erwähnt, daß der Ackerbauminister Ebenhoch schon im Jahre 1912 ein Christlichsozialer gewesen ist und die Produktion daher schon lange hätte gehoben werden können. Ich muß aber sagen: daß, was der Krieg in den Jahren 1914 bis 1918 verschuldet hat, konnte kein Minister und kein Mensch gutmachen, denn erst jetzt, wo die Verhältnisse anders geworden sind, kann man wieder daran gehen, die Landwirtschaft zu heben, indem man sie in erster Linie mit Kunstdünger versorgt. Im vergangenen Jahre ist Kunstdünger eingeführt worden, vielen Landwirten war er aber zu teuer und sie haben sich gesagt: Ich muß doch zuerst wissen, was ich für mein Korn bekomme, bevor ich den Kunstdünger kaufe. Wir müssen ebenso wie in England und Amerika Mindestpreise einführen an Stelle der Höchstpreise (*Zustimmung*), denn nur dann wird es möglich sein, unsere Produktion zu heben.

Wenn Frau Freundlich erwähnt hat, daß auch heuer wieder das Getreide staatlich bewirtschaftet werden muß, so sage ich: ja, aber entweder freie Wirtschaft in allen Artikeln oder Zwangswirtschaft in allen Artikeln, nicht aber auf der einen Seite Zwangswirtschaft und auf der anderen Seite die freie Wirtschaft.

Es geht nicht an, daß man hier in diesem Hause die Bauern auf das allgemeinste beschimpft. Man muß die Wahrheit sagen, und derjenige, der arbeitet, braucht sich nicht beschimpfen zu lassen. Wer arbeitet, der soll auch seinen Lohn haben. (*Sehr richtig!*)

Der Abgeordnete Schneidmahl hat aber auch insbesondere die gesamten Landbürgermeister beschimpft, indem er erklärt hat, daß viel Güter von den Bürgermeistern nicht zur Wiederbesiedlung eingegeben wurden. Ich glaube kaum, daß es einen Bürgermeister gegeben hat, der gewußt hat, daß ein Gut zur Wiederbesiedlung gelangt, und es nicht eingegeben hätte — vielleicht sind dem Abge-

ordneten Schneidmahl solche Bürgermeister bekannt, wie schon von einem Vorredner erwähnt worden ist. Er hat auch gesagt, daß die Bauern teilweise Banknoten beisammen haben. Mich hat diese Behauptung nicht gewundert, denn ich weiß, wie er denkt, mich hat nur gewundert, daß er nicht gesagt hat, die Bauern hätten die Tausender mit den Strohbandeln zusammengebunden und in den Scheuern aufgehängt. (*Zwischenrufe.*) Da müssen Sie schon dort gewesen sein, wenn Sie es gesehen haben. Vielleicht haben Sie aber auch die Tausender nicht gekannt.

Der Abgeordnete Pölzer hat erwähnt, daß nach den Wahlen viele Arbeiter keine Milch bekommen haben und ihnen keine Pferde zur Verfügung gestellt wurden. Meine verehrten Herren, das ist keinem ehrlichen, anständigen Arbeiter passiert, sondern höchstens einem Gauner, einem Lumpen, der in den Gasthäusern über die Bauern herumgeschimpft hat; dem kann es passiert sein, das ist leicht möglich. Wenn ich im Gasthause über den Arbeiter schimpfe und am nächsten Tage komme, er soll mir bei der Arbeit helfen, dann wird sich keiner finden, der so dumm ist. Dasselbe ist bei den Bauern der Fall.

Er hat auch erklärt, daß er in die Armenhäuser hinausgekommen ist, da er Landesrat war, und dort gefunden hat, daß so mancher arme Dienstbote elend in diesen Häusern gelegen ist. Ich muß Ihnen sagen, ich selbst habe gefunden, daß dasselbe auch bei Wirtschaftsbesitzern der Fall war. Ich kann Ihnen sogar sagen, daß zwei ehemalige Bürgermeister, die Wirtschaftsbefizer waren, ihren Lebensabend in diesen Armenhäusern beschließen mußten. Es ist eben so im menschlichen Leben. Wie sich es jeder einteilt, wird er auch seinen Lebensabend zu beschließen haben. Bei manchem ist es ja als Unglück zu bezeichnen, in den meisten Fällen ist dies aber nicht der Fall.

Der Abgeordnete Eisler hat in der vergangenen Woche erwähnt, daß unsere Wähler sehr geschickt, aber wir nicht die richtigen Männer seien. Am nächsten Tage hat der Herr Präsident Seitz erklärt, wenn unsere Wähler einmal geschickt werden, dann wird es anders werden. Wer von den beiden Herren da recht hat, darüber will ich Sie entscheiden lassen. Sie haben sich da selbst widersprochen. Der Herr Abgeordnete Eisler hat sich insbesondere auch sehr für die Holzverträge interessiert. Ich weiß nicht, ob er sich aus innerster Überzeugung für den Staat so interessiert hat oder ob vielleicht andere Dinge da mitspielt haben. (*Lebhaftige Rufe: Was für Dinge?*) Wir haben auch für diese dringliche Anfrage gestimmt. Aber ich sage Euch: Alle Eisenbahnen sind vom Staate übernommen worden. Ich frage Sie: Wo ist der Reingewinn dieser Eisenbahnen, während früher die

privaten Gesellschaften Millionen Reingewinne gehabt hatten? (*Zwischenrufe.*) Ich muß Ihnen sagen, daß in der kürzesten Zeit vielleicht diese Eisenbahnen uns mit einem Milliardendefizit kommen werden. Weiter möchte ich fragen: Sie haben doch alle staatlichen Betriebe sozialisiert, welchen Reingewinn haben Sie aus dem Arsenal und aus Blumau herausgebracht? Ich weiß nicht, ob Sie nicht, wenn Sie es beim Holz auch so machen, gerade dasselbe Defizit herausbringen werden, wie es dort der Fall ist.

Sehr viel wurde auch immer vom Bauern im Gegensatz zum Arbeiter gesprochen. Der Bauer ist derselbe Arbeiter wie jeder andere Arbeiter, ja er muß noch mehr arbeiten. Es wird insbesondere vom Herrn Staatskanzler Dr. Renner immer darauf hingewiesen, daß Bauern und Arbeiter zusammengehören. Ja, das wäre auch richtig. Aber ich bedaure nur das eine, daß immer gegeneinander gehezt wird. Wenn wir, die bauerlichen Vertreter und die Arbeitervertreter, uns gemütlich zusammensetzen und ruhig darüber reden würden, die Sache könnte leicht gelöst werden. Aber wenn man sich die Herren betrachtet, so sieht man ja, wie viel Arbeitervertreter eigentlich in der Partei sind. Dann sieht man auch, daß sie von oben diktiert werden. Das ist aber der Fehler.

Der Herr Abgeordnete Hammerstorfer erklärte, daß die Arbeiter, wenn bis zur Ernte das Landerbeitergesetz nicht zustandekommt, streiken werden. Wir wollen, daß dieses Landerbeitergesetz zustandekommt, wir wollen, daß die Krankenkasse geschaffen wird, wir sind dafür, wir werden dafür eintreten. Aber es wird immer sofort vom Streik geredet. Ich frage Sie: Wen wird der Streik am allerängsten treffen, die Produzenten oder die Konsumenten? Wer wird es sein, der darunter am meisten leiden würde? Ich glaube, nur die Konsumenten.

Die Abgeordnete Freundlich hat erklärt, im Jahre 1921 werde es keine Erhöhung der Preise geben. Auch nur dann wird eine Erhöhung der Preise eintreten, wenn höheren Kontingenten zugestimmt wird. Ich trage mich jetzt noch mit gar keinem Gedanken in dieser Beziehung, denn wir müssen es doch den Witterungsverhältnissen überlassen, ob höhere Kontingente überhaupt erzeugt werden können. (*Lebhafte Zustimmung.*) Man sollte in dieser Beziehung doch nicht schon so weit denken, denn man kann ja unmöglich jetzt schon bestimmen, was nach der Ernte sein wird, wo noch nicht einmal die Vegetation begonnen hat. Im vergangenen Jahre, bei der Beratung des Getreidebewirtschaftungsgesetzes, hat der Abgeordnete Weber erklärt, daß im Jahre 1919 jeder Bauer von jedem Hektar Grund einen Reinertrag von 3500 K hatte. Meine Herren! Wenn das im Jahre 1919 der Fall ge-

wesen ist, was wird dann heute der Reinertrag sein? Ich frage Sie: Wäre es dann noch möglich, daß ein Bauer mit seinen Kindern noch etwas arbeitet, wenn er soviel Geld hat? Wird er dann noch so ungeschickt sein, das zu tun? Sie sehen, daß Sie nur die reinste Demagogie betreiben. Wenn die Vertreter dieser Partei die Landwirtschaft so gut verstehen, warum sind sie nicht daran gegangen, die Gründe, die die Gemeinde Wien verpachtet, selbst zu bewirtschaften durch ihre bewährten Vertreter hier, die es gewiß verstanden hätten, aus jedem Hektar Grund Tausender herauszubekommen? Aber das waren sie nicht imstande. Sie haben daher bewiesen, daß sie von der Landwirtschaft gerade so viel verstehen wie der Esel von den Disteln. (*Heiterkeit.*)

Ich bitte das hohe Haus, die Vorlage in der Fassung des Ausschusses anzunehmen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Seitz**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete **Bichl**; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Bichl**: Hohes Haus! Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, um in der Debatte über das Kapitel „Landwirtschaft“ einige Mängel zu erörtern, die zum größten Teil von den geehrten Herren Vorrednern übersehen worden sind. Die heutige Debatte hat tatsächlich den Eindruck gemacht, daß speziell von einer Seite des Hauses der Rückgang der Produktion in der Landwirtschaft mehr weniger als eine Folge der Rückständigkeit der Landwirte betrachtet wird.

Ich will da nicht von der Vorkriegszeit reden, wo so mancher, wenn er einen Knüttelovers oder einen derben Witz auf den Bauernstand geprägt hat, sich schon zum Dichter oder Poeten erhoben glaubte, sondern ich will zu einer näherliegenden Zeit greifen, und das ist vor allem die Kriegszeit. Der Rückgang unserer Produktion datiert von der Kriegszeit, von jener Zeit, wo die Militärdiktatur unbekümmert um Gesetz und Recht die Errungenschaften des Bauernfleißes gleichsam wahnwitzig zerstört hat. Ich darf Sie daran erinnern, daß damals Einberufungen stattgefunden haben, durch die man Männer, die für den Militärdienst absolut nichts leisten konnten, die aber ihre Landwirtschaft daheim zu betreiben imstande gewesen wären, in Lagern hat herumlungern lassen und so der Produktion entzogen hat. Aber nicht allein das, man hat es diesen armen Unglücklichen, die unnötigen Drangsalierungen ausgesetzt waren, nicht nur unmöglich gemacht, zu ihrem Berufe zurückzukehren, man hat die Landwirtschaft auch der anderen Mittel für ihren Betrieb, der Bepflanzung und der Düngemittel beraubt.

Ich erinnere Sie nur an die sogenannten Pferderequirierungen, die bei Ausbruch des Krieges gerade unmittelbar während der Ernte vorgenommen wurden, wo die Pferde, die man ja durch einen bloßen Druck auf den Taster zur Verfügung gehabt hätte, alle in Bausch und Bogen einberufen wurden, worauf man sie in den Sammelkommandos einfach stehen ließ, bis sie sich entweder gegenseitig selbst ruiniert haben oder zum großen Teil an Hunger zugrunde gegangen sind. Auf der anderen Seite mußte man dann diese Pferde infolge des Futtermangels wieder verleihen, ein Wahnwitz, wenn man bedenkt, daß man der Landwirtschaft gerade zur Zeit der Ernte und des Anbaues die Besspannungskräfte entzogen hat.

Weiters haben die Viehrequisitionen eingesetzt, wodurch die Landwirtschaft ihres besten Düngmittels entblüßt wurde, und es hat noch etwas eingesetzt, und das waren eine Unmenge Verordnungen, der härtesten Art möchte ich sagen. Aber eine Verordnung, die speziell hier eingegriffen hat, war diejenige, daß man den Bauern beauftragt hat, jedes Fleckchen Erde, über das er verfügt, jedes Stück Grund zu bebauen. Die Herren oben, die die Verordnung gemacht haben, haben geglaubt, das geht so wie bei den Dreschmaschinen, daß man sie nur anzuspinnen braucht und es geht weiter. Wir haben in den ersten paar Jahren dem Boden freilich mehr abgerungen, als es hätte sein sollen. Aber heute tritt die Reaktion ein, heute ist der Boden erschöpft und heute zeigt sich, daß er keine maschinelle Anlage ist, sondern daß er auch seine Nährstoffe haben will, seine Düngmittel, die wir bis heute nicht zur Verfügung haben.

Speziell das Kriegsdienstleistungsgesetz möchte ich mit ein paar Worten erwähnen. Es hat sich als ein Unikum erwiesen, das für die Landwirtschaft etwas schwer drückendes gewesen ist. Und wenn wir in die neuere Zeit nach dem Kriege greifen, so finden wir heute noch, daß in gewissen Fällen Härten gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Anwendung kommen, die nicht am Plage sein können und sicherlich nicht am Plage sind. Es gibt mir immer zu denken, hohes Haus, wenn ich mich daran erinnere, daß man zu einer Zeit, als nach dem Zusammenbruche hier die konstituierende Nationalversammlung zusammengetreten ist, der damaligen Dynastie einfach den Laufpaß gegeben hat, ein Zeichen, daß man mit deren Leistungen und Arbeiten nicht einverstanden war. Man hat gesagt, ihr seid im Lande überflüssig, wir brauchen euch nicht, wir wollen uns selbst regieren. Und schauen Sie, Verehrteste, gegen den Stand, der fleißig arbeitet und produziert, der bisher keinen Streik inszeniert hat, der bisher ruhig bei der Arbeit gewesen ist, wendet man Verordnungen und Machinationen an, die unter dem kaiser-

lichen Regime in den Jahren 1916 und 1917 erlassen worden waren. Wie kann es mit dem Geiste der Republik zu vereinbaren sein, Verordnungen eines längst verabschiedeten Kaisers, den man im Lande nicht mehr brauchen konnte, in Wirksamkeit zu erhalten und für den Staat in Anwendung zu bringen? Und daß durch die Anwendung solcher kaiserlicher Verordnungen sehr oft krasse Ungerechtigkeiten geschahen, möchte ich auch mit ein paar Worten Ihnen vor Augen führen. Es kommen Fälle vor, daß durch die ungleichartigen Preise in den einzelnen Ländern Produkte, die über das Vieferkontingent — manchmal vielleicht auch nicht darüber — hinausgehen, zu höheren Preisen verkauft werden, daß sie in den angrenzenden Ländern teurer in den Handel gesetzt werden. Dafür sorgt schon die kaiserliche Verordnung und so kommt es vor, daß zum Beispiel in Oberösterreich eine Bäuerin, die an einen Samstager drei Stück Eier, das Stück zu 3 K verkauft hat, während sie in Niederösterreich schon offiziell 5 K gekostet haben, mit zwei bis drei Tagen strengen Arrest bestraft wurde. Es ist selbstverständlich, daß das Landvolk gegen die Anwendung solcher Verordnungen kopfschütteln werden und sich sagen muß: Warum muß gerade ich es sein, der die Lasten am längsten zu tragen hat und sie auskosten muß, von denen sich die anderen Stände schon längst befreit haben?

Weil ich gerade bei dieser kaiserlichen Verordnung bin, so kann ich nicht umhin, mich auch noch einer Episode zu erinnern, die erst kürzlich in der sogenannten „Staatswehr“ zu lesen war. Ich will nicht daran anknüpfen, wie man seinerzeit den Landeshauptmann von Oberösterreich, den Herrn Abgeordneten Hauser hier verdächtigt hat, denn ich bin nicht dazu da, um vielleicht für ihn eine Lanze einzulegen; ob er Republikaner ist oder nicht, das möge er selber zur gegebenen Zeit zu erkennen geben. Aber nachher hat diese „Staatswehr“ geschrieben, das Volk von Oberösterreich sei schwarz-gelb bis in die Knochen, nur der Landeshauptmann Hauser sei derjenige, der für die schwarz-gelbe Farbe nicht zu gewinnen sei. Ich erlaube mir zu behaupten, daß, soweit ich den oberösterreichischen Bauern kenne, er republikanisch bis in die Knochen und nicht schwarz-gelb ist, und daß es sich also offenbar nur um eine Verirrung handelt, die man diesbezüglich in die „Staatswehr“ hineingeschrieben hat. (Beifall.) Wir haben gar kein Interesse daran, uns nach den Zeiten zurückzusehen, als wir unter dem glorreichen Zepter der Habsburger geschmachtet haben und zum Narren gehalten worden sind. (Lebhafter Beifall.) Wir erinnern uns noch ganz gut — und manchmal muß es auch heute noch eine förmliche Empörung hervorrufen, es muß einem das Blut in den Kopf steigen, wenn man daran zurückdenkt — wie man seinerzeit dem Volke vor-

gaufelte, Kaiser Karl sei in der größten Not in die Lagunen des Sponzo geraten, er sei in Todesnot gewesen. Das Volk ist damals in die Kirchen gewandert, in die Knie gesunken zu einem Dankgebet und hat sich erhoben, um das Tedeum laudamus zu singen, um den Herrn zu preisen für die glorreiche Rettung, und hernach hat man erfahren, daß die Champagnerlast, die auf dem Auto geführt wurde, zuviel auf eine Seite neigte und infolgedessen das Auto vom sicheren Pfade durch die kaiserliche Hand selber abgelenkt wurde. *(Heiterkeit.)* Solche Zustände wünschen wir uns nicht zurück und ich habe betont, wenn es sich darum handeln sollte, die Republik zu erhalten, so bin ich überzeugt, daß in diesem Falle die Mehrzahl der oberösterreichischen Bauern und überhaupt der österreichischen Bauern ihr Äußerstes dreinsetzen wird, damit diese Zustände, wie sie Anno dazumal waren, nicht neuerdings wieder eingeführt werden. *(Beifall.)*

Die Frau Kollegin Freundlich hat den Länderseparatismus als ein Hindernis bezeichnet. Ich gebe gerne zu, daß der Länderseparatismus wirklich ein Hindernis zum Wiederaufbau ist, daß er nichts anderes ist als eine künstliche Mache, nichts anderes, als papierene Gesetze, die den sogenannten Gesetzen der Natur trogen wollen. Wenn wir in unserem kleinen Bundesstaate, der ohnehin nur ein kleines Volk zählt, im Länderseparatismus uns abschließen und uns gegenseitig das Leben erschweren wollen, dann muß ich schon sagen, daß man, wenn man die wirtschaftlichen Schäden, die dieser Länderseparatismus anrichtet, in Betracht zieht, ihn wirklich ganz umangebracht findet. Es muß aber andererseits zur Ehre der Bauern gesagt werden, daß diese jederzeit gegen den Länderseparatismus waren und ich kann es der Frau Abgeordneten Freundlich nicht vorenthalten, daß es in unserem Lande gerade die Anhänger ihrer Partei sind, die heute für den Länderseparatismus eintreten. Der Länderseparatismus wird sich aber nicht halten können, weil das Gesetz der Not ihn ausschalten wird. Nehmen wir nur die Verhältnisse zwischen Oberösterreich und Salzburg, so liegen sie so, daß eigentlich ein Land förmlich auf das andere angewiesen ist, speziell Salzburg noch mehr auf Oberösterreich. In Friedenszeiten haben sich die Handelsbeziehungen in einem derartigen Geleise bewegt, daß beide Länder daraus einen Nutzen gezogen haben. Heute natürlich sind, weil die Grenzen gesperrt sind, die Salzburger gezwungen, ihr Vieh, sobald sie es von der Alm abgetrieben haben und das wir früher auf den Jahrmärkten dann gekauft haben, der Schlachtung zuzuführen, zu einer Zeit, wo die Fleischausbeute eine ganz geringe ist, im Winter aber bei Nacht und Nebel Fleisch von uns um einen horrenden Preis zu beziehen, um überhaupt eine Fleisch-

nahrung zu haben. Solche Fälle, glaube ich, widersprechen den Gesetzen der Natur und es ist besser, daß sie je eher verschwinden.

Ich komme nun auf die Zwangswirtschaft zu sprechen — ich werde darüber nicht viel Worte verlieren müssen, ich glaube, die Sache ist einleuchtend genug. Jedem Menschen, der auf Freiheit pocht und etwas auf sie hält, ist der Zwang etwas furchtbar Unangenehmes und gewiß äußert sich auch in der Landwirtschaft dieser Zwang als etwas Furchtbares; er wird oft noch furchtbarer angeschaut, als er in Wirklichkeit ist. Nun sage ich mir, wie die Frau Abgeordnete Freundlich betont hat, daß die Erhöhung des Kontingents die Grundlage für die Erhöhung des Preises sein muß, und heute darüber zu sprechen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir müssen erst mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnen können, wir müssen erst sehen, ob wir das bekommen, was wir im vorigen Jahre gehabt haben. Denn was würde uns ein hohes Kontingent auf dem Papier nutzen, wenn es nicht abgeliefert werden kann? Ich bin und war von jeher ein Feind der Zwangswirtschaft und habe mich immer bemüht, zwischen Zwangswirtschaft und staatlicher Bewirtschaftung einen Mittelweg zu finden; ich bin überzeugt, bei ehrlichem Willen muß dieser Mittelweg gefunden werden und mögen Schäden und Ungerechtigkeiten, die sich als unnütz und ungesund erwiesen haben, aufzuheben sein. Wenn ich nun an das hohe Haus die Frage richte, ob die Vorschreibung der Kopfquote aller Lebensmittel so zu machen ist, daß sie der Allgemeinheit entspricht und gerecht ist, so glaube ich, wird mir jeder sagen, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, weil ja die Bedürfnisse der einzelnen Personen bei weitem nicht gleich sind. Mit der heutigen Kopfquote werden die allerwenigsten auszukommen vermögen; aber auch wenn die Quote etwas höher wäre, werden nicht alle damit auskommen, weil die Quote eben dem Bedürfnisse des einzelnen angepaßt werden muß.

Wenn nun aber eine wirklich gerechte Vorschreibung nicht möglich ist, so müssen wir uns notgedrungen auf eine andere Basis stellen und müssen sagen: alles das, was der Erzeuger nicht zum Eigenbedarf braucht und nicht selbst zur eigenen Verwertung benötigt, gehört der Bewirtschaftung an, das soll zu den niedrigsten Preisen dem Staate und den Verteilungsstellen zur Verfügung gestellt werden. Dadurch, glaube ich, wäre sicherlich das Kontingent in der Höhe, wie es heute vorgeschrieben ist, zu erreichen und alle Härten wären abgeschliffen. Das eine werden wir nie unterbinden können, daß, solange Mangel an Produkten herrscht, derjenige, dem das nötige Kleingeld zur Verfügung steht, sich das anschaffen wird, was er unbedingt notwendig braucht. Wir sind uns ja heute vollkommen darüber klar, daß die Produktion in

unserem Staate im Grunde genommen nur dann gehoben werden kann, wenn wir größere Kredite zur Verfügung gestellt erhalten. Es ist zwar traurig, aber wahr und läßt sich heute nicht mehr bestreiten und wegleugnen, daß wir da in der Narrengasse herumlaufen und die Nachrichten, die über die Ergebnisse der letzten Reise des Herrn Bundeskanzlers durchsickern, lassen nicht die bestimmte Hoffnung aufkommen, daß endlich die Entente gewillt ist, mit ihren Versprechungen einmal ernst zu machen und uns die Mittel zu geben, die notwendig sind, um uns auf eigene Füße stellen zu können. Aber hohes Haus, es gäbe ein Mittel, mit dem der eigene Staat noch in der Lage wäre, etwas Produktives zu leisten, und das wäre die intensive Hebung der Produktion, der Produktion in der Getreidewirtschaft, in der Viehzucht und in der Milchwirtschaft. Ich sage mir, wenn unser Staatshaushalt ein Defizit von über 40 Milliarden aufweist, so werden weitere 4, 5 oder 6 Milliarden auch keine Rolle mehr spielen; wenn es 42 Milliarden beträgt, so wird es auch 50 vertagen. Man soll aber diese 8 Milliarden nicht in Subventionsform geben, so daß sie der einzelne in die Tasche steckt und sich denkt: Ich habe ein Geschäft gemacht, die Hebung der Produktion ist mir Nebensache! sondern in einer Form, daß sie der Allgemeinheit zugute kommen, indem man dieses Geld zum Beispiel den Genossenschaften gibt, die dann zum Zwecke der Hebung der Getreideproduktion Kunstdünger zu einem normalen Preis abgeben können oder indem man es verwendet für die Durchführung von Meliorationen und Bewässerungsanlagen. Ich bin überzeugt, daß diese Art der Verwendung nicht allein Zinsen tragen würde, sondern daß sie uns auch einen gewissen Ruf bei den Ausländern verschaffen würde, die dann sagen müßten: Es besteht ein Lebenswille bei diesem Volke, das Volk hat seine Existenzberechtigung bewiesen, es will sich seine Existenz erkämpfen und hat gezeigt, daß es noch leben kann. Es ist traurig, aber man kann es nicht verschweigen: wir franken schon seit Jahrzehnten an dem System des Fortwurstelns. Bei uns wird immer fortgewurstelt, man bringt nicht einmal das auf, was unbedingt notwendig ist, um uns halbwegs in einer Beziehung, sagen wir bezüglich der Kartoffel, vom Auslande unabhängig zu machen.

Auch die Viehzucht ist durch diese Vorschreibungen zum Teile ruiniert worden. Sie hat sich wohl etwas gebessert, liefert aber bei weitem noch nicht jene Fleischprodukte, die sie vor dem Kriege liefern konnte. Das wäre ein außerordentlich wichtiger Zweig der Landwirtschaft, wenn hier ein ernster Wille zum Wiederaufbau vorhanden wäre. Wenn man hier ein Kapital aufwenden würde, so hätte man die sichere Gewähr, daß es Zinsen tragen muß. Es wird sich nicht von der Hand weisen

lassen und es ist im Interesse der Landwirte gelegen, daß die Organisationen, die Genossenschaften und die Konsumorganisationen, bei diesem wichtigen Mittel an die Hand gehen. Man kann heute von verärgerten Hamsterern oft die Worte hören: Der Bauer wird sich eines Tages sein Gerstel auf den Hut stecken können. Ich bin überzeugt, ehrlich denkende Männer können nicht so reden, das ist nur der Ausbruch einer momentanen Erregung, wenn der Betreffende zu Hause eine hungernde Familie hat und nicht das Notwendige ausbringen kann. Ruhig denkende Bürger haben sicherlich ein Interesse daran, daß soviel als möglich im eigenen Lande produziert wird, um nicht gänzlich der Willkür des Auslandes ausgeliefert zu sein.

Mit ein paar Worten will ich noch auf den Völkervereinigungssatz zu sprechen kommen. Es ist geradezu lächerlich, wenn an der Grenze zwischen Salzburg und Oberösterreich die Gendarmen und Finanzwächter stehen und dort eine Wehr bilden, damit kein Stück Vieh in das andere Land hinüberkommt, während auf der anderen Seite nach Bayern und nach Tschechien ganze Trübe von Rindvieh abwandern. Weg mit diesen Grenzorganen innerhalb unseres Staatsgebietes! (*Lebhafter Beifall!*)

Wir wollen ein Volk von Brüdern sein. Stellen wir die Leute lieber an die Grenzen des Staates und bewachen wir lieber diese Grenzen, damit nicht unsere teuren Produkte, die wir selbst so notwendig brauchen, ins Ausland weggeschleppt werden! (*Lebhafter Beifall.*)

Ein paar Worte möchte ich noch über die Hebung der Viehzucht sprechen, die in manchen Gegenden das Um und Auf der Bauernwirtschaft bildet. Wir können nicht damit rechnen, daß der sogenannte Körndlbau sich bei uns allgemein einbürgern kann. Die territoriale Lage verhindert das. In einer Gegend wird Getreidebau betrieben, in einer anderen wieder Viehzucht. Auch hier muß einmal der Hebel angelegt werden und wir müssen trachten, erstklassiges Vieh züchten zu können, um zu einem Originalzuchtgebiet zu werden, damit wir nicht immer bemüht sind, aus anderen Ländern speziell jetzt bei unserer schlechten Valuta diese Tiere einzuführen, die einen oft den Erlös von ein paar Jahren kosten. Was andere können, müssen wir auch können. Ich habe schon oft daran gedacht, ob es nicht dafür stünde, in manchen Gegenden, wo heute die Staatsforste eine Zierde bilden, die aber wenig Ertrag liefert, Waldbastockungen durchzuführen und an den Stellen, die dazu günstig gelegen sind, Weiden zu errichten, die für unsere Vieh- und Pferdezucht sehr förderlich wären. Auch in dieser Beziehung muß der Hebel angelegt werden. Mit der Viehzucht hängt ja auch die Milchproduktion zusammen. Die Erzeugung dieses wichtigsten

Nahrungsmittels, das in den Städten heute manche Leute nur noch den Namen nach kennen, könnte gehoben werden, wenn die Vorbedingungen gegeben werden, daß man es ermöglicht, die nötigen Futtermittel zu bekommen, und andererseits dadurch, daß die sogenannte Vorschreibung der Viehableferung endlich aufhört, daß man sagt: Was du überzählig hast, hast du dort und dort zu verkaufen, nicht aber, daß man in die Stallungen hineingeht und sagt: jetzt hast du zu liefern; weil die anderen nicht liefern können, mußt du liefern. So werden oft tragende Kalbinnen oder gar Mutzkühe herausgerissen, was der Allgemeinheit durch den Entgang der Milch schmerzlich fühlbar wird.

Von großer Wichtigkeit schiene es mir, daß unsere Bundesregierung sich einmal daran macht, einheitliche Preise in den zum Bundesstaat gehörenden Ländern einzuführen. Gerade was die Preisdrückerei anbelangt, können wir Oberösterreicher ein sehr jämmerliches Lied singen. Die traurige Folge davon ist, daß die Produktion heute zum Teil um 50 Prozent zurückgegangen ist. Ich habe mir selbst eine auf unantastbaren Grundlagen fußende Überzeugung gewonnen, daß der heurige Getreideertrag dem vom Jahre 1913 und 1914 um 50 Prozent nachsteht. Dieses traurige Verhältnis sehen wir nicht nur bei der Getreideernte, sondern auch in der Produktion der anderen Artikel: Vieh, Milch usw. Wir müssen also einheitliche Preise fordern. Es ist selbstverständlich, daß in Wien die Preise etwas höher sein müssen, sonst könnte ja diese Millionenstadt nie ihr Auslangen finden. Wenn aber die Preise so verschieden sind, daß in Niederösterreich ein Ei 5 K gekostet hat zu einer Zeit, wo es bei uns um 50 h zu haben war, daß hier der Liter Milch 5 bis 7 K und bei uns 1 K 20 h kostet, dann muß die Produktion sinken. Erst gestern hat mir ein Herr bei der Ernährungsdirektorsitzung den Einwurf gemacht: es gibt Bauern, die infolge ihrer Lage zur Milchwirtschaft gezwungen sind und sich Kühe halten müssen. Ich habe dem Herrn gesagt: da sind Sie gewaltig im Irrtum, wenn Sie glauben, daß der Bauer, um Dünger erzeugen zu können, Kühe halten muß; da hat er schon lange einen andern Weg gefunden: er hat die Kühe verkauft und Fohlen eingestellt, die ihm viel besseren Dünger erzeugen.

Es muß also ein annähernd gleicher Preis in den einzelnen Ländern festgesetzt werden. Erst dann können wir zu einer Gesundung kommen, erst dann haben wir nicht zu fürchten, daß der Schleichhandel und das Hamstergeschäft zu einer kaum mehr abzubauenen Gewohnheit werden. Viele sind ja von der Not gezwungen, hinauszugehen, den Rucksack mitzunehmen und das Nötige an Lebensmitteln hereinzubringen. Aber man sieht auch sehr viele, die Hand an die Arbeit legen könnten, die es aber

verschmähen, zu arbeiten, die sich einem leichtsinnigen Leben hingeben, denen das Hamstern zur zweiten Natur geworden ist. Der Schleichhandel wird aber unrentabel sein, wenn die Preise in den einzelnen Ländern des Bundesstaates ziemlich ausgeglichen sind, weil damit der Länderserparatismus von selbst fallen wird.

Ich glaube, wenn wir uns aus diesem Chaos aufraffen, wenn wir ans Werk gehen und den Wiederaufbau zur Tat machen wollen, dann sind wir nur bei der Landwirtschaft in der Lage, es aus eigener Kraft zu tun. In allen anderen Zweigen sind wir auf Kredite angewiesen. In der Landwirtschaft können wir, wenn wir zugreifen, innerhalb zwei bis drei Jahren die Produktion in manchen Zweigen verdoppeln.

Einige Worte bezüglich des Kartoffelanbaues! Mir hat ein Vertreter der Reparationskommission in Linz, ein Engländer, gesagt: Bei euch in Deutschland und Österreich hat man während des Krieges die Zwangswirtschaft eingeführt; wir wären schon im zweiten Jahre des Krieges glatt verhungert, wenn wir den Unsinn gemacht hätten. Wir haben, sagte er, von Staats wegen das Geld auf die Straße geschmissen und haben den Leuten gesagt, hebt es auf und produziert, und in manchen Zweigen hat sich unsere Produktion tatsächlich um das Zwei-, Drei- und Vierfache heben lassen. Wir wären — sagte er — im zweiten Jahre des Krieges glatt verhungert, wenn wir es so gemacht hätten wie ihr, und jetzt haben wir so viel Kartoffeln zur Verfügung, daß wir euch Österreichern zu dieser Unbauaktion noch ein gewisses Quantum überlassen können. Ich bin überzeugt, daß die Herren Engländer sich nie so entgegenkommend gegen uns gezeigt hätten, uns die Kartoffeln auf Kredit zu geben — denn Sie wissen, daß es lange dauern wird, bevor wir an die Abrechnung denken können —, wenn sie nicht Kartoffeln in einer solchen Menge produziert hätten, daß sie sie lieber bei uns anbauen als zu Hause zugrunde gehen lassen.

Ich möchte also zum Schlusse sagen: Wir haben die Hoffnung nicht zu verlieren, wenn wir darin einig sind, daß es bei uns einen Wirtschaftszweig gibt, der mit kleinen Mitteln verbessert werden kann, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden ist. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gelangt der Abgeordnete Sever; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Sever: Hohes Haus! Im ersten Nachtrag zum Finanzgesetz finden wir unter Kapitel 19, Post 4, für Pferdezücht 39 Millionen Kronen eingesetzt. Wenn dieser Betrag zur Aufzucht

von Wirtschaftspferden für die Bauern und für die Industrie verwendet würde, hätten wir gar nichts dagegen einzuwenden, weil wir einsehen, daß der Krieg uns nicht nur das ganze Menschenmaterial gekostet hat, sondern daß wir auch mit dem Pferde-material fertig geworden sind. Wenn Sie sich aber erkundigen, ob diese 39 Millionen nur zur Aufzucht der sogenannten Kaltblüter benutzt werden sollen, so werden Sie finden, daß dies nicht der Fall ist, sondern daß von dieser Summe 10 Millionen weggenommen werden sollen für die Aufzucht der Vollblutpferde.

Nun ist es doch ein Unterschied, ob der Staat Geld für Pferde hergibt, die der Allgemeinheit dienen sollen, oder für solche, die nur einer bestimmten Klasse von Menschen dienen. Noch dazu ist zu bedenken, daß diese 10 Millionen nur eine Halbjahresrate ausmachen, so daß eigentlich 20 Millionen für die Vollblutpferde und nur 29 Millionen für die Wirtschafts- oder Kaltblutpferde gegeben werden sollen. Das heißt mit anderen Worten nichts anderes, als daß der Nationalrat den Wettrennveranstaltern, dem Jockeiklub und dem Trabrennverein ein Geschenk machen will zu einer Zeit, wo wir wahrlich nicht in der Lage sind, mit Geschenken herumzuwerfen. Im Finanzausschuß hat der Herr Finanzminister erklärt, daß sich die Herren vom Jockeiklub und vom Trabrennverein an ihn gewendet haben, daß ihnen ein Nachlaß von der Wettsteuer gewährt werde oder, wenn dies nicht geht, der Staat ihnen wenigstens eine Rückzahlung aus der eingenommenen Wettsteuer gewähren möge. Dieser Weg war nicht zu beschreiten und so hat man erklärt, man müsse für die Zuchtpferde dieser Herren eine Subvention bewilligen, die im Jahre 20 Millionen Kronen ausmachen soll. Zu einer Zeit, meine sehr Verehrten, wo man für die Aufzucht der Proletariatskinder keinen Heller im Staate hat (*Sehr richtig!*), wo wir hier nicht erreichen können, daß irgend etwas geschaffen werde, um die Proletariatskinder am Leben erhalten zu können, sehen wir, daß die Herren nichts dagegen haben, für die Aufzucht von Vollblutpferden eine derartig horrende Summe an Private abzugeben. (*Abgeordneter Dr. Bauer: Das ist die Sparsamkeit, von der immer geredet wird!*) Ja, das ist die Sparsamkeit, die aber die Herren immer nur bei den unteren Schichten predigen, wo sie sie auch immer voll und ganz ausüben. In dem Momente aber, wo es sich um die besitzende Klasse, ob beschnitten oder unbeschnitten, handelt, sind die Herren immer auf der Seite der Besitzenden zu treffen.

Es ist ein Geschenk, das hier den reichsten Leuten unseres Staates gemacht wird, den Leuten, die wahrlich nicht aus reinen Geschäftsrücksichten sich diese Vollblutpferde halten, sondern die zum

großen Teil nur aus Vergnügen ihre Stallungen aufrechterhalten, die die Möglichkeit hätten, aus ihrem Vermögen selbst diese 20 Millionen aufzubringen und nicht erst von diesem armen Staate zu verlangen, daß er ihnen für die Züchtung der Pferde, die ihrem Vergnügen dienen, eine derartig hohe Summe geben soll. Wenn wir uns die Guttmanns, die Rothschilds und alle die Herren, die im Jockeiklub beisammen sind, ansehen, so müssen wir sagen, daß für diese Herren 20 Millionen ein Pappenstiel sind, den sie ganz leicht aus eigener Tasche für die Aufzucht ihrer Vollblutpferde ausgeben könnten, während für uns hier 20 Millionen eine horrende Summe sind, die nicht für die Zwecke der Allgemeinheit, nicht für das Fuhrwerk bei den Bauern, bei der Industrie oder beim Gewerbe gegeben werden soll, sondern nur zu dem einzigen Zwecke, damit einige Duzend Menschen Vollblutpferde züchten, damit sie Rennen veranstalten und eventuell noch ihr Vermögen nach jeder Richtung vergrößern können.

Wir wollen ruhig sagen: Wir sind keine Gegner der Rennen an und für sich, ich persönlich habe noch nie eines gesehen, ich kann insofgedessen aus eigener Wahrnehmung nicht darüber urteilen. Wenn aber die Herren Rennen veranstalten wollen, dann sollen sie mit ihren Mitteln herhalten (*Zustimmung*), dann sollen sie persönlich für die Kosten aufkommen und sollen nicht verlangen, daß ihnen der Staat irgendeine Subvention gibt. Da möchte ich mich gerade an die Herren Vertreter der Bauern wenden. Wenn Sie sich das Bild ansehen, daß für Hunderttausende von Pferden, die wir im Wirtschaftsleben verwenden, ob nun bei den Bauern, bei der Industrie oder beim Gewerbe, 29 Millionen Kronen pro Jahr abgegeben werden, dann ist es erklärlich, daß die Prämien, die den Bauern für die Aufzucht der Wirtschaftspferde gegeben werden, so gering sind, daß sie gar nicht ausschlaggebend sind. Ich weiß nicht, wie hoch unser Pferdestand zur Zeit in Österreich ist, aber 200.000 bis 300.000 Pferde haben wir sicher hier, wenn nicht mehr. Für diese haben wir 29 Millionen Kronen und für die 800 bis 900 Vollblutpferde, die sich im Privatbesitz befinden, gibt derselbe Staat 20 Millionen Kronen als Aufzuchtprämien her, das können doch die Vertreter der Bauernschaft nicht verteidigen, daß man so ungerecht mit dem Gelde in einem Staate wirtschaftet, der wahrlich alles andere, nur nicht Geschenke verteilen kann.

Wir kommen zur Verhandlung über diesen Antrag gerade zu einer Zeit, in der wir uns in der furchtbarsten Not befinden, in der wir unseren Bundeskanzler nach London betteln schicken müssen, um die Mittel zu erhalten, um leben zu können. Zur gleichen Zeit verhandeln wir im Nationalrat darüber, ob wir dem Jockeiklub, einer Anzahl von

abgetakelten schwarzgelben Reaktionen (*Zustimmung*), die sich dort versammeln, die nichts für die Republik übrig haben, als daß sie sie im Inland und Ausland herabsetzen und beschimpfen, eine Subvention bewilligen sollen. Ich glaube nicht, daß die Bauernvertreter dafür zu haben sind, daß sie für diese abgetakelten Herrschaften die Hand erheben, um dafür zu stimmen, daß ihre Vollblutpferde von uns, vom Staate prämiert und deren Aufzucht gefördert werden soll. Ich glaube, meine Herren, daß die Zeit viel zu ernst ist, als daß man sich mit der Frage beschäftigen könnte, ob jetzt Vollblutpferde gezüchtet werden sollen, daß wir vielmehr daran denken müssen, jeden Heller, den wir irgendwo haben, für die Volkswirtschaft, für unsere Ernährung aufzuwenden und daß man nicht daran gehen darf, ehemaligen Grafen, Fürsten und Freiherrn Geld zu geben nur zu dem Zwecke, damit sie ihre Pferde weiter züchten können. Ich gestatte mir, den Antrag zu stellen:

„Die Post von 39 Millionen Kronen im Kapitel 19, Titel 4, ‚Pferdezucht‘, ist auf 29 Millionen Kronen herabzusetzen.“

Ich hoffe, meine Herren, daß Sie einsehen werden, daß wir die volle Verpflichtung haben, für die Aufzucht der Kaltblutpferde, die in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Gewerbe Verwendung finden, jede Summe zu bewilligen, die sie braucht, weil das eine Notwendigkeit ist. Ich kann jedoch nicht glauben, daß es hier Bauernvertreter gibt, die dafür stimmen können, daß man den Rothschilds oder abgetakelten ehemaligen Grafen, die heute die ärgsten Gegner der Republik sind, die reaktionär bis in die Knochen sind, die sich nach jeder Richtung hin schwarzgelb zeigen, auch nur einen Heller aus den Mitteln dieser Republik geben kann. Wenn den Herren nicht selbst das Schamgefühl verbietet, Geld von einer Republik zu nehmen, der sie nicht angehören wollen, von der sie sagen, daß sie nicht die ihre ist, dann müssen wir den Herren zeigen, daß wir kein Geld für Herrschaften haben, die sich nicht zu uns zählen. Für Herrschaften, die keine Republikaner, sondern schwarzgelbe Reaktionen sind, haben wir keine Subventionen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Die Herren haben den Antrag gehört; er ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Renner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Renner: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Bichl hat eine sehr verständige Rede über die Bedürfnisse der Landwirtschaft gehalten und er hat dabei auch dem Be-

kenntnisse Ausdruck gegeben, daß heute, wie er annimmt und wie wir zu wissen glauben, die große Mehrheit der Bauernschaft empfindet das Bekenntnis zur Republik, das Bekenntnis gegen die Monarchie und gegen die Restauration der Habsburger. Es ist gewiß, daß dieses freimütige Bekenntnis bei der Arbeiterschaft viele Mißverständnisse, die heute noch vorwalten, zu beseitigen in der Lage sein wird. Es ist nur ein Schaden: daß dieses freimütige Bekenntnis nicht aus allen Kreisen der Bauernschaft zu hören ist.

Der Herr Abgeordnete Bichl hat außerdem die Zwangswirtschaft verurteilt und hat den Segen des freien Verkehrs und des freien Handels auch in bezug auf die Landwirtschaft verkündet. Wenn die Zwangswirtschaft eine Gestalt angenommen hat, die die Bauernschaft vielfach bedrückt — und das geben wir zu —, so ist das zum allerwenigsten unsere Schuld. Es ist zum großen Teil Schuld derjenigen, die die Bauernschaft zu der Zeit vertreten haben, wo die Kriegswirtschaft ausgerichtet wurde. Damals haben im Ernährungsrat meine Parteigenossen und ich mit der größten Leidenschaft den Gedanken vertreten, zum Träger der Kriegswirtschaft nicht die Kommissionäre und die Zentralen zu machen, sondern von unten aus die Bauerngenossenschaften und es ist sehr schade, daß die Bauern die Gelegenheit versäumt haben, an dieser großen Wirtschaftsaufgabe, die ihnen gestellt war, ihr Genossenschaftswesen entsprechend auszubauen. Heute liegen die Dinge anders. Einer meiner Parteigenossen hat schon ausgeführt, daß der Genossenschaftsgedanke bei der Bauernschaft nicht im Fortschreiten, sondern eher in Rückbildung begriffen ist, daß eher zu sehr der individualistische, der kapitalistische Sinn in der Bauernschaft mächtig geworden ist, als daß die Genossenschaften besonders gedeihen könnten.

Der Herr Berichterstatter Eisenhut hat auf die Förderung der Produktion hingewiesen. Es ist für mich absolut gewiß, daß die Produktion gar nicht anders wirksam gefördert werden kann als im genossenschaftlichen Wege, aber nicht bloß im genossenschaftlichen Wege, wie er heute beliebt wird, mit Bezugs- und Absatzgenossenschaften, sondern nur so, daß die Bauerngenossenschaften Besitzer von großen Produktionsgütern werden und diese zu Muster- und Hilfswirtschaften ihrer einzelnen Betriebe ausgestalten. Nur dann ist es möglich, daß die Bauernschaft auf dem genossenschaftlichen Wege lernt, auf einem anderen wird sie überhaupt nicht lernen. Durch Worte lernt die Bauernschaft wenig, sie lernt durch das Beispiel und wirtschaften lernt sie nur von dem praktischen Volkswirt. Geben Sie nur den Bauern eine entsprechende Zahl von Mustergütern an die Hand, stellen Sie dort geschulte Agronomen an und Sie werden sehen, daß die ganze Bauernschaft sich rasch der neuen Produktionsmethoden

bedienen wird. Allerdings ist das nicht möglich, wenn sie die ihnen von der Wiener Spießbürgerei eingeredete Furcht vor der Sozialisierung behauptet. Es ist klar, daß es in dieser Gefolgschaft niemals zu einer entsprechenden volkswirtschaftlichen Genossenschaft kommt.

Ich muß dabei noch eines betonen. Es liegt in dem Begriffe der Genossenschaft und ihrer Traditionen, daß sie auf Selbsthilfe beruht. Aber die landwirtschaftliche Genossenschaft, vielfach auch die gewerbliche, hat die Staatshilfe für sich in Anspruch genommen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Arbeitergenossenschaften als Genossenschaften derjenigen, die die wenigsten wirtschaftlichen Hilfsmittel haben, von allem Anfang an streng auf dem Standpunkte der Selbsthilfe gestanden sind. Wenn dieser prinzipielle Gesichtspunkt unserer Genossenschaftspolitik heute nicht durchaus anfrecht erhalten werden kann, so bedeutet das nicht einen Verzicht auf diesen Grundsatz, sondern einfach die Tatsache, daß die einmal verfahrenene Kriegswirtschaft ohne Staatshilfe nicht fortgeführt werden kann, und darum sehen wir uns genötigt und sind dazu auch berechtigt, gleichfalls die Staatshilfe für unsere Genossenschaften in Anspruch zu nehmen, und es ist selbstverständlich, was meine Genossin Freundin schon ausgeführt hat, daß wir in demselben Maße, als die Landwirte für sich Staatshilfe zum Ausbau ihres Genossenschaftswesens in Anspruch nehmen, es auch tun werden.

Was wir für unsere Genossenschaften verlangen, geht in gar keiner Form oder in irgend einer Weise in Privatbesitz über, sondern dient immer zum allgemeinen Besten für das ganze konsumierende Land. Ich stelle das ausdrücklich fest, daß wir in diesem Sinne auf der Staatshilfe bestehen. Im übrigen aber, wenn die Landwirte tatsächlich ein ernstes Programm der Produktionsförderung aufstellen und dazu die öffentlichen Mittel in einer sinnreichen und zum Ziele führenden Weise in Anspruch nehmen, insbesondere so, daß sie nicht den Privateigentumsinstinkt stärken und dem Privatgewinne dienen, sondern in erster Linie der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft, werden wir gerne alle dazu beitragen, um die Produktion zu fördern. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort, und zwar zunächst dem Herrn Abgeordneten Eisenhut.

Spezialberichterstatter Eisenhut: Hohes Haus! Als Berichterstatter kann ich freudig konstatieren, daß sich alle Redner dafür ausgesprochen haben, daß die landwirtschaftliche Produktion gehoben

und die durch den Krieg hervorgerufene desolante Wirtschaft gefördert werden soll. Nur einige Redner auf der linken Seite des Hauses haben es für gut befunden, einerseits unser Ackerbauministerium der Unfähigkeit und Untätigkeit zu zeihen und andererseits ihren Haß gegen den Bauernstand zum Ausdruck zu bringen. Der Herr Ackerbauminister hat ja selbst erwidert. Ich stelle aber fest, daß auch von der linken Seite sachliche Ausführungen gefallen sind; — aber leider haben sich einige Herren nicht abhalten lassen, gewissermaßen eine Wahlrede zu halten.

Der Herr Kollege Schneidmahl hat zum Beispiel darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften ihre Pflicht nicht erfüllt haben und der frühere Herr Staatskanzler Dr. Renner hat gerade jetzt erklärt, daß diese in ihren Bestrebungen zumindest nicht vorwärtsschreiten. Diesbezüglich möchte ich feststellen, daß zumindest in Niederösterreich das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen gewiß schon lange Zeit segensreich gewirkt und gerade in den letzten Jahren sehr weitgehend ausgebaut wurde. Bei uns in Niederösterreich sind in den letzten zwei Jahren zwölf landwirtschaftliche Genossenschaften, sogenannte Lagerhäuser, und 15 Filialen dieser Genossenschaften neu errichtet worden. Wir haben dort Saatzuchtstellen errichtet, die gewiß den Intentionen des früheren Herrn Staatskanzlers entsprechen. Wir wollen den Leuten dort vor Augen führen, wie man ein gutes Saatgut züchtet und in Ebreichsdorf wurde sogar eine landwirtschaftliche Ackerbauschule seitens der Genossenschaft errichtet.

Ich will mich mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht lange damit aufhalten, aber gewiß ist, daß der Genossenschaftsgedanke in bäuerlichen Kreisen Wurzeln gefaßt hat. Selbstverständlich lassen sich solche Fragen nicht im Handumdrehen lösen, da der Bauernstand konservativ ist und erst aus eigener Anschauung alles kennen lernen will. Wir tun aber das und wir geben dem Bauer durch die Genossenschaften die nötigen Aufklärungen.

Selbstverständlich wird auch dort durch Versuchsfelder die Anwendung der verschiedenen Düngemittelarten praktisch vor Augen geführt. Das ist gewiß notwendig, ich kann aber feststellen, daß in unseren Gegenden fast die meisten Bauern schon so aufgeklärt sind, daß sie das nicht mehr brauchen. Aber wo es notwendig ist, geschieht es, daß man ihnen Versuchsfelder vor Augen führt, damit sie sehen, welche Wirkung es hat, wenn man gutes Saatgut nebst künstlichen Düngemitteln verwendet.

Was die vagen Reden bezüglich der Millionen oder Tausende, die die Bauern gewonnen haben, anbelangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir eigentlich froh sein sollten, daß der Bauernstand entschuldigt worden ist. Beim Empfange der Agrarier

durch unseren Herrn Bundespräsidenten hat dieser unlängst erklärt — und auch der frühere Herr Staatskanzler Dr. Renner war anwesend und hat es gehört —, daß auch er sich als landwirtschaftlicher Schriftsteller schon vor vielen Jahren mit der Entschuldung des Bauernstandes beschäftigt hat. Er hat uns auch Vogelsang und andere genannt. Der Krieg hat leider oder Gott sei Dank diese Entschuldung zuwege gebracht. Wenn der Bauernstand entschuldet ist und über Kapitalien verfügt, so müssen wir das nur begrüßen, weil ein gesunder und kräftiger Bauernstand gewiß wieder zur Hebung und Förderung der Produktion das Meiste beitragen wird und kann. Aber so groß sind die Kapitalien nicht, wie gesagt wurde — ich bin selbst ein Bauer und kenne die Verhältnisse. Wenn ein Bauer einige hunderttausend Kronen Ersparungen hat, so muß er schon fleißig gearbeitet haben; denn auch die Auslagen sind entsprechend gestiegen.

Was die Agrarreform anbelangt, die der Herr Kollege Schneidmahl gefordert hat, so stehen auch wir auf dem Standpunkte, daß reformiert werden muß, wir möchten aber bitten, da nicht gar zu ungestüme Forderungen zu stellen und nicht zu radikal vorzugehen, wie es gerade von den sozialdemokratischen Rednern geschehen ist. Ich erinnere diesbezüglich an den Zeitartikel in der „Arbeiterzeitung“ vom letzten Samstag, wo bezüglich der Krise in Sowjetrußland der Satz vorkommt: „Der Bauer ist nicht mehr gezwungen, Getreide zu verkaufen und mit dem Erlös den Pachtzins zu bezahlen, er zieht es vor, seine Ernte selbst aufzuzehren, statt sie gegen entwertetes Papiergeld abzuliefern.“ Das ist auch unsere Befürchtung. Wenn wir den Großgrundbesitz vollkommen aufteilen, wie es vielfach geplant ist, besteht eben die Gefahr, daß dieser in Zwerghwirtschaften zersplittert wird und daß der Bauer die Ernte selbst verzehren und verfüttern wird und dann Städte noch weniger Lebensmittel bekommen.

Was die Frage der Erntekommissionen betrifft, so wird über diesen Antrag im landwirtschaftlichen Ausschuß gesprochen werden. Ich möchte hier nur sagen, daß die Parität wohl heute ohnehin besteht. Nach der Fassung des Antrages fürchte ich, daß der Plan besteht, daß dort mindestens hin und wieder vagierende Arbeiterkräfte untergebracht werden sollen, Herr Kollege Weber, und dagegen sträuben sich die Bauern. Bezüglich der Dienstabotenlöhne sind hier vom Kollegen Schneidmahl Zahlen genannt worden, die ich nicht glaubwürdig finden kann. Bei uns im Marchfelde bekommen die Dienstaboten monatlich bis zu 2000 K nebst der guten Verköstigung. Der Herr Kollege hat von Summen von 60, 80 und 100 K geredet. Mir ist das nicht bekannt, wenn es aber der Fall ist, sehe ich ein, daß das zu niedrige Löhne sind. Vielleicht sind

damit eine Menge Naturalien verbunden, was er eben verschwiegen haben dürfte.

Bezüglich der Aufteilung der Agrargemeinschaften, von denen der Herr Abgeordnete Pölzer gesprochen hat, möchte ich nur das eine mitteilen, daß es wohl nicht richtig ist, wenn er sagt, nirgends sind Gemeinderatsbeschlüsse gefaßt worden, daß das Nutzungsrecht den kleinen Leuten zugewiesen wird. Ich kenne eine Masse Gemeinden, wo das Nutzungsrecht diesen Leuten eingeräumt worden ist, auch in meiner eigenen Gemeinde. Ich bitte da nicht zu generalisieren. Bezüglich der Ausführungen der Frau Emmy Freundlich möchte ich feststellen, daß wir gewiß nicht verlangen, daß wir Subventionen für unsere Lagerhäuser bekommen. Wir wollen nur gerechte Preise für unsere Produkte haben, dann verzichten wir auf die Subventionen.

Ich möchte noch den Herrn Kollegen Wichtl, der über die Öffnung der Landesgrenzen und über die Absperrung der Länder gesprochen hat, bitten, daß er auch in dem Sinne im oberösterreichischen Landtage sprechen soll. Wir selbst sind ja dafür, daß die Landesgrenzen fallen sollten. Aber gerade in Oberösterreich wird auch vom sozialdemokratischen Landeshauptmann-Stellvertreter Gruber und den Großdeutschen die Absperrung der Grenzen verlangt. Mir schwebt da das Sprichwort vor: „Selber essen macht fett.“ (Sehr richtig!) Was den Antrag, der jetzt vom Herrn Abgeordneten Sever bezüglich der Streichung von zehn Millionen für die Pferdezüchtung gestellt wurde, betrifft, so kann ich mich als Berichterstatter diesem Antrage nicht anschließen. Andererseits erkläre ich nur, daß durch die Rennen 150 Millionen Steuern hereinkommen und daß die Gefahr besteht, daß ansonsten die Rennen nach Ungarn und Tschecho-Slowatien verlegt werden und dadurch der Gewerbestand geschädigt wird. Als bäuerlicher Vertreter erkläre ich, daß die Warmblutzüchtung gewiß notwendig ist, weil wir außer den Kaltblütern auch Warmblüter züchten müssen. Die Pferderennen sind notwendig, weil man das Material durch die Rennen ausprobieren muß.

Zum Schlusse bitte ich das hohe Haus, die Budgetpost, wie sie vorliegt, anzunehmen und den Antrag Sever abzulehnen.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter über das Kapitel „Volksernährung“ verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich bringe zuerst den Antrag des Ausschusses über die Kapitel 19 und 20 des Bundesvoranschlages „Land- und Forstwirtschaft“ zur Abstimmung, und zwar mit Rücksicht auf den Antrag des Herrn Abgeordneten Sever und Genossen mit Auslassung des Titels 4, Pferdezüchtung, im Kapitel 19.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche diese Kapitel 19 mit Ausnahme des Titels 4, sowie Kapitel 20 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ist angenommen.

Ich bringe nun den Antrag des Herrn Abgeordneten Sever zur Abstimmung. *(Abgeordneter Sever: Ich bitte um das Wort zur Abstimmung!)* Ich erteile Herrn Abgeordneten Sever zur Abstimmung das Wort.

Abgeordneter **Sever**: Ich beantrage die namentliche Abstimmung.

Präsident **Dr. Dinghofer**: Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist genügend unterstützt.

Für die namentliche Abstimmung ist die Vorschrift des § 58 maßgebend. Hienach haben sich die Mitglieder der ihnen von der Kanzlei des Hauses zur Verfügung gestellten Stimmzettel zu bedienen, die die Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ oder „Nein“ tragen. Von mir bestimmte Beamte werden sich zu den ihnen zugewiesenen Bankreihen begeben und von jedem Abgeordneten dessen Stimmzettel in Empfang nehmen.

Diejenigen Mitglieder, die dem Antrage des Abgeordneten Sever ihre Zustimmung geben wollen, haben die Karte abzugeben, die auf „Ja“ lautet, diejenigen Mitglieder, die ihn ablehnen wollen, haben die Karte abzugeben, die auf „Nein“ lautet.

Ich ersuche die Beamten, die Stimmkarten einzusammeln.

(Nach Abgabe der Stimmkarten:)

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. *(Nach Vornahme der Stimmenzählung:)* Der Antrag Sever ist mit 75 gegen 63 Stimmen abgelehnt. *(Zwischenrufe.)*

(Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten:)

Abram, Allina, Austerlitz, Bauer, Baumgärtl, Bosche, Bretschneider, Danneberg, Deutsch, Ebner, Eisler, Eldersch, Ellenbogen, Forstner, Freundlich, Gabriel, Geisler, Geßl, Glöckel, Gröger, Hammerstorfer, Hanusch, Hermann, Hölzl, Hubmann, Hueber, Laimer, Lenz, Leuthner, Marischläger, Mayr Otto, Muchitsch, Neuhofner, Pich, Pölzer, Polke, Popp, Proft, Renner Karl, Richter, Rieger, Scheibin, Schiegl, Schlager, Schlesinger, Schneidmadl, Schulz, Seidel, Seitz, Sever, Skaret, Smittka, Tomischik, Tuller, Ulrich, Volkert, Weber,

Weiser, Widholz, Wiedenhofer, Witternigg, Witzan, Zelenka;

mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten:

Adlersflügel, Aigner, Altenbacher, Angerer, Bichl, Birbaumer, Bösch, Brinnich, Buchinger, Clesfin, Diwald, Dostal, Edlinger, Eisenhut, Fink, Fischer, Födermayr, Frank, Geyer, Gimpel, Größbauer, Gruber, Gürtler Alfred, Haider, Haueis, Heigl, Heintl, Heisinger, Höchtl, Hofer, Hollersbacher, Irja, Jerzabek, Jutz, Kelmayr, Klug, Kollarz, Kollmann, Kraft, Lanner, Lieschnegg, Lutzenberger, Maier Anton, Niedrist, Odehnal, Partik, Pauly, Pirchegger, Pischik, Resch, Rudelz, Zehnet, Schmitz, Schneider, Schönsteiner, Schoepfer, Schürff, Seipel, Siegl, Spalowsky, Steinegger, Stempfer, Stradal, Vaugoin, Waber, Wagner, Waiss Erwin, Weigl, Weiskirchner, Weiss Josef, Wiesmaier, Wimmer, Wolke, Wunsch, Zauner, Zeidler.)

Ich bitte nunmehr diejenigen Frauen und Herren, welche Titel 4 des Kapitels 19 „Pferdezucht“ im Sinne des Ausschussberichtes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Dieser Antrag ist angenommen.

Ich bitte ferner diejenigen Frauen und Herren, welche die Entschlüsse des Ausschusses, die beige druck vorliegen, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Die zehn Entschlüsse sind angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel „Volksernährung“.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche den in der Gruppe XVI des Staatsvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1920/21 unter dem Titel „Volksernährung“ eingesetzten Beträge die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche die beige druckte Entschlüsse des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wir kommen zum siebenten Abschnitte der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag, umfassend die Gruppe XII: „Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten“, und XVIII: „Sozialisierung“.

Berichterstatter sind die Herren Abgeordneten Dr. Odehnal, Partik, Dr. Schürff und Dr. Waber.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Doktor Odehnal, die Verhandlung einzuleiten.

Spezialberichterstatter **Dr. Odehnal**: Hohes Haus! Der Voranschlag zur Gruppe XII: „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“ umfaßt als erstes

Kapitel den Aufwand des Bundesministeriums selbst. Die Ausgaben betragen 32 Millionen, wovon 16½ Millionen auf die ordentlichen Ausgaben und 15½ Millionen auf die außerordentlichen Ausgaben entfallen. Die außerordentlichen Ausgaben sind deshalb so groß, weil nicht nur die abbaufähigen Zulagen, sondern auch die Bezüge für das Staatskommissariat für Sachdemobilisierung und für die Sektion für Kriegs- und Übergangswirtschaft darin enthalten sind. Gegenüber dem Vorjahre zeigt sich eine Erhöhung um 7½ Millionen, welche hauptsächlich auf die Erhöhung der Personalzulagen zurückzuführen ist, teilweise aber wohl auch die sachlichen Auslagen betrifft. Im heurigen Jahre betragen die Personalausgaben einschließlich der Nebenbezüge 27½ Millionen. Der Personalstand des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten beträgt 1050 Angestellte. Es wird selbstverständlich auch bei diesem Bundesministerium mit allen Mitteln versucht, einen Abbau herbeizuführen, und es ist ein fünfprozentiger Abbauabstrich angenommen, außerdem aber ein 50prozentiger Abbauabstrich durchgeführt worden, und zwar soweit er die Direktion der Wasserstraßen betrifft, die bekanntlich mit Ende des Jahres 1920 aufgelöst worden ist.

Ich habe weiters zu berichten über das Kapitel 22, und zwar über die Titel 1, 3 und 8. Der Titel 1 dieses Kapitels enthält die Handelsberichterstattung, Handelsstatistik, Industrieförderung, Exportförderung, Auswandererschutz, Heimatschutz, Ausstellungswesen, Wasserkraftkataster, Volksbekleidung, Überwachung der Übergangswirtschaftsstellen, Direktion für den Bau der Wasserstraßen und den Wasserbuchdienst. Dieses Kapitel weist ein Erfordernis von 22.301.300 K auf gegenüber Einnahmen von 14.076.200 K. Die gewaltige Steigerung gegenüber dem Vorjahre hat bei diesem Kapitel ihre Hauptursache darin, daß im Vorjahre die Kredite unter dem Kapitel „Kriegsmaßnahmen“ eingestellt waren, während sie heuer zum Bundesministerium überstellt worden sind und in den Etat des handelsstatistischen Dienstes fallen. Auch hier ergibt sich die Notwendigkeit eines Personalabbaues, der aber natürlich seine Grenze darin findet, daß die Arbeit entsprechend geleistet werden muß. Und nachdem nun anzunehmen ist, daß Handelsbeziehungen mit dem Ausland neu angeknüpft werden müssen, so darf man selbstverständlich auch nicht wahllos beim Abbau des Personals vorgehen. Wir dürfen sogar annehmen, daß bei der Neuanbahnung der handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande, welche gewiß eine wichtige Grundlage für den Wiederaufbau Österreichs bilden, sogar ein erhöhtes Personal bereitgestellt werden muß.

Bezüglich der im § 3 angeführten Darlehen möchte ich erwähnen, daß es sich da um Darlehen

handelt, die der alpenländischen Torfindustriegesellschaft für Investitionen gegeben worden sind, und zwar ein Darlehen von fünf Millionen Kronen. Außerdem wurde zur Anschaffung der notwendigen Maschinen ein weiteres Darlehen von einer Million Kronen gegeben. Ferner wurde der Steinkohlenbergwerk- und Kalk-Gesellschaft in Wehr, G. m. b. H., ebenfalls ein Darlehen von 2½ Millionen Kronen gewährt. Diese Darlehen sind in mehreren Abschnitten in den Jahren 1923 und 1924 rückzahlbar.

Zum Titel „Ausstellungswesen“ möchte ich bemerken, daß die Rotunde sich dadurch, daß sie einerseits in militärischer Benutzung gestanden ist und andererseits nach dem Kriege von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung benutzt worden ist, sich in einem solchen Zustande befindet, daß sie ohne gewaltige Erneuerungen und Adaptierungen kaum wieder zu Ausstellungszwecken verwendet werden könnte.

Es mußte deshalb, um wenigstens die notdürftigsten Reparaturen in der Rotunde vorzunehmen, ein Kredit von drei Millionen eingestellt werden. Außerdem ist es aber gelungen, mit einer Gesellschaft einen Mietvertrag abzuschließen. Auf Grund dieses Mietvertrages ist die Gesellschaft verpflichtet, sowohl den Boden als auch die Wände der Rotunde entsprechend herzurichten, so daß nach Ablauf des Mietvertrages zu erwarten ist, daß die Rotunde wieder Ausstellungszwecken zugeführt werden kann.

Zum Kapitel „Exportförderung“ hat der Abgeordnete Dr. Waiz einen Antrag, betreffend die Exportförderung durch Reformierung des Handelsmuseums, gestellt. Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme.

Zum Kapitel „Wasserkraftkataster“ wäre zu bemerken, daß die Fortführung des österreichischen „Wasserkraftkatasters“ selbstverständlich eine unbedingte Notwendigkeit ist, die hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß wir ja die Absicht haben, die Wasserkräfte auszunutzen, und daß da ein entsprechend ausgearbeiteter und nach allen Richtungen hin verlässlicher Wasserkraftkataster eine unbedingte Voraussetzung ist.

Auch zu diesem Kapitel wurde vom Abgeordneten Otto Volker ein Entschließungsantrag eingebracht, betreffend die möglichst baldige Vollenbung des Wasserkraftkatasters. Ich empfehle auch diesen Entschließungsantrag zur Annahme.

Von ungemein großer Wichtigkeit ist das technische Versuchswesen. Für dieses sehen Sie eine verhältnismäßig kleine Summe eingetragen, und zwar rund eine halbe Million. Trotzdem ist es gerade dieser Abteilung mit verhältnismäßig sehr geringem Personal gelungen, ganz außerordentliche Dinge zu schaffen. So wurde geschaffen: Eine Schiffsbau-

technische Versuchsanstalt, die Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge, dann die Dampf- und wärmetechnische Versuchsanstalt, dann die Versuchsanstalt für Innenbeheizung von Wohnräumen, ferner die Prüfstelle für Brothesen und Apparate beim Vereine „Die Technik für die Kriegsinvaliden“, die Untersuchungsanstalt für Edelsteine und ein Forschungsinstitut für Textilindustrie. Man beabsichtigt nun weiter, noch eine Reihe solcher Versuchsanstalten zu errichten: insbesondere ein Forschungsinstitut für die Brennstoffwirtschaft, dann ein Institut für Kohlenvergasung und Nebenproduktengewinnung, dann eine physikalisch-technische Versuchsanstalt, außerdem eine Probieranstalt für geodätische und astronomische Instrumente. Von besonderer Wichtigkeit ist für uns das Forschungsinstitut für Textilindustrie, welches natürlich entsprechend dotiert werden muß, und dann die Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge, welche ebenfalls notleidend geworden ist und daher einer ausgiebigen Unterstützung bedarf.

Zu diesem Titel „Versuchswesen“ sind eine Reihe von Entschließungsanträgen eingebracht worden, und zwar einer, betreffend die an der Normalisierungskommission zu errichtenden Versuchsanstalten physikalischer, optischer und elektrischer Richtung, dann eine Resolution, betreffend die Errichtung einer Akademie für technische Wissenschaften, ferner eine Resolution, betreffend das „Forschungsinstitut für Textilindustrie“ in Wien, dann, betreffend die Errichtung einer Versuchsanstalt für den Ausbau vom Wasserkraften und für den Wirkungsgrad hydraulischer Motoren, betreffend den österreichischen Normenausschuß und eine weitere Resolution, betreffend die Gesellschaft für Wärmewirtschaft. Ich empfehle auch diese Resolutionen zur Annahme.

Der nächste Titel, über den ich zu referieren habe, sind die staatlichen Industriewerke. Bei den staatlichen Industriewerken haben wir zunächst die Generaldirektion, welche über alle diese Werke gesetzt ist. Sie erfordert einen Aufwand von dreieinhalb Millionen Kronen. Der sachliche Aufwand beträgt ungefähr 730.000 K. Einnahmen sind nicht vorhanden.

Die Industriewerke Arsenal sind ausgewiesen mit einem Gesamtaufwand von 131.098.000 K, wovon die sachlichen Ausgaben 22.520.000 K betragen. Die Einnahmen betragen 89.2 Millionen, es ergibt sich also ein Abgang von 41.9 Millionen Kronen.

Die Wöllersdorfer Werke weisen für 392 Angestellte und 3.922 Arbeiter einen persönlichen Aufwand von 114.860.000 K auf, für die sachlichen Ausgaben 30 Millionen Kronen, zusammen 144 Millionen Kronen. Demgegenüber stehen Einnahmen von 139.7 Millionen Kronen, so daß sich ein Abgang von 4.3 Millionen Kronen ergibt.

Die Industriewerke Fischamend weisen einen persönlichen Aufwand für 62 Angestellte und 603 Arbeiter im Betrage von 16 Millionen Kronen auf. Die sachlichen Ausgaben betragen 8.8 Millionen Kronen, die Gesamtsumme 24.9 Millionen Kronen, der Einnahmen von 21.1 Millionen Kronen gegenüber, so daß sich ein Abgang von 3.8 Millionen ergibt.

Die Wörther Werke weisen einen persönlichen Aufwand für 67 Angestellte und 451 Arbeiter mit einem Betrage von 8.6 Millionen Kronen auf. Die sachlichen Ausgaben betragen 8 Millionen Kronen, zusammen also 16.4 Millionen Kronen. Dem stehen Einnahmen von 10.6 Millionen Kronen gegenüber, es ergibt sich daher ein Abgang von 5.8 Millionen Kronen.

Die Staatsfabrik Blumau weist einen persönlichen Aufwand für 179 Angestellte und 1430 Arbeiter im Betrage von 47.2 Millionen Kronen auf. Die sachlichen Ausgaben betragen 58 Millionen, der Gesamtaufwand beträgt 105.2 Millionen Kronen, dem 85.5 Millionen Kronen als Einnahmen gegenüber, so daß sich ein Passivum von 19.7 Millionen ergibt.

Zu dem Titel „Staatsfabrik Blumau“ hat der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen den Antrag gestellt, der Staatsfabrik Blumau zum Ausbau einer Wasserkraft von 1600 Pferdekraften einen Betrag von 200 Millionen Kronen gegen entsprechende Verzinsung und Amortisation zur Verfügung zu stellen. Ich schließe mich diesem Antrag an.

Es kommt noch weiters das Militärgeographische Institut, welches bei 250 Angestellten und 214 Arbeitern 10.6 Millionen Kronen an persönlichen Ausgaben erfordert. Die sachlichen Ausgaben betragen 6.6 Millionen Kronen, so daß der Gesamtaufwand 17.3 Millionen Kronen beträgt, dem Einnahmen im Betrage von 15.5 Millionen Kronen gegenüberstehen, so daß sich ein Abgang von 1.8 Millionen Kronen ergibt.

Nach vielfachen Schwierigkeiten ist es nunmehr gelungen, eine Betriebsform zu finden, die geeignet erscheint, das Institut nicht nur lebensfähig zu gestalten, sondern es durch weitergreifende kaufmännische Reformen in den Stand zu setzen, das Defizit in Wälde ganz abzubauen und dem Staate neue Einnahmequellen zu beschaffen. Zu diesem Zwecke wird der kartographisch-reproduktionstechnische Teil eine kaufmännische Leitung erhalten, während die vermessungstechnischen Abteilungen mit den einschlägigen zivilstaatlichen Vermessungsstellen vereinigt werden.

Zum Militärgeographischen Institut wurde vom Herrn Abgeordneten Otto Volker ein Entschließungsantrag eingebracht, betreffend die Arbeit für die Erneuerung des Kartengrundmaterials der

den Zerfall Österreichs von der Tschecho-Slowakei, in welcher sich die verschiedenen Industrien befunden haben, abgeschnitten und namentlich ist die Porzellanindustrie ein Gewerbe, das hier nicht zur Ausübung kommt. Es sind aber in der letzten Zeit Kaolinvorkommen in Oberösterreich entdeckt worden, die geeignet sind, die Porzellanindustrie bei uns zu fördern. Es wird die Hauptaufgabe des Staates amtes sein, uns in dieser Beziehung vom Auslande unabhängig zu machen. Wir sind jetzt darauf angewiesen, die gesamte Töpferware aus dem Auslande zu beziehen, nicht nur Porzellan, sondern auch das gewöhnliche Töpfergeschirr muß aus der Tschecho-Slowakei bezogen werden. Durch die Förderung dieses Industriezweiges soll es gelingen, uns vom Auslande soviel als möglich unabhängig zu machen.

Es sind hier auch Posten für die Gewerbe-förderung eingestellt, und obwohl die aufgewendeten Beträge beinahe verschwindend sind, sind die Ansätze, die durch diese geringe Förderung erzielt wurden, schon wesentlich. So wurde zum Beispiel in Oberösterreich die Spielwarenindustrie dadurch gefördert, daß man den dortigen Gewerbetreibenden und Industriellen Maschinen zur Verfügung gestellt hat. Dasselbe ist auch in Kärnten geschehen und man sieht, daß auf diesem Gebiete schon ganz schöne Ansätze erzielt worden sind und daß jeder Betrag, der für die Förderung des Gewerbes und der Industrie, namentlich aber des Kunstgewerbes aufgewendet wird, am nutzbringendsten verwendet ist.

Im § 2, „Nichtstaatliche Anstalten“ ist eine Post von 250.000 K ausgewiesen. Dieser Betrag ist gewiß verschwindend klein, noch dazu wenn man bedenkt, daß hier alle diese Gewerbe-förderungsanstalten in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Dornbirn in Betracht kommen, deren Tätigkeit hauptsächlich die Hebung der Qualitätsproduktion sein soll, und man wird wohl mit einem so geringen Betrage nicht das Auslangen finden können, wenn man eine bedeutende Förderung dieses Industriezweiges erreichen will.

§ 3 betrifft die Förderungsmittel. Zur Förderung gewerblicher Vereinigungen sowie einzelner Erwerbszweige sind insgesamt 620.000 K im Staatsvoranschlag unter Post 1 und 2 dieses Paragraphen vorgesehen. Die Leistungsfähigkeit des Gewerbes bedarf noch der materiellen Förderung durch Maschinenüberlassung und Darlehens- und Subventionsgewährung.

Auch dieser Betrag erscheint mir viel zu gering und nur mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates muß man sich mit ihm zufrieden geben. Wenn man allerdings anderseits sieht, wie in diesem Staate für nichtproduktive Zwecke viele Millionen ausgegeben werden, so muß man sagen,

es wird in Zukunft notwendig sein, daß man mehr Investitionspolitik betreibt und daß man gerade auf diesem Gebiete größere Investitionen vornimmt.

Für die Förderung kreditwirtschaftlicher Organisationen sowie für die Gewährung von Subventionen an gewerbliche Standesorganisationen, insbesondere Genossenschaftsverbände und für den genossenschaftlichen Arbeitsnachweis, weiters für die Einflußnahme auf die Lehrlingsausbildung sind insgesamt 145.000 K präliminiert. Auch diese Post erscheint mir als viel zu gering, denn man wird damit wohl nicht viel ausrichten können. Zu diesem Kapitel ist auch vom Abgeordneten Steinegger eine Entschließung eingebracht worden, in welcher die Regierung aufgefordert wird, die autonomen Gewerbe-förderungsanstalten in ihrer Tätigkeit möglichst zu fördern. Der Herr Abgeordnete Steinegger findet auch, daß die Beträge, die hier aufgewendet werden, zu gering sind.

Zu Titel 6: Gewerbliches Bildungswesen.

Das Gesamterfordernis für das gewerbliche Bildungswesen beziffert sich auf 44,685.200 K. Hier von entfallen auf das ordentliche Erfordernis 24,487.300 K und auf das außerordentliche Erfordernis 20,197.900 K.

Der Titel 6: Gewerbliches Bildungswesen, gliedert sich in drei Paragraphen:

§ 1, Staatsanstalten, mit 42,356.700 K, § 2, nicht staatliche Anstalten 2,228.500 K, § 3, Förderungsmittel 100.000 K.

Im § 1, Staatsanstalten, ist das finanzielle Erfordernis der Staatslehranstalten, das sind die gewerblichen Zentralanstalten, die Staatsgewerbeschulen und die Fachschulen für einzelne gewerbliche Zweige veranschlagt. Die persönlichen Ausgaben belaufen sich auf 25,877.755 K. Ein Abbau des Personals an den staatlichen Lehranstalten ist ausgeschlossen, insoweit diese Anstalten zum Teil noch im Ausbau begriffen sind, was naturgemäß eine Vermehrung des Lehrpersonals zur Folge haben muß. Dazu kommt noch, daß die Pragmatisierung einer Reihe von älteren vertragsmäßigen Lehrerinnen und Werkmeisterinnen erfolgen mußte. Dies machte die Neu-systemisierung einer Reihe von definitiven Lehrstellen erforderlich.

Das außerordentliche, im § 1 veranschlagte Erfordernis beträgt 20,076.000 K und sind folgende Posten hervorzuheben:

Zur Einführung der elektrischen Beleuchtung im Gebäude des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie werden 350.000 K veranschlagt.

Das Gewerbemuseum erfreut sich einer großen Beliebtheit und weist eine große Besuchszahl auf, so daß man mit den Besuchsstunden bei Tageslicht

nicht das Auslangen gefunden hat. Es mußte daher künstliche Beleuchtung eingeführt werden und der Besuch dieses Museums auch in den Abendstunden gewährt werden. Daher ist das Erfordernis ein etwas höheres.

Ein Pauschalerefordernis für die Vornahme von Adaptierungen für Bildungsanstalten in Oberösterreich ist mit 700.000 K veranschlagt, davon entfallen auf die Fachschule für Eisen- und Stahlbearbeitung in Steyr 400.000 K, das außerordentliche Erfordernis für Salzburg beträgt 180.000 K, für Steiermark 3.500.000 K.

Wir finden, daß bei den staatlichen gewerblichen Fortbildungsschulen und bei den Staatsschulen ein großer Zudrang herrscht, und es wird daher notwendig sein, daß diese Schulen entweder durch Zubauten oder durch Neubauten erweitert werden. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Kreise, die seinerzeit ihre Kinder nur den Mittelschul- oder Hochschulstudien zugeführt haben, jetzt einsehen gelernt haben, daß es doch besser ist, wenn sie ihre Jungen dem Gewerbe zuführen, und diese staatlichen Bildungsanstalten sind die geeigneten Einrichtungen, um ihnen eine gewerbliche Fortbildung zu vermitteln.

§ 3, Hilfs- und Förderungsmittel. Gegenüber dem Vorjahre 1919/20 sind bei dieser Post um 33.000 K mehr veranschlagt. Das Erfordernis dient für die Aus- und Fortbildung der gewerblichen Lehrerschaft und soll auch die Wiederbelebung und Ausgestaltung des Wanderlehrunterrichtes ermöglichen. Ein Auslangen mit dieser Post kann nur bei Rückstellung aller nicht dringend erforderlichen Maßnahmen gefunden werden.

Die Staatseinnahmen beim Titel 6 belaufen sich insgesamt auf 2.977.900 K und verteilen sich auf die ordentlichen Einnahmen mit 2.959.900 K und auf außerordentliche Einnahmen von 18.000 K. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich eine Einnahmssteigerung von zusammen 1.795.952 K.

Es wurden zum Titel „Gewerbeförderung“ vom Herrn Abgeordneten Volker drei und vom Herrn Abgeordneten Schiegl ein Resolutionsantrag eingebracht. Der Ausschuß hat diesen Anträgen die Zustimmung gegeben.

Ich komme nun zum Titel 7 „Vermessungswesen.“ Hier belaufen sich die Ausgaben für das Grabbemessungsbureau auf 118.900 K, und zwar 101.753 K für persönliche Ausgaben und 17.147 K für sachliche Ausgaben. Die Ausgaben für den Grundsteuerkataster sind mit 11.471.000 K veranschlagt und zerfallen in persönliche mit 9.821.900 K und sachliche Ausgaben mit 1.649.100 K.

Das ganze Personal, das im Verwaltungsjahr 1919/20 303 Personen betrug, wird im laufenden Verwaltungsjahr mit 363 Angestellten

ausgewiesen. Die Vermehrung um 60 Angestellte ist jedoch nur eine scheinbare, da der Aufwand für die Zöglinge und Arbeiter des lithographischen Institutes, ferner für die Kanzleigehilfen und Aushilfsdiener mit einem Gesamtpersonalstand von 71 Personen bei den sachlichen Rubriken präliminiert war, so daß tatsächlich ein Abbau von 11 Personen zu verzeichnen ist.

Auch hier wurden Resolutionsanträge gestellt, und zwar vom Abgeordneten Dr. Angerer (*liest*):

„1. Die Regierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestens eine Vorlage, betreffend ein Vermarktungsgesetz, zu unterbreiten.“

2. Die Regierung wird aufgefordert, ehestens dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage, betreffend die Aufhebung des Artikels III des Gesetzes vom 23. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 84, über die Zehrgelder und Reisegebühren der Beamten der Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters, zugehen zu lassen.“

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt sohin den Antrag, das hohe Haus möge den Anträgen des Budgetausschusses seine Zustimmung geben. (*Bravo!*)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Schürff, seinen Bericht zu erstatten.

Spezialberichterstatter Dr. Schürff: Bei dem großen Interesse, das das hohe Haus den Beratungen des Budgets entgegenbringt, nehme ich an, daß die meisten Mitglieder des hohen Hauses meinen Bericht gelesen haben, und es entfällt daher für mich die Pflicht, diesen Bericht hier nochmals zu wiederholen. Meine Aufgabe besteht nur darin, kurz darauf hinzuweisen, daß im Nachtrag die Ziffern meines Berichtes insoweit eine Abänderung erfahren haben, als im Bundesvoranschlag unter Ausgaben um 28.132.300 K mehr für das Kapitel Bergwesen angesprochen werden, wogegen eine kleine Einnahme ebenfalls unter Kapitel 23, ich glaube, von 7 Millionen Kronen ausgewiesen wird.

Im übrigen beschränke ich mich darauf, den von mir vorgelegten Bericht dem hohen Hause nochmals zur entsprechenden Würdigung zu empfehlen und das hohe Haus zu bitten, das Kapitel „Bergwesen“ anzunehmen und die Resolutionen ebenfalls zum Beschlusse zu erheben. (*Beifall.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Berichterstatter über das Kapitel „Sozialisierung“, der Herr Abgeordnete Dr. Waber.

Spezialberichterstatter Dr. **Waber**: Hohes Haus! Ich habe den Bericht über das Budgetkapitel „Staatskommission für Sozialisierung“ zu erstatten. Im Grunde genommen ist die Bezeichnung nicht richtig, denn die Ausgaben, die hier präliminiert sind, betreffen nur das Bureau für Sozialisierung, dem Beamte zugeteilt sind. Die Staatskommission für Sozialisierung ist tatsächlich seit dem September 1919 zu keiner Sitzung mehr einberufen worden. Der Herr Abgeordnete Dr. **Adler** hat schon im Vorjahre die Frage aufgeworfen, ob die Sozialisierungskommission weiter aufrecht erhalten werden solle. Im gegenwärtigen Momente, in dem wir uns schon am Ende des Budgetjahres befinden, ist es gar nicht am Platze, darüber zu sprechen. Wenn die Kommission nicht eine entsprechende Tätigkeit entfalten konnte, so ist das wohl darauf zurückzuführen, daß ihre Aufgaben zu enge aufgefaßt wurden.

Die primäre Frage, vor der wir stehen und die in das Gebiet der Kommission fällt, ist aber nicht die, welche Arbeitsgebiete sozialisiert, welche unter die Aufsicht des Staates gestellt und welche dem freien Betrieb überlassen werden sollen, sondern die allgemeinere und bedeutungsvollere Frage, wie wir unsere soziale und wirtschaftliche Organisation einzurichten und auszubauen haben, um uns vor dem Untergange zu retten und zum Wiederaufbau und zu einer erhöhten Produktion zu kommen.

Ich habe mir erlaubt, im Ausschußberichte darauf hinzuweisen, daß die Kommission es als ihre Aufgabe ansehen sollte, darüber zu beraten, auf welchem Wege eine planmäßige Förderung der Produktion, eine planmäßige Verwendung aller Arbeitskräfte und die Überführung von Staatsangestellten in Produktionsbetriebe, eine planmäßige Hebung der Arbeitsfreude bis zur freiwilligen Einsetzung der vollen Arbeitskraft im Interesse des ganzen Volkes und eine planmäßige Einwirkung im Sinne einer gerechten Einkommensverteilung erzielt werden kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit insbesondere auch den Gedanken der Überführung von Staatsangestellten in Produktionsbetriebe betonen. Es scheint mir wenig entsprechend, lediglich vom Abbau der Staatsangestellten zu sprechen, die Frage wäre in dem Sinne aufzufassen, daß wir die Überleitung von Staatsbeamten in Produktionsbetriebe einleiten und auf diese Weise unsere Staatsfinanzen und den Verwaltungsapparat entlasten, auf der anderen Seite den Produktionsbetrieben wertvolle Kräfte zur Verfügung stellen.

Die Sozialisierungskommission wurde seinerzeit auf der einen Seite mit sehr großen Erwartungen begrüßt, auf der anderen Seite hat sie große Befürchtungen ausgelöst. Seitdem haben sich die Auf-

fassungen wohl etwas abgekühlt und beruhigt. Auch die Arbeiterschaft steht schon dem Sozialisierungsproblem ernüchtert gegenüber; sie weiß bereits das unter den gegebenen Verhältnissen Mögliche vom Unmöglichen, das Nützliche vom Schädlichen zu unterscheiden, und, wenn die Sozialisierungskommission von dem Bestreben der Produktionsförderung ausgeht, würde sie nicht nur die Zustimmung aller volkswirtschaftlichen Kreise, sondern insbesondere auch die Zustimmung der gesamten Arbeiterschaft finden. Soweit wir die Bewegung überblicken, können wir feststellen, daß auch die Arbeiterschaft von dem wenig zweckmäßigen Theoretisieren abgekommen ist, daß sie zur praktischen Arbeit zurückkehrt und bereit ist, alle ihre Kräfte in den Dienst des Volkes und der Arbeit zu stellen. Diese Entwicklung zu unterstützen, ist unser aller Pflicht. In dem Sinne beantrage ich im Namen des Budgetausschusses die Annahme dieses Kapitels. *(Beifall.)*

Präsident Dr. **Dinghofer**: Ich erlaube mir, als Regierungsvertreter dem hohen Hause vorzustellen: In Vertretung des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten die Herren: Sektionschefs **Schoor**, **Reich**, **Goebel**, Dr. **Rücker** und die Ministerialräte **Koller**, **Bergmann** und Dr. **Wohlgemuth**.

Zum Worte ist gemeldet Frau Abgeordnete **Freundlich**; ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete **Freundlich**: Hohes Haus! Während des Wahlkampfes hat die christlichsoziale Partei erklärt, wenn sie die Regierung übernimmt, ist es ihre erste und wichtigste Pflicht, dafür zu sorgen, daß unser wirtschaftlicher Wiederaufbau sich so schnell als möglich vollziehe. Wir haben nun fast ein halbes Jahr verstreichen sehen, ohne daß wir sehr viel von diesem wirtschaftlichen Wiederaufbau gemerkt haben, und ich habe auch manchmal das Gefühl, daß der Dornröschenschlaf, der im Bundesministerium für Landwirtschaft herrscht, nun wie eine ansteckende Krankheit auch in andere Ministerien hinübergreift und auch das Bundesministerium für Handel immer weniger lebendig ist. Ich habe die Ehre, auch Mitglied des Ausschusses für Handel in diesem Hause zu sein, aber wir haben sehr selten, sehr sporadisch hier und da einmal eine Sitzung, und dieser Ausschuß gehört zu jenen Einrichtungen Österreichs, von deren Existenz man außerordentlich wenig fühlt. Wir sind eigentlich die Beschäftigungslosesten in diesem Hause und ich glaube, daß gerade das Bundesministerium für Handel und Industrie jetzt vor so ungeheurer wichtigen und großen Aufgaben steht, daß es gewiß sehr bedauerlich ist, wenn das Ministerium keine Gelegenheit wahrnimmt, um mit den Vertretern, die dafür eingesetzt sind, auch jene Fühlung aufrecht zu erhalten, die notwendig ist,

wenn wir hier wirklich eine gedeihliche Arbeit leisten wollen.

Man hat immer erklärt und es ist sicher, daß für den Wiederaufbau Österreichs die Beziehungen Österreichs zu den auswärtigen Staaten von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Wir sind der letzte Rest eines großen Wirtschafts- und eines großen Handelsgebietes. Wir haben deshalb ein lebhaftes Interesse daran, die früheren Handelsbeziehungen, die innerhalb der österreichischen Grenzpfähle bestanden haben, nun soweit als möglich wieder mit den einzelnen neuen Staaten, die rings um uns entstanden sind, anzuknüpfen. Es war gewiß eines der wertvollsten Verdienste, die sich die ehemalige Koalitionsregierung erworben hat, daß sie die Isoliertheit, in der wir uns beim Zusammenbruch befunden haben, sich langsam hat auflösen lassen in eine Wiederanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen mit den einzelnen Nachfolgestaaten. Es ist das teilweise unter dem leidenschaftlichsten Widerstande und unter den heftigsten Kämpfen geschehen und es ist ja gerade mein Freund Renner in der unerhörtesten Weise angegriffen worden, weil er sein Gewerbe im Umherziehen betrieben hat. Wir begrüßen es daher mit Genugtuung, daß auch die neue Regierung ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben muß und daß auch der Herr Minister Heisl nach Prag fährt, um dort vielleicht nicht gerade Bawidl zu kaufen, wie man es vom Herrn Dr. Renner behauptet hat, aber doch zu demselben Zwecke, zu dem seinerzeit Herr Dr. Renner nach Prag gefahren ist. Es war eben auch da viel mehr Demagogie als sachlicher Grund im Spiel.

Es wäre sehr gut, wenn diese Beziehungen mit dem Auslande etwas rascher angeknüpft würden, als es heute tatsächlich der Fall ist. Die Verhandlungen mit Ungarn haben zu keinen besonderen Resultaten geführt und die Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Republik gehen auch etwas langsam und schleppend weiter. Aber mit Einem können wir uns nicht einverstanden erklären und das ist die Art, wie wir jetzt unsere Handelsbeziehungen mit dem Auslande wieder anknüpfen, das ist die Art, wie wir wieder versuchen, für Österreich Absatzgebiete zu erwerben. Man mag über die Frage des Kompensationsverkehrs denken, wie man will — und ich gebe ohne weiteres zu, daß der Kompensationsverkehr ein Zwang für jeden Staat ist, der einen solchen Vertrag mit einem anderen Staate abschließt — aber wir sind heute ein Land, das so arm ist, daß es sich nicht einen Handelsverkehr leisten kann, der nicht imstande ist, auch andere Produkte wieder in das Land einzuführen.

Man hat die Kompensationsverträge der Vergangenheit in Kontingentverträge umgewandelt und wir haben bisher mit diesen Kontingentverträgen

keine guten Erfahrungen gemacht. Wir haben eine Fülle von Waren exportiert, wir haben aber Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte nur in sehr bescheidenem Maße zurückbekommen. Wir haben an Rumänien um mehr als 2 Milliarden Kronen Industrieerzeugnisse geliefert und die Lebensmittel, die wir bisher von Rumänien bekommen haben, sind so bescheiden, daß es kaum dafür steht, von einer Rückvergütung zu sprechen.

Da müssen wir doch einmal fragen, was wir eigentlich exportieren. Warum kann Österreich heute exportieren? Das kann Österreich nur, weil wir heute noch immer die billigste Arbeitskraft von allen den Staaten haben, die unsere Nachbarländer sind. Heute können wir die billigsten sein, nicht weil wir billige Rohstoffe haben, sondern im Gegenteil, wir haben heute viel teure Rohstoffe für die Industrie als anderswo. Wir haben heute viel teure Rohstoffe als die Weststaaten, aber wir haben eine billige Arbeitskraft. Der Führer eines großen dänischen Bankhauses, der vor kurzem in Wien gewesen ist, weil er Verhandlungen mit der Gemeinde Wien geführt hat, hat gesagt: Die Konkurrenzfähigkeit Österreichs liegt in dieser billigen Arbeitskraft. Aber, meine sehr verehrten Anwesenden, mit dieser billigen Arbeitskraft treiben wir heute einen ganz unverantwortlichen Raubbau. Wir exportieren die Waren und importieren dafür keine Lebensmittel. Der Arbeiter in Österreich verbraucht heute seine letzte Kraft. Wir werden bei dem Kapitel „Volksgesundheit“ sehen, bis zu welchen fürchterlichen Devastierungen dieser Raubbau an der individuellen Kraft des Arbeiters in Österreich geführt hat, und wir werden nicht mehr lange diese billige Arbeitskraft exportieren können, weil gerade die hochqualifizierte Arbeiterschaft der Industrie, auch wenn ihre Löhne heute immer wieder steigen, nicht imstande ist, sich jene Nahrungsmittel zu kaufen, die zum Wiederaufbau der Arbeitskraft absolut notwendig sind, die die Arbeiterschaft täglich und stündlich ausgeben muß.

Wir können also nicht eine Handelspolitik gutheißen, die sich lediglich darauf beschränkt, uns Absatzgebiete zu erwirken, die aber gar nicht dafür sorgt, daß wir auch von den Absatzgebieten Lebensmittel hereinbekommen.

So lange uns unsere heimische Produktion nicht ernähren kann, können wir nur exportieren, um Lebensmittel zu importieren. Wenn wir das nicht tun, verehrte Frauen und Herren, dann wird Österreich trotz des Exportes, trotz des Handels, trotz der Entwicklung, die dieser Handel nimmt, eines Tages vor dem vollständigen Bankerott stehen, denn das einzige, was wir heute haben, ist unsere Arbeitsfähigkeit und wenn wir diese Arbeitsfähigkeit nicht benutzen, damit sie durch ausreichende Ernährung erhöht wird, damit wir weiter auf dieser Arbeits-

fähigkeit unsere volkswirtschaftlichen Leistungen aufbauen können, dann werden wir eben zugrundegehen müssen.

Man hat immer erklärt, daß unser Handel nicht wirken kann, daß unsere Industrie sich nicht entwickeln kann wegen der sehr großen Beschränkungen, die wir in der österreichischen Republik dem Handel auferlegen und ich erinnere mich, daß vor ein paar Wochen von einer Vereinigung von Industriellen und Gewerbetreibenden ein Flugblatt verbreitet wurde, in dem Minister Heisl als der Siegfried gefeiert wurde, der die letzten Bastionen der Zwangswirtschaft einreißen will, und es wurde da gesagt: Jetzt endlich ist der Mann erschienen, der mit gewaltiger Hand in diese staatliche Wirtschaft hineingreift und der die letzten Reste beseitigen wird, die unseren Profitgeist und unserer Handelsmut entgegenstehen. Der Herr Minister Heisl hat, glaube ich, auch viele Herren dieser Richtung etwas enttäuscht. Wir haben zwar beschlossen, das Warenverkehrsbureau zu liquidieren — und es waren bei der Frage, wie das Warenverkehrsbureau umgestaltet werden soll, die verschiedensten Kreise und die verschiedensten Menschen in der Laube, wo man auskochen wollte, wie man das Warenverkehrsbureau umgestaltet —, aber nun zerbricht man sich wieder den Kopf: Ja was setzen wir denn an die Stelle dieses Warenverkehrsbureau? Wir können heute die Kontingentverträge, wir können heute den Handel mit dem Auslande nicht abwickeln, ohne daß wir eine staatliche Stelle haben, die diese Dinge registriert, kontrolliert und führt. Nun weiß man nicht — man hat zwar beschlossen, dem freien Handel ein Opfer zu bringen und das Warenverkehrsbureau zu köpfen — aber man blickt jetzt sehnsüchtig nach einer neuen Institution aus, die ungefähr dieselben Aufgaben weiterführt, die das Warenverkehrsbureau bisher innehatte, und ich muß schon sagen, daß eine solche Art der Führung nicht gerade Voraussicht ist und daß man doch etwas mehr Widerstandsfähigkeit gegen seine früheren Gesinnungsgenossen haben sollte. Ich meine da nicht so sehr Gesinnungsgenossen im parteigenössischen Sinne, denn ich glaube, der Herr Julius Meinl ist nicht Ihr Parteigenosse, aber die Kompagnie Heisl-Meinl sollte doch jetzt auch etwas vorsichtig sein, zu schnell umzustürzen und zu schnell zu vernichten, denn wir haben dann immer nur die Arbeit, daß wir an die Stelle dieser geköpften Organisation eine neue stellen müssen, und das ist verschwendete Arbeitskraft und verschwendete Arbeitsleistung. Wir möchten also sagen: wenn man abbauen und umbauen will, bitte, wir haben nichts dagegen, denn wir haben nach dem Zusammenbruche unsere sämtlichen Einkaufszentralen auf dem Gebiete der Ernährung in private Handelsgesellschaften umgebaut, die heute vielfach nicht einmal

mehr ein Monopolsrecht haben, aber man muß sich zuerst einmal fragen: wie baue ich ab und wie baue ich um und wie weit bin ich unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt umzubauen, abzubauen und aufzubauen imstande?

Man hat es mit der Lederbewirtschaftung genau so gemacht: wir haben die Lederbewirtschaftung aufgehoben und wir führen sie jetzt unter einer anderen Form und einem anderen Titel wieder ein; die Dinge sehen dann ein bißchen anders aus. Der Salzgrües, dessen König der Minister Heisl ist, ist außerordentlich befriedigt, daß diese christlichsoziale Regierung dem jüdischen Salzgrües so sehr nach dem Herzen regiert, und wenn der freie Handel befriedigt ist, dann kann man auch anders. Wir brauchen heute, wenn wir die mittellose Bevölkerung versorgen wollen, Organisationen. Der freie Handel hat es bis jetzt nicht gekonnt, er ist uns auf allen Gebieten den Beweis schuldig geblieben, wo wir ihm die Freiheit seiner Wirtschaftsführung gegeben haben, und es ist selbstverständlich, daß jemand, der Schuhe um 3000, 4000 oder 5000 K exportieren kann, nicht gerade die Leidenschaft besitzt, für die österreichische Bevölkerung Schuhe um 700 oder 1000 K zu erzeugen. Man kann eben die Freiheit nicht allen gewähren und die Freiheit findet dort die Grenze, wo das allgemeine Interesse der Volkswirtschaft zu wahren ist. Wenn wir aber Arbeiter haben werden, die keine Schuhe mehr haben, werden wir auch keine Industrieprodukte haben, um sie exportieren zu können, dann sind wir eben dort gelandet, wo wirklich der Bankrott unserer Volkswirtschaft anfängt. Denn gefährlich ist nicht so sehr der finanzielle Bankrott unseres Staates, aber das Unerträglichste ist der wirtschaftliche Zusammenbruch, den wir natürlich dann erleben müssen, wenn wir weiter mit den Arbeitskräften unseres Volkes so Raubbau treiben wie bisher.

Und nun möchte ich ein paar Worte zur Frage der Sozialisierung sprechen. Die Sozialisierung ist sehr verschieden beurteilt worden. Es hat einmal eine Zeit gegeben — sie ist schon lange her —, da Herr Professor Seipel von der sozialen Pflicht der Sozialisierung gesprochen hat; das war in jenen Zeiten, wo wir eine Rätediktatur links und eine Rätediktatur rechts hatten und wo es auch der christlichsozialen Partei sehr wertvoll erschien, der Bevölkerung zu sagen: ich möchte ja nicht, aber halb zog sie ihn, halb sank er hin, und es ist also doch geschehen. Das war jene Zeit, wo Herr Professor Seipel Vizepräsident der Sozialisierungskommission war und in dieser Kommission an der Ausführung der Sozialisierungsgesetze lebhaft mitgearbeitet hat. Aber die Zeiten haben sich geändert und man meint, jetzt dürfe und könne in Österreich nicht sozialisiert werden. Ich

glaube, jeder, der so denkt, täuscht sich sehr. Wir sozialisieren auf Grund der Gesetze, die wir haben, auch wenn sie uns nicht nach jeder Richtung hin befriedigen, so gut und so weit, als wir können, und wir haben auch jetzt wieder den größten Betrieb Österreichs, die österreichischen Industriewerke, in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt umgewandelt und wir werden alle diejenigen Monopole, die der Staat heute bürokratisch verwaltet, auch weiterhin in gemeinwirtschaftliche Organisationen umgestalten. Meine verehrten Anwesenden, ich gehöre nicht zu jenen Leuten, die in der Bürokratie den Prügelknaben für alles sehen, und ich gebe ohneweiters zu, daß wir auch in der Bürokratie Kräfte haben, die das Talent entwickeln, sich in wirtschaftliche Organisationen hineinzuarbeiten, aber der Apparat der Bürokratie erlaubt das nicht, ich kann ein Geschäft nicht führen — und auch ein sozialisierter Betrieb ist ein Geschäft —, wenn die Arbeitsordnung des Betriebes erst vom Ministerium begutachtet werden muß, wie es zum Beispiel bei der Tabakregie der Fall ist, wo jeder Akt hinaufläuft bis zum Ministerium, und dann geht der Akt wieder mit der Verzögerung, die Akten einmal immer im Gefolge haben, wieder bis hinunter zu der einzelnen Fabrik, die die Tabakregie zu verwalten hat. Wir müssen also erkennen, daß wenn der Staat wirtschaften will und die Arbeiterschaft fordert, daß dieser Staat zu wirtschaften versucht, wir den bürokratischen Apparat nicht übernehmen können, sondern daß wir uns eigene gemeinwirtschaftliche Organisationen zu schaffen haben.

Das Problem der politischen Demokratie ist heute die Frage, ob wir imstande sind, eine demokratische Betriebsverwaltung aufzustellen. Die politische Demokratie genügt der entwickelten Bevölkerung nicht mehr. Die politische Demokratie ist heute für uns ein Surrogat. Wir wollen nicht nur den Staat verwalten, wir wollen auch die Betriebe verwalten. Auch der Betrieb muß so wie die Gemeinde und die Lokalverwaltung eine demokratische Organisation haben und da, meine verehrten Anwesenden, stehen wir ja nicht allein. Gerade jetzt wird in der englischen Bergwerksindustrie ein leidenschaftlicher Kampf ausgefochten, ein Kampf, dessen Erfolg durchaus noch nicht in den Händen der Kapitalisten liegt. Die englische Arbeiterschaft verlangt, daß sie das Recht hat, über die Profite der Unternehmer mitzuentcheiden. Sowie das Volk mitzuentcheiden hat über die Einnahmen und Ausgaben des Staates, so soll das Volk auch mitentscheiden über die Einnahmen und Ausgaben der Industrie, denn das Volk schafft jene Mehrwerte, die die Industrie verteilt, und nicht die Unternehmer.

Wenn heute so viel von der Initiative des Privatunternehmers gesprochen wurde, so haben

wir bei dem großen Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter gesehen, wie viele Kräfte durch die Demokratie für den wirtschaftlichen Wiederaufbau freigegeben werden, und selbst kapitalistische Kreise haben nach dem Betriebsrätekongreß erklärt, die Betriebsräte und das Gesetz über die Betriebsräte war eine soziale Tat von ungeheurer Bedeutung, es war das genialste, was die Revolution gebracht hat, und die Betriebsräte werden sich als ein wertvolles Mittel für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft erweisen. Man kann heute die Menschen nicht wie die Schachfiguren in einem Schachspiel, wie die Kartenkönige beim Kartenspiel verwenden, die Menschen sind heute mündig geworden und wenn sie verwendet werden sollen, dann wollen sie über ihre Verwendung mitentscheiden. Ich bin so ziemlich mit allen sozialisierten Betrieben, die wir in Österreich haben, in irgendeiner Weise verbunden. Wir machen die Erfahrung, daß gerade die Vertreter der Betriebsräte außerordentlich wertvoll für die ganze Wirtschaftsführung dieser gemeinwirtschaftlichen Anstalten sind. Wir haben jetzt das Arsenal übernommen und ich gestehe offen, daß das, was im Arsenal bisher vor sich gegangen ist, sehr weit von geschäftlicher, ich möchte fast sagen, von verantwortungsbewußter Führung abliegt, aber gerade die Betriebsräte haben uns jetzt wesentlich mitgeholfen, diesen Apparat in einer so kurzen Zeit zu übernehmen, weil sie die inneren Verhältnisse eines Betriebes ganz anders kennen als ein Verwaltungsrat, ein Aufsichtsrat oder wie diese sämtlichen Beiräte heißen, die die demokratische Wirtschaftsführung bisher erfunden hat. Die Demokratie können wir in die Wirtschaft nur durch den Betriebsrat einführen und die Betriebsräte sind da und sie werden die Betriebe in die Hand bekommen und werden sozialisieren nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt. Das österreichische Betriebsrätegesetz ist heute das Evangelium der europäischen Arbeiterschaft geworden und daß wir der internationalen Arbeiterschaft in unserer wirtschaftlichen Not dieses Gesetz schenken konnten, das dankt uns die Arbeiterschaft der ganzen Welt. Man soll aber, meine sehr verehrten Anwesenden, nicht sagen: Jetzt haben wir für diese Dinge keine Zeit mehr, jetzt wollen wir nicht mehr sozialisieren, jetzt werden wir keine neuen Betriebe der Gemeinwirtschaft zuführen. Das werden Sie nicht können. Wir erklären Ihnen heute schon, daß der nächste Kampf, den die Arbeiterschaft führen wird, darum geht, daß wir sämtliche Monopole, die bestehen, alle Monopole, die der Staat vielleicht einführen will — man spricht ja jetzt von einem Zucker-, einem Petroleum- und einem Spiritusmonopol —, übernehmen. Es gibt für uns nur eine einzige Form der staatlichen Wirtschaft, die gemeinwirtschaftlich ist: das ist die gemeinwirtschaftliche Anstalt. (Zustim-

mung.) Wir werden nicht zugeben, daß diese Anstalten, wo der Staat heute nur wirtschaften kann, wenn die Arbeiterschaft mit ihm wirtschaftet, von jemand anderem verwaltet werden, als von den Vertretern der Menschen, die in diesen Betrieben ihre Arbeits- und Lebenskraft hinopfern sollen. Wir werden die Entwicklung weiterführen. Wir wissen schon, und die Arbeiterschaft weiß das auch, daß man den Sozialismus und die Sozialisierung nicht in 24 Stunden vollenden kann. Wenn heute der Herr Kollege Waber von der Ernüchterung gesprochen hat, so möchte ich das anders deuten. Es ist nicht Ernüchterung, es ist Erkenntnis. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie Betrieb um Betrieb übernehmen muß, daß sie die Keimzellen der kommenden sozialistischen Wirtschaft errichten muß, damit sie an dem Tag, wo die Wellen und Stürme des politischen Lebens wieder hoch gehen, wo wir wieder in eine Periode der revolutionären Umwälzung hineinkommen, die wirtschaftliche Kraft hat, der Bourgeoisie so viel an Rechten und an Macht zu entwenden, als sie für sich selber und ihre gemeinwirtschaftlichen Organisationen braucht. (Zustimmung.) Wir sind überzeugt, daß die Entwicklung in der ganzen Welt zur Sozialisierung führen muß. Und so wie die christliche und reaktionäre und konservative Regierung in Deutschland, eine Regierung, in der kein einziger Sozialdemokrat sitzt, nun daran gehen muß, den deutschen Kohlenbergbau zu sozialisieren, und so wie die englische Regierung sich bereit erklären wird, der Arbeiterschaft die Mitkontrolle über den Betrieb zu geben, genau so muß unsere christliche Regierung und wird unsere christliche Regierung die Entwicklung nicht aufhalten, die die Arbeiterschaft für notwendig hält.

Der Herr Minister Heisl hat selbst einmal in dankenswerter Weise gezeigt, wie solche Dinge sind. Man war entschlossen, aus dem Arsenal keine gemeinwirtschaftliche Anstalt zu machen, und es war eine große Versammlung im Gewerbeverein und alle Ritter und Kämpfer für den freien Handel waren erschienen, um dort zu hören, daß die Industriewerke nicht sozialisiert werden. Der Herr Minister Heisl hat dort eine Rede gehalten, wie wertvoll die Privatinitiative des Unternehmers ist und wie ohne diese Privatinitiative wir nicht wieder aufbauen und nicht leben können, und zum Schlusse hat er gesagt: Es müssen aber aus den Industriewerken gemeinwirtschaftliche Anstalten entstehen. Ich habe die Logik nicht ganz begriffen. Aber es ist halt immer etwas anderes, wenn man um 11 Uhr vormittag im Hauptausschuß interpelliert wird, was mit den staatlichen Industriewerken geschieht, und die Arbeiterschaft erklärt, daß sie den Willen habe, daß diese staatlichen Industriewerke eine gemeinschaftliche Organisation werden, als wenn das nicht geschieht. Sie können versichert sein, es wird geschehen.

Wir wünschen aber vor allem auch, daß das Bundesministerium für Finanzen endlich einmal den Widerstand dagegen aufgibt, daß der § 37 des Gesetzes über die gemischtwirtschaftlichen Anstalten angewendet wird. Wir glauben, daß der Staat ein Interesse daran hat, anstatt wertloser Banknoten vollwertige Aktien zu übernehmen, und wir hoffen, daß das Bundesministerium für Finanzen einsehen wird, daß es manchmal vorteilhaft ist, man ist an einem wirklich gut geleiteten gemeinwirtschaftlichen oder privatgemischtwirtschaftlichen Betrieb beteiligt und nimmt teil an den Gewinnen dieser Betriebe, als man leistet Widerstand einer Entwicklung, die notwendig ist.

Wir haben heute schon eine ganze Reihe von gemeinwirtschaftlichen Anstalten in Österreich. Alle diese Anstalten arbeiten ganz ausgezeichnet. Sie sind wirtschaftlich und finanziell fundiert. Wir haben nirgends mit Defiziten zu kämpfen. Wir haben nirgends verwaltungstechnische Schwierigkeiten und wir erzeugen überall gute Ware. Es ist vor kurzem einmal passiert, daß ein ehrfamer Landmann ein Paar Schuhe gekauft hat, die billig und gut waren, und er sagte: Es ist doch gut, daß man die Schuhindustrie nicht sozialisiert hat. Worauf ihm der Kaufmann gesagt hat: Aber die Schuhe sind doch aus einer sozialisierten Schuhfabrik. Da war er natürlich etwas erstaunt, daß die billigsten Schuhe in Österreich durch die Sozialisierung erzeugt wurden und nicht durch den privaten freien Handel mit der großartigen Initiative des Privatunternehmers. Wir haben gar keinen Grund, uns von dem Wege abzuwenden, den wir betreten haben, und wir sind überzeugt, daß es auch Leute auf ihrer Seite gibt, die da gern mitgehen. Denn Ihr Landwirt fragt nicht, wo die Schuhe erzeugt sind, sondern er fragt nur, was die Schuhe kosten. Und wenn die Heilmittel billiger sind, kauft man sie auch aus einer sozialisierten Fabrik, wenn man auch am Abend in den Versammlungen darüber spricht, daß man ein entschiedener Gegner der Sozialisierung sei. Aber man kauft die verbilligten Waren gern, auch wenn eventuell eine etwas rote Flagge über dem Tor dieser Fabrik weht.

Wir sind überzeugt, daß diese Entwicklung nicht aufgehalten werden kann und nicht aufgehalten werden darf. Wir werden die Kräfte der Arbeiterschaft nur dann in den Dienst des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft stellen können, wenn Sie der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht über den Betrieb sichern, wenn sie der Arbeiterschaft die Möglichkeit geben, die staatliche Wirtschaft, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft so einzurichten, wie sie es für notwendig und wünschenswert hält. Es gibt heute schon sehr große Betriebe, wo Ihnen der Generaldirektor erklären wird, ich könnte ohne Betriebsrat meinen

Betrieb überhaupt nicht mehr führen, ich könnte ohne Betriebsrat nicht das leisten, was ich in Gemeinschaft mit meiner Arbeiterschaft zu leisten imstande bin. Wir werden also nicht verzichten, die Arbeiterschaft wird den Weg, den sie beschritten hat, nicht verlassen. Wir werden sozialisieren und ich bin überzeugt, Sie werden so wie bisher auch weiter mitarbeiten müssen, damit diese gemeinwirtschaftlichen Organisationen so stark und groß werden, daß sie eines Tages an die Stelle der privatkapitalistischen Gesellschaft treten können. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Reidler. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Reidler: Hohes Haus! Die Überzeugung von der außerordentlichen Bedeutung des Handwerkes und des Gewerbes hat im Jahre 1892 die damalige österreichische Regierung veranlaßt, einen eigenen Dienst, den technisch-wirtschaftlichen Gewerbeförderungsdienst für die Hebung dieser außerordentlich wichtigen sozialen Schichten ins Leben zu rufen. Selbstverständlicherweise wäre das nicht geschehen, wenn die maßgebenden Kreise die Überzeugung gehabt hätten, daß, wie das so vielfach gesagt wird, dem Gewerbe und dem Handwerk immanente Fehler innewohnen, Fehler also, die in der Natur des Handwerkes liegen, die nicht zu beheben sind und derentwegen, wie das so häufig von sozialistischer Seite gesagt wird, das Handwerk zugrunde gehen müsse. Es ist eine vollkommen falsche Meinung, daß in der Kleinheit des Betriebes selbst, in dem geringen Betriebsumfang ein Geburtsfehler des Handwerkes liege, der so groß ist, daß er schließlich und endlich tödlich wirken müßte. Die Fehler unseres Handwerks sind keineswegs immanent, sie sind dem Handwerk keineswegs eingeboren, sondern sind Überbleibsel einer alten Zeit oder zum Teil ihm angezüchtet. Diese Fehler sind sämtlich zu beheben. Sie sind ja bekannt: es sind Fehler geringerer technischer Schulung, es sind Fehler geringerer kaufmännischer Schulung, es sind Mängel des Kredits, Fehler, die sich beheben lassen, und gerade zur Behebung dieser Fehler ist eben das Gewerbeförderungsamt ins Leben getreten.

Es liegt ihm bekannterweise nicht daran, ständische Organisationen zu schaffen, es legt auch nicht Gewicht auf allgemeine Gesetzesmaßnahmen, es wendet sich vielmehr an einzelne tüchtige Individuen, an selbständige Meister, die im Kampfe des Lebens stehen und die Absicht haben, sich selbst zu helfen, dann wohl auch an ganze Handwerkergruppen, die sich durch Auslese herausgebildet haben. Die

Förderungsmittel, die ja heute alle organisatorisch miteinander verquidelt sind, sind bekannt: Auf der einen Seite eine Auskult auf allen wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Gebieten, dann eine Ausstellung von Maschinen, aber auch Vorführung von neuen Verfahrensweisen, die für das Handwerk von Bedeutung sind, Musterbetriebe, in die dann auch Meister und Gesellen als Betriebsteilnehmer einberufen werden, welche Musterbetriebe auch zur Erprobung von neu eingerichteten Maschinen und neu einzuschlagenden Verfahrensweisen dienen sollen. Mit diesen Aufgaben ist das Gewerbeförderungsamt betraut worden, mit seinen vielfach mustergültigen Einrichtungen, die wir als einen Stolz unseres Staates betrachten können. So hat sich die Gewerbeförderung langsam von kleinen Anfängen zu einem außerordentlich wichtigen Zweige nicht nur unserer Gewerbepolitik, sondern unserer ganzen Sozialpolitik entwickelt.

Nun aber würde diese Gewerbeförderung zugrundegehen und damit würden wir eine unendliche Lücke zu beklagen haben, wenn nicht der Gewerbeförderung von den Zentralstellen, also vom Handelsministerium, insbesondere aber vom Finanzministerium die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet würde. Der Kredit — es wurde ja früher vom Berichterstatter angeführt, daß er so außerordentlich klein ist — ist einer fortwährenden Entwicklung bedürftig. Der Ausbau des Gewerbeförderungsdienstes und des Gewerbeförderungsamtes ist ein Gebot mittelständischer Wirtschaftspolitik, wie es wenig andere Gebote von dieser Wichtigkeit geben kann. Der Gewerbeförderungsdienst ist auch einer sehr reichen Entwicklung fähig, wenn ihm nur nicht von Haus aus zu engherzige Grenzen gezogen werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleich darauf hinweisen, daß die Gewerbeförderung gewöhnlich als eine Aktion für das Handwerk und das Gewerbe angesehen wird. Nun besteht eine fließende Grenze zwischen dem Handwerk und der Industrie. Wo das Handwerk aufhört und die kleinere und Mittelindustrie anfängt, läßt sich sehr schwer sagen. Bekannterweise hat die Gewerbebegehung die Ziffer von 25 Angestellte genannt. Es wäre sehr zu wünschen, wenn auch die kleinere und mittlere Industrie in die Aktion der Gewerbeförderung einbezogen würde. Es kommt ja heute schon vor, daß namentlich an den chemischen Laboratorien des Gewerbeförderungsamtes die Industrie teilnimmt. Eigentlich ist das gegen die Statuten. Es müßte klar und deutlich im Statut ausgesprochen sein, daß sich die Aktion der Gewerbeförderung auch auf die kleine und mittlere Industrie zu erstrecken habe, wobei allerdings als der primäre, ursprüngliche Zweck immer die Förderung des Handwerks aufrecht bleiben müßte.

Eine für die Gewerbeförderung sehr wichtige Sache, die auch der Berichterstatter früher kurz gestreift hat, ist die Ansiedelung der an die Sukzessionsstaaten verloren gegangenen Hausindustrie. Wir haben ja im alten Staat eine ganze Menge, eine Fülle tüchtiger Handwerker und tüchtiger Gewerbe gehabt. Das ist uns abgeknöpft worden und nur ein kleiner bescheidener Torso ist zurückgeblieben. Ich glaube, es hat der Herr Berichterstatter von der Spielwarenindustrie gesprochen. Die Spielwarenindustrie, die in Böhmen reichlich entwickelt war, läßt sich ohneweiters auf unserem Boden ansiedeln. Wir haben das nötige Holz, wir haben Kastanienholz und Ahorn, es genügen ja die Abfälle. Das läßt sich bei uns vorzüglich herstellen. In der Hinsicht freue ich mich zu wissen, daß begabte Offiziere — in den Offizieren steckt überhaupt ihre Fülle von Begabung, sie sind vielfach außer ihrer Berufsstellung in vielerlei Gebieten begabte Dilettanten gewesen — sich in Kärnten mit großem Erfolg dieser neuauftauchenden, bei uns anzusetzenden Industrie zugewendet haben. Es ist auch eine sehr schöne Sache, daß sich unser Gewerbeförderungsamt bemüht, nach Waidhofen an der Ybbs einen ausgezeichneten Industriellen auf diesem Gebiete aus Katharinenburg zu gewinnen, der bereit ist, weil er Interesse für die heimatische Scholle hat, herzukommen, wenn ihm die Regierung in entsprechender Weise entgegenkommt.

Ich möchte Sie auf die Tonwarenerzeugung hinweisen. Unsere Heimat hat herrliche Tonlager. Unsere Heimat ist überhaupt an Bodenschätzen reicher, als wir es heute noch wissen. Ich weise Sie nur auf die enormen Kaolinlager in Oberösterreich hin. Wir haben herrliche Bodenschätze. Unser Vaterland hat vielfach noch einen jungfräulichen Boden.

Mit der Musikinstrumentenerzeugung ist es ebenso. Ich weiß aus eigener Erfahrung daß von Graßlich bis Schönbach hinüber in jedem Haus ein kleiner Künstler wohnt. Dort werden Celli, Violinen, einzelne Teile, Stege, erzeugt, überall ist eine blühende Musikinstrumentenerzeugung. Das können wir auch machen. Wir Süddeutschen, wir Deutschösterreicher sind ja ein unendlich musikbegabtes Volk. Vergessen wir doch nicht, das wir das Volk Schuberts, das Volk Mozarts sind. Hier ist eigentlich die Pflege der Musik und insolgedessen auch die Instrumentenerzeugung, die Grundlage der Musik, daheim. Holz haben wir ebenfalls dazu. Es wird Sie vielleicht interessieren, wenn ich Ihnen sage, daß wir hier in Wien jetzt einen ausgezeichneten, tüchtigen Kopf haben, einen Mann namens Dr. Thomastik, der eine Violine erfunden hat, die ohne Zweifel die Welt erobern wird. Auf dieser Violine des Dr. Thomastik wird man vielleicht in 20 Jahren in allen großen Konzertsälen spielen. Heute ist das

noch nicht gut möglich, weil die Lager überfüllt sind und das natürlich alles abverkauft werden muß. Aber diese Geige des Dr. Thomastik wird gewiß ein Triumphzug antreten. Das ist wieder ein so bescheidener Süddeutscher, wie wir deren etliche besitzen. An den Rohprodukten, wie gesagt, und an der Eignung der Bevölkerung, die ja von einem guten Geschmack ist — ihr ausgezeichnete Geschmack ist besser als der der norddeutschen Bevölkerung —, fehlt es durchaus nicht.

Es ist natürlich notwendig, das Handwerk nicht nur technisch-wirtschaftlich zu beraten, sondern es ist auch zu fordern, daß von autoritativer Seite aus auf die beste Qualität hingearbeitet wird. Wir können ja nicht in Massenartikeln konkurrieren. Unsere Sache ist es nicht, Stapelartikel auf den Markt zu werfen, wir haben eine Veredelungsindustrie zu pflegen. Es ist auf die höchste Qualität hinzuwirken. Infolgedessen ist uns der tüchtigste Meister und der tüchtigste Arbeiter gerade noch gut genug. Denn diese Qualitätsarbeit kann allein die Voraussetzung einer dauernden Exportfähigkeit sein. Infolgedessen ist es wichtig, daß die Regierung dafür sorgt, daß an den lokalen Gewerbeförderungsanstalten überall kunstgewerbliche Beratungsstellen errichtet werden, wie dies schon in Salzburg der Fall ist. Es ist auch sehr zu wünschen, daß die allgemeine Exportförderung, soweit sie nicht Stapelartikel betrifft, in engste organische Verbindung mit der Gewerbeförderung gebracht werde. Das Gewerbeförderungsamt hat nach meiner Überzeugung den Export von Originalartikeln, die in Österreich eine Bodenständigkeit haben und ein zweitesmal so nicht vorkommen, zu leiten und zu fördern. Der Gewerbeförderungsdienst hat die außerordentlich wichtige Aufgabe, in voller Erfassung der Erfahrungen der Übergangswirtschaft Material und arbeitsparende Methoden zu finden und neue Erwerbszweige ins Leben zu rufen. Der Gewerbeförderungsdienst hat eine andere, unendlich wichtigere sozialpolitische Bedeutung. Ihm kommt es zu, für den gewerblichen Nachwuchs zu sorgen. In dieser Hinsicht, hohes Haus, steht es sehr traurig aus. Wie unsere Schulen durch den Zusammenbruch im Kriege verwüstet wurden, so ist es natürlich auch mit dem gewerblichen Nachwuchs geschehen. Diese gewissen Mittelschulmaturen haben ihr Gegenstück auch bei den Gehilfen und Gesellen. Es ist eine große Verklügerung deutlich zu spüren, nicht so sehr des Charakters, sondern der Fähigkeit, der Bildung, und der junge Mensch weiß heute nicht, wohin er sich wenden soll. Das ganze Leben ist ja furchtbar materialisiert und bei jedem Gegenstand wird gefragt: Was kostet das? Wie kann ich das verkaufen? Welchen Nutzen kann ich dabei erzielen? Mit solchen Gedanken wird man natürlich keine höchste Qualitätsleistung erzielen können. Es ist daher besonders

wichtig, daß die jungen Leute an den ausgezeichnet eingerichteten Kursen unseres Gewerbeförderungsamtes in die Schule genommen werden. Es wäre sehr notwendig, daß diese Abendkurse in Tageskurse umgewandelt werden können, wie das bei der Kastenmacherei auch heute schon geschieht. Natürlich ist das nur möglich, wenn die Leute dort gegen Lohn arbeiten. Es ist das auch keine Konkurrenz für das Gewerbe, im Gegenteil, es wird sehr gut sein, wenn unsere Genossenschaften an die Kurse des Gewerbeförderungsamtes geradezu Aufträge und Bestellungen erteilen. Es muß auch erreicht werden, daß unsere Musterwerkstätten in Produktionswerkstätten umgewandelt werden, natürlich bei Wahrung des höchsten Qualitätsinteresses. Bei den Kursen des Gewerbeförderungsamtes kann niemand fragen: Was trägt mir das? denn Kulturförderung bringt nichts ein, mit der kann man kein Geschäft machen. Aber es ist immerhin notwendig, daß rationell gewirtschaftet wird und durch Verkauf von erzeugten Gegenständen wenigstens die Ausgaben auf das geringste Maß heruntergedrückt werden. Ich habe mich bei Werkmeistern erkundigt und habe gefragt, ob disziplinäre Anstände bei den dort ausgebildeten jungen Leuten zu verzeichnen sind und es wurde mir geantwortet, das komme niemals vor. Die jungen Leute sind stolz, Böglinge des Gewerbeförderungsamtes zu sein und wenn einer einen Kurs von vier bis fünf Monaten dort absolviert hat — so habe ich mir sagen lassen — so ist er stolz darauf und hat das Bestreben, seiner Alma mater: dem Gewerbeförderungsamte, durch Qualitätsarbeit zur Ehre zu gereichen. Daher sind gerade solche Institute von einem unermeßlichen Segen, heute mehr denn je. Es ist möglich und auch notwendig, an diesen Instituten in ausgedehnterem Maße als es jetzt der Fall ist, Meisterkurse zu errichten. Natürlich ist es notwendig, die wirklich schaffenden Kräfte im Gewerbeförderungsamte möglichst von allen bürokratischen Hemmungen zu befreien. Es liegt mir hier ferne, Namen zu nennen, aber ich habe mich für diese Dinge schon seit langem interessiert. Ich weiß, es sind ein paar ausgezeichnete Köpfe in dem Gewerbeförderungsamt tätig, von denen ich weiß, ohne daß sie mir es gesagt haben, wie sehr sie unter den schweren Hemmungen der bürokratischen Wirtschaft zu leiden haben. Es soll das natürlich kein Vorwurf für einzelne Herren sein.

Wenn sie den Kredit ansehen — es ist ein sehr niedriger Kredit, er erreicht nicht einmal eine Million — so könnte man einen Moment darüber erstaunt sein, daß die Personalausgaben in keinem rechten Verhältnis zu den sachlichen Ausgaben stehen. Aber ein tüchtiger Mann im Gewerbeförderungsamte ist nicht mit einem Beamten zu vergleichen. Jeder tüchtige Lehrer, jeder tüchtige För-

derer dort ist das wichtigste Stück der Gewerbe-förderung selbst.

Wenn Sie den Voranschlag ansehen, so finden Sie, daß er jedenfalls nicht Schritt hält mit der furchtbaren Geldentwertung. Der Gewerbeförderungs-kredit muß ständig entwickelt und ständig erhöht werden nach Maßgabe der wichtigen Aufgaben, die im Dienste der Volkswirtschaft an dieses Amt gestellt werden. Und da ist es etwas, worauf ich die Regierung und den Herrn Minister für Handel und Gewerbe auf das Eindringlichste aufmerksam mache und ich ersuche ihn dringend, diesen meinen Wunsch auch dem Herrn Finanzminister zu übermitteln. Es ist außerordentlich notwendig, daß es dem Leiter des Gewerbeförderungsamtes möglich sei, innerhalb seines Budgets einen freien Ausgleich vorzunehmen. Es geht nicht an, daß das Gewerbeförderungs-budget in einzelne Abteilungen gefastelt ist, daß es untersagt ist, ein Revirement vorzunehmen und Kredite aus einer Abteilung in die andere zu übernehmen. Es sind da ganz merkwürdige Dinge vorgekommen — allerdings stammt das aus längerer Zeit; ich glaube nicht, daß das jetzt geschehen ist — aber es ist eine merkwürdige Geschichte, wenn, sagen wir, in der einen Abteilung noch genug Geld da ist, aber für Reisen nichts mehr, und wenn dann von einer Genossenschaft in Niederösterreich die Bitte kommt, man möge Herren zur genauen Prüfung der Einrichtungen hinschicken, das nicht möglich ist, weil in der Kasse für Reisen nicht das nötige Geld da ist. Wenn es dann erst notwendig ist, in langwierigen Verhandlungen mit den Ministerien um den entsprechenden Betrag anzufuchen, ist die Konjunktur längst vorüber. Das Gewerbeförderungsamt steht mitten darin im pulstierenden Wirtschaftsleben, und wenn irgendein Amt auf kaufmännischen Grundlagen aufgebaut werden muß, so ist es das Gewerbeförderungsamt. Es ist unmöglich, es nach Staatsrechnungs- und kameralistischen Grundlagen zu behandeln. Es soll dem Leiter einfach ein Kredit zur Verfügung gestellt und gesagt werden: mach damit, was Du willst! Man muß doch das nötige Vertrauen zu ihm haben, daß er das in richtiger Weise macht. Wenn ich mehr Zeit hätte, die ich leider nicht habe, würde ich dem hohen Hause interessante Belege dafür vorführen können, wie sonderbar durch unsere von Haus aus nicht böswillig gemeinte bürokratische Wirtschaft unser Wirtschaftsleben eingeengt ist. Das ist eine außerordentlich böse Sache.

Nun erlauben Sie mir, ein Wort über das gewerbliche Bildungswesen zu sprechen. Hier ist vor allem eines wichtig. Wir haben ehemals in dem alten Staate ein geschlossenes System von Fachschulen gehabt, in dem alle Fachrichtungen vertreten waren, ein vollkommenes, fast lückenloses System. Nachdem wir aber die Sudetenländer verloren haben, ist uns, wie ich früher schon sagte, ein

kleiner, trauriger Rest, ein bescheidener Torso von Fachschulen übriggeblieben und eine der wichtigsten Aufgaben des Gewerbeamtes ist es nun, wieder ein geschlossenes System von Fachschulen zu erzielen. Warum haben wir diese Schulen verloren, das heißt, warum waren die meisten dieser Schulen in Böhmen? Erstens, weil dort sehr viel Industrie vorhanden ist, und zweitens, weil das Schwerk Gewicht unserer äußeren Politik vor dem Zusammenbruch leider in den Sudetenländern gelegen war. Das ist jetzt dringend nachzuholen. Wir haben für wichtige Fachzweige gar keine Schulen oder nur Ansätze, das gilt für die Keramik, das gilt für Glas, das gilt für das Textilfach. Hier ist schleunige Abhilfe zu schaffen. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß in Wien die Fachschule für Textilindustrie durch eine höher organisierte textil-technologische Abteilung ergänzt werde. Denn diese Textilschule in Wien legt heute mit viel Erfolg das größte Gewicht auf die künstlerische und kommerzielle Seite. Es sind auch für die Keramik bloß Ansätze vorhanden. Auch hier ist es notwendig, daß die Abteilung an der Wiener Kunstgewerbeschule und an der Grazer Staatsgewerbeschule ausgebaut wird, namentlich in der Einrichtung von Vorrichtungen für Werkstättenbetrieb und zur Durchführung von Bränden. Was die privaten Schulen anbelangt, die der Wienerberger Aktiengesellschaft eingegliedert, ebenso eine private Schule in Gmunden, so sind sie natürlich möglichst materiell und moralisch vom Staate zu fördern.

Dringend notwendig ist die Errichtung einer Schule für Hafnerei und Töpferei und es ist eigentlich unglaublich, daß wir sie nicht haben. Dadurch werden wir uns davor bewahren, daß wir die billigen Töpferwaren aus der Tschechei, aus Böhmen, aus den Sudetenländern einführen müssen, was bis jetzt der Fall war. Wir haben doch das Material da, auch eine geschulte Arbeiterschaft, doch eine solche Schule besitzen wir nicht.

Für die Möbelindustrie gibt es nur ganz kümmerliche Ansätze. Ich habe vor wenigen Tagen gehört, daß in der Privatindustrie die Absicht besteht, eine Fachschule für Möbelindustrie ins Leben zu rufen. Tut nichts, der Staat muß hier vorangehen! Wir haben keine einzige größere staatliche Fachschule für Möbelindustrie, obwohl gerade Deutsch-österreich auf diesem Gebiete führend sein könnte. Wie tüchtig unsere Arbeiterschaft ist, das zu illustrieren, brauche ich nur das Wort „Thonetmöbel“ auszusprechen. Der Geschmack ist da, aber der Staat hat sich bisher nicht um die entsprechende Schule gekümmert.

Es fehlt vollkommen in unserem Staatsgebiete an einer großen, mit modernen Mitteln eingerichteten Schuhmacherschule. Auch das ist ein schwerer Mangel und wir sind infolgedessen bemüht, uns vieles aus dem Auslande kommen zu lassen,

was wir sehr gut im Innern erzeugen könnten, wenigstens müßten wir nur die Rohprodukte kommen lassen und könnten hier die Veredlung vornehmen. Das sind außerordentliche Lücken. Natürlich ist zur Durchführung dieser Dinge die Gewinnung von hochqualifizierten, geschulten Arbeitskräften notwendig, die in langjähriger industrieller und gewerblicher Praxis stehen. Das ist heute schwer, weil die Privatindustrie unendlich besser zahlt als der Staat. Wenn infolgedessen unsere gewerblichen Schulen nicht verdorren sollen — erinnern Sie sich einmal an das Wort von der verdorrten Armee — wenn also nicht wieder etwas verdorren soll, so ist es notwendig, daß man die Lehrkräfte auffrischt. Es ist bei unserer Regierung aber so, daß, wenn es sich darum handelt, eine Lehrkraft anzustellen, es immer heißt: Welche Rangklasse soll ich ihr geben, soll ich sie in die XI., X. oder IX. Rangklasse einteilen? Das ist nicht der richtige Gesichtspunkt; es muß hier individualisiert werden und ich habe die feste Überzeugung, daß uns tüchtige Kräfte sowohl auf dem praktischen Gebiete — das gilt namentlich auf dem Gebiete der Elektrotechnik und auf dem Gebiete des Maschinenbaues — zur Verfügung stehen werden. Natürlich wird es notwendig sein, von dem starren Besoldungssystem abzugehen, wie das schon jetzt bei der Hochschule der Fall ist. Um Professoren an der Hochschule zu gewinnen, können wir nicht immer nur jemanden zum Hofrat oder Sektionschef ernennen, sondern es muß hier ein ganz freier Vertrag, die Methode eines freien Besoldungssystems eingeführt werden. Das kann dann vielleicht, wenn man diesen tüchtigen Köpfen auch noch die in der Industrie und in der Praxis zugebrachten Jahre begünstigt anrechnet, ihnen den Anreiz geben, das Zehnfache mehr zu schätzen als die Praxis in der Industrie. Was ich hier gesagt habe, gilt nicht bloß für die Techniker und die Ingenieure, sondern auch für die Werkmeister. Auch hier wird man mit dem starren System brechen müssen. Ich weiß zum Beispiel folgenden Fall, der herzerquickend ist. Im Gewerbeförderungsamte findet sich ein ehemaliger kleiner Handwerker, der heute ein trefflicher Fachschriftsteller geworden ist; er hat vor kurzem erst das zweite Werk auf den Büchermarkt geworfen, ein tüchtiges Werk, das sich sicher auch in allen fachmännischen Kreisen sehr bald Anerkennung verschaffen wird. Dieser Mann ist heute in der IX. Rangklasse, er hat die Bezüge der IX. Rangklasse. Gott erhalte ihm den Idealismus, seine Kraft uns zu widmen und nicht eines Tages zu denken, daß er auf dem freien Markte unendlich höhere Bezüge erzielen könnte. Ich möchte also dringend unsere Regierung ersuchen, daß sie eine Verdorren unserer Anstalten verhüten möge. Denn das wird der Fall sein, wenn nicht sehr bald etwas für die Heranziehung bester, ausgezeichneten Kräfte unternommen

wird. Hier hat der Staat nicht zu fragen: Was kostet mich das? Das darf bei keiner kulturellen Förderung gefragt werden. Er soll, wenn er schon ein solcher Materialist ist, fragen: Was wird mir das in zehn Jahren tragen? Denn die Nützlichkeit wird sich in zehn Jahren ganz gewiß für den Staat bezahlt machen.

Nun ein kurzes Wort über die Ressortierung. Es ist da erst vor einigen Tagen von einer Dame dieses Hauses der Wunsch angesprochen worden, daß alle gewerblichen Schulen dem Unterrichtsministerium unterstellt werden. Ich bedauere, daß ich nicht derselben Meinung mit der verehrten Dame sein kann. Es ist der Standpunkt wohl verständlich, ich kann ihn als Pädagog sehr wohl begreifen, ich glaube aber nicht, daß es richtig ist. Wenn wir unsere gewerblichen Schulen vor einer Schablonierung und einer Entfremdung dem wirtschaftlichen Leben gegenüber bewahren wollen, so wird es notwendig sein, sie dorthin ressortieren zu lassen, wohin sie heute gehören, nämlich zum Ministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten usw. Bis zum Jahre 1908 sind diese Schulen dem Unterrichtsministerium unterstanden und es hat ewige Kompetenzwierigkeiten gegeben, es hat in didaktischen Fragen fortwährende Streitigkeiten gegeben, die beiden Ministerien haben fast nie miteinander, höchstens nebeneinander, sehr häufig gegeneinander gearbeitet. Ich glaube das beste wäre, um sie in fortwährender Berührung mit dem wirklich pulsierenden gewerblichen Leben zu erhalten, sie in der Verwaltung des Ministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten zu belassen.

Nun erlauben Sie mir noch ein kurzes Wort über das technische Versuchswesen. Das technische Versuchswesen, das in enger Verbindung mit der Gewerbebeförderung steht, hat eine ungeahnte Tragweite. Ich glaube, daß viele unserer Volksgenossen von dem, was man technisches Versuchswesen nennt, sich keine rechte Vorstellung machen können. Heute ist es — und ich habe das schon in meiner Schulrede neulich auch gesagt — notwendig, daß unser ganzes gewerbliches Leben auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt wird. Es würden sehr viele Umwege erspart bleiben. Es würden sehr teure Fehlschläge verhindert werden, wenn zuerst die technische Wissenschaft, die Versuchswissenschaft diese Dinge ausprobierte. Ich weise darauf hin, daß wir ein Museum haben, das eine der schönsten sozialen Stätten unseres Staates genannt werden kann, das Technische Museum für Industrie und Gewerbe in Wien. Es ist die Gefahr vorhanden, daß, wie ich höre, durch das geringe Verständnis des Finanzministeriums dieser Betrieb lahmgelegt wird. Es ist die höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß dieser Betrieb in volle staatliche Verwaltung übernommen wird. Der Staat hat dafür zwei Millionen in das

Budget einzustellen, die Stadt Wien und ein Privatverein werden ohnedies davon 600.000 Kronen auf sich nehmen und der Staat kann das übrige jedenfalls leisten. Hier wird den jungen Leuten Liebe und Verständnis für die technische Arbeit beigebracht. Das ist nicht nur eine große Gewerbebeförderung, sondern es ist eine höchst soziale Förderung. Es ist ein Forschungsinstitut geplant unter Führung eines der besten Männer unseres Staates, dessen Name ich hier mit Verehrung nennen möchte — es ist der Name des alten Wilhelm Exner, der eine wahrhaft schöpferische Tätigkeit seit sehr vielen Jahren auf dem Gebiete des ganzen Versuchswesens geleistet hat. Es läßt sich gar nicht sagen, was der Staat Österreich diesem glänzenden Manne verdankt. Es ist ihm aber noch nicht möglich gewesen, eine Versuchsanstalt für angewandte Physik, eine Versuchsanstalt physikalischer, optischer und elektrischer Richtung ins Leben zu rufen, seine Bestrebungen kommen in diesem Punkt nicht recht weiter. Und doch ist das von riesiger Bedeutung. Erlauben Sie, daß ich Ihnen folgende Kleinigkeit sage. In optischer Richtung sagte ich eben. Wie kommt es, daß wir im Staate Österreich nicht auch hochwertiges optisches Glas erzeugen? Und doch war es ein Deutscher, österreichischer, der hier in Wien den ersten Objektivgläser erfinden und konstruiert hat. Weil damals auch die Regierung gar kein Verständnis für diese Dinge gehabt hat, hat man ihn ruhig ins Deutsche Reich hinausgehen lassen und dort haben seine Bestrebungen einen großen Triumphzug angetreten. Man könnte auch bei uns jetzt hochwertiges optisches Glas erzeugen. Was die Errichtung der elektrischen Versuchsanstalt anbelangt, so erlaube ich mir auf Folgendes hinzuweisen: Man ist heute in den Vereinigten Staaten längst dahin gekommen, daß man an Stelle des zeitraubenden und höchst kostspieligen Nüterns auf elektrischem Wege mit elektrischem Starkstrom schweißt. Dadurch hat die amerikanische Industrie einen großen Vorsprung vor unserer Industrie gewonnen. Das sind Dinge, die in solchen Versuchsanstalten erprobt werden müssen.

Ein wichtiges Gebiet ist der Normenausschuß. Vielleicht ist in vielen Kreisen nicht einmal bekannt, was man mit diesem Normenausschuß eigentlich meint. Und doch sind die Arbeiten des Normenausschusses, der von der Regierung stiefmütterlich bedacht wird, die Voraussetzung dafür, daß unsere Industrie und unser Gewerbe auf dem Weltmarkte überhaupt konkurrenzfähig sein können. Wenn unsere Industrie leben soll, muß sie verbilligt werden, sie muß sich spezialisieren und die Grundvoraussetzung dieser Spezialisierung ist die Normalisierung. Das ist begreiflich. Ich will Ihnen hier ein Beispiel anführen. In einer Fabrik kommt es zum Beispiel vor, daß heute eine Menge von Schraubengewinden, eine Menge von Bohrern u. dgl. angewendet wird. Das

ist eine große Vergewendung. Es soll ein Typ von Schraubengewinden, es soll eine Vereinheitlichung aller möglichen Bestandteile im Gewerbe und in der Industrie durchgeführt werden. Dieser Typ kann dann in Massen von einer großen Industrie erzeugt werden, es braucht dann nicht jedes Unternehmen durch die Lagerhaltung viel Geld zu binden und es ist auch möglich, wenn ein Fehler eintritt, ihn sofort verbessern zu können. Die Großindustrie ist heute meist in der Lage, aus sich heraus derartige kleine Bestandteile herzustellen, aber die kleinere und mittlere Industrie und das Handwerk ist es nicht. Wenn aber ein einheitlicher Typ hergestellt wird, dann wird er in so billiger Weise hergestellt werden können, daß wir dadurch konkurrenzfähig werden können. Solche Normalisierungen erstrecken sich auch auf fertige Produkte und Maschinen. Heute ist es notwendig, daß eine Gießerei — ich kenne diese Modellschuppen aus eigener Erfahrung — weil verschiedene Typen von Maschinen angefordert werden, eine ganze Masse von Modellen herstellen muß, so daß heute unnützerweise Millionen in Modellschuppen aufgestapelt sind. Bei den Gasröhren und den Röhren der Wasserleitungen wäre es möglich, daß man im ganzen Staate zwei Typen durchführt. In Wien ist es heute so, daß jedes Krankenhaus und jede Unternehmung ihren besonderen Typ hat. Das ist eine ungeheure Verschwendung, Vergewendung und Vertrüdelung an Zeit.

Die Normalisierung hat auch noch eine hohe politische Bedeutung. Im Reiche ist die Normalisierung heute schon sehr weit vorgeschritten, diese Typisierung der Bestandteile und der einzelnen Maschinen ist dort sehr stark durchgeführt. Wenn wir uns anschließen wollen, so müssen wir uns auch gewerblich dem Reiche anschließen und dieselben Typen übernehmen, die im Deutschen Reiche schon durchgeführt wurden.

Eine wichtige Sache ist das Forschungsinstitut für die Textilindustrie. Man muß sich wundern — ich habe es selbst von dem alten Wilhelm Exner gehört, der mir sagte, er sei schon vor zwei Jahren an das Finanzministerium mit der Bitte um eine Subvention von 100.000 K herangetreten und habe bis heute nicht einmal eine Antwort erhalten. Welche große Bedeutung dieses Forschungsinstitut hat, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen. Es ist möglich, chemisch, mikroskopisch ein Tuch zu untersuchen, und man kann dem Staate unendliche Auslagen ersparen. Wenn er heute zum Beispiel die Gendarmerie mit neuer Kleidung versieht, ist es für ihn sehr wichtig, zu wissen, ob diese Kleidung nicht in einem Jahre wie fauler Bunder herunterfällt oder ob es ordentliches Tuch ist. Das kann in diesem Forschungsinstitut ermittelt werden.

Auf eines möchte ich Sie dringend hinweisen. Es besteht heute schon in Wien ein kleines hydrotechnisches Institut, ein Institut für den Versuch auf dem Gebiete des Wasserbaues, ein muster-gültiges Institut. Nach diesem Institut richten sich Schweden und die Schweiz, so daß man sagen kann, daß Österreich auf dem Gebiete des hydrotechnischen Versuchswesens führend allen anderen Staaten voranschreitet. Diesen Ruhm aber werden wir verlieren, wenn wir nicht daran gehen, in großzügiger Weise in der freien Natur — man denkt an Bruck an der Mur — eine große Versuchsanstalt für Hydrotechnik, zugleich verbunden mit Turbinenbau, einzuführen. Die Tischehen sind klug, sie haben einen deutschen Professor, Kaplan, an der Technik in Brünn schon beauftragt, nach dem Muster unseres hydrotechnischen Institutes in Wien mit reichster Förderung des Staates ein solches ins Leben zu rufen. Wir werden dann, wenn unser Staat nichts tut, in die unglückliche Lage kommen, die teureren Turbinen aus der Tschechei zu kaufen, was unsere Valuta gewiß nicht heben wird.

Ein Abschluß dieser Bestrebungen des gesamten technischen Versuch- und Forschungswesens ist die Errichtung einer Akademie für technische Wissenschaft. Auch das ist ein sehnlicher Wunsch des alten Wilhelm Exner. Es ist aber nicht möglich gewesen, das durchzuführen. Auch hier ist uns die Tschechei vorausgegangen und hat in Prag die sogenannte Masaryk-Akademie errichtet, und zwar — es ist dasselbe wie beim hydrotechnischen Institut — mit genauer Kopierung der Pläne, die in dem Archiv Wilhelm Exner liegen. Es ist dies tief bedauerlich. Es sind schon zur Zeit vor dem Zusammenbruche Kredite zur Verfügung gestellt worden, es ist aber alles wieder eingeschlafen. Und doch ist das eine dringendste Forderung.

Lassen Sie mich jetzt einen kurzen Augenblick von den allgemeinen Ursachen handeln, die lähmend auf unserem Gewerbeleben lasten. Eines ist streitlos und ruft die Leidenschaft auf keiner Seite des Hauses hervor, wenn ich Ihnen sage: die beste Gewerbeförderung wird es wohl sein, wenn die Regierung unserem Gewerbe und unserer Industrie die entsprechenden Kohlenmengen zur Verfügung stellen kann. Das ist natürlich nur möglich, wenn der Schand- und Raubvertrag von Saint-Germain und namentlich der von Versailles geändert wird, wenn das Deutsche Reich nicht gezwungen werden wird, Frankreich und Belgien die Kohle, die diese beiden Staaten gar nicht brauchen, mit denen sie Schleichhandel treiben, zur Verfügung zu stellen, wenn es möglich sein wird, in Oberschlesien wieder freie Hand zu haben. Dann wird es auch möglich sein, Österreich mit Kohle zu versorgen.

Das wird dann die beste Gewerbeförderung sein, auch die beste valutarische Maßnahme.

Ich weise Sie da ebenfalls hin auf eine Frage der großen Politik. Wir haben heute einen gänzlich zerstörten Markt. Eigentlich haben wir überhaupt keinen Markt mehr. Es hat das Deutsche Reich keinen rechten Markt mehr, obwohl es dort besser aussieht als bei uns, und Österreich schon gar nicht. Österreich kommt mir vor, wie ein Körper, den man mit Seilen und Schnüren furchtbar eingeschnürt hat, so daß die Blutzirkulation gänzlich unterbunden ist. Diese Seile und Stricke sind die Zentralbewirtschaftungen und zentralen Maßnahmen, die allerdings vom Sozialismus anders gewertet werden als von uns. Es ist leider heute so, daß die einzelnen Staaten, ja innerhalb der Staaten die Länder und innerhalb der Länder wieder die Bezirke sich voneinander abgrenzen. Aber auch die Staaten bewuchern sich untereinander.

Es gibt heute zwischen den Staaten keinen Briefverkehr, keinen Geldverkehr; wie soll sich hier ein gewerbliches Leben entwickeln? Jeder Staat bewuchert den anderen Staat mit dem, was er gerade hat. Die Tschechei bewuchert uns mit Kohle, mit Zucker und so fort. Hier kann es nur besser werden, wenn das in der Hinsicht verrückte Europa wieder zu dem gesunden Grundsatz des alten Adam Smith zurückkommt, der gesagt hat: Der Vorteil eines Menschen ist immer nur der Vorteil des anderen. Hier müssen wir reaktionär sein und zurückweichen zu längst vergangenen Zeiten. Heute sieht man immer nur den Vorteil in der Vernichtung des anderen und das wird sich im Privatleben und auch im Staatsleben als eine außerordentliche Torheit erweisen.

Nun, hohes Haus, ein kurzes Wort von einer anderen Maßnahme, von der ich überzeugt bin, daß sie wie ein Alp auf unserem gewerblichen Leben lastet, und das ist die Sozialisierung. Da denke ich anders als meine sehr geehrte Vorrednerin. Lassen Sie mich das ganz kurz in folgenden Worten zusammenfassen. Durch die Sozialisierung wird allüberall um ein Drittel weniger und um ein Drittel teurer erzeugt. Das ist bis jetzt das Ergebnis der Sozialisierung in allen Staaten.

Diese Erfahrung haben wir und es hat mich sehr interessiert, gestern in der Berliner „Deutschen Zeitung“, wie ich glaube, gelesen zu haben, daß man in der einst so reichen Stadt Frankfurt am Main, wo man doch aus weiter nicht zu erwähnenden Gründen der Sozialisierung sehr freundlich gegenübersteht, nunmehr die städtischen Unternehmungen — Gas, Wasserleitung und, wie ich glaube, auch Straßenbahn — verkauft, weil sie sich

in diesen Händen als gänzlich unrentabel herausgestellt haben.

Die geehrte Vorrednerin hat höhnisch von der Initiative des Unternehmers gesprochen, und doch kann uns nur der wagemutige, ganz persönlich gerichtete Unternehmer aus dem Elend herausarbeiten. Wer hat denn heute in einem sozialisierten Unternehmen irgendein Verantwortlichkeitsgefühl? Es hat es niemand. Wo eine vielköpfige Masse verwaltet und lenkt, schiebt einer die Verantwortung auf die Schultern des anderen. Wenn aber ein Unternehmer mit dem wirtschaftlichen Tode bestraft wird, wenn er etwas Unrichtiges tut, dann gibt er allerdings sehr genau acht.

Die Sozialisierung wäre ja eine mögliche Sache, wenn wir erst bessere Menschen geworden wären. Das führt mich überhaupt auf den Satz hin, daß wir immer von den besseren Zeiten sprechen, und auch die Sozialdemokraten sagen ja, es werden bessere Zeiten kommen. Meine Verehrten, die besseren Zeiten werden nie kommen, wenn nicht zuerst bessere Menschen gekommen sein werden, wenn nicht vernünftiger, gescheiter, bravere, fleißigere Menschen gekommen sein werden. Ich habe nicht gefunden, daß gerade die sozialisierten Unternehmungen Stätten größerer Verantwortlichkeit und größeren Fleißes sind. Die geehrte Vorrednerin hat ein wahres Loblied von den Betriebsräten gesungen und diese Idee ein Evangelium genannt. Nun, ich könnte Ihnen ein anderes Lied davon singen.

Ich kenne eine Reihe von Unternehmungen, in denen sich nicht gerade die tüchtigsten Arbeiter, die erfahrenen, älteren Arbeiter zu dieser Stellung hergeben. Es sind sehr häufig die Arbeiter mit der grande bouche, das ist aber nicht gerade immer der beste und tüchtigste Arbeiter, und wenn die geehrte Vorrednerin die Betriebsräte als eine der genialsten Erfindungen der Sozialdemokratie bezeichnet hat, so erlaube ich mir doch darauf aufmerksam zu machen, daß das, was an dem Gedanken der Betriebsräte gut ist, etwas sehr altes Bürgerliches ist, das ist nämlich der Gedanke der Ständevertretungen.

Ich hoffe sehr, daß unser Parlament in 20 Jahren auch ganz anders konstruiert sein wird. Vor kurzem hat ein demokratischer, wenn nicht gar ein sozialistischer Redner, in Berlin das Wort ausgesprochen, es sei notwendig, daß der Parlamentarismus sich veredle. Jawohl, es ist nicht sehr gescheit, wenn in den Ausschüssen Herren beraten, die nicht über die Sache unterrichtet sind und sich erst von anderen Leuten unterrichten lassen müssen. Wäre es da nicht gescheiter, einfach an Stelle dieser Herren, die sich unterrichten lassen müssen, gleich die Herren einzuberufen, die die Sache von Haus aus verstehen? Das erscheint mir eben der richtige

Gedanke der Räte zu sein. Dieser gesunde Gedanke, der aber nicht von der Sozialdemokratie erfunden ist, wird sich hoffentlich segensreich durchdringen.

Billiger wird in sozialistischen Betrieben erzeugt werden, ist gesagt worden. Warten wir einmal ab, wie die gemischwirtschaftlichen Betriebe, die von den Arbeitern mitübernommen werden, in 10 oder 20 Jahren — ich glaube, wir werden nicht so lange warten müssen — schon in zwei Jahren aussehen werden. Warten wir das einmal ab. Es wurde uns von der Vorrednerin gesagt, die Arbeiter mögen, sie müssen — es wurde uns mit einer kommenden Revolution gedroht, es wurde uns gesagt, daß die Sozialisierung ein Machtmittel für die kommende Revolution, kein gewerbepolitisches, sondern ein höchst politisches Machtmittel sein soll — in die Verwaltung der Unternehmungen kommen. Was heißt denn Verwaltung? Das heißt Besitz. Diesen Syndikalismus werden jedenfalls die weitesten bürgerlichen Kreise nicht mitmachen. In Frankreich und in England soll das geschehen. Mir ist das nicht bekannt. Im Gegenteil, ich finde, daß Frankreich, ganz gewiß aber England viel eher einen autoritären Zug annimmt als einen Zug der syndikalistischen Zerkleinerung. Ich glaube, der Engländer ist viel zu praktisch, als daß er diesen Sprung ins Dunkle unternähme.

Erlauben Sie mir, noch auf eine schwere Gefahr unseres Wirtschaftslebens hinzuweisen, die ich mit einem merkwürdigen Zitate des Herrn Walter Rathenau einleiten möchte. Walter Rathenau hat am 25. Dezember des Jahres 1909 in der „Neuen Freien Presse“ folgendes geschrieben (*liest*):

„Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich der Welt ihre Gesetze zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiser und Könige anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt.“

Diese Äußerung von der Nachfolge der Kaiser und Könige durch die Hochfinanz, getan im Jahre 1909, ist wohl sehr interessant. Es ist genau das eingetreten, was Herr Walter Rathenau, der auch zu den Weisen von Zion gehört, vorher gesagt hat. Ich glaube, daß diese Last der Hochfinanz auf unserem Gewerbe und auf aller ehrlichen Arbeit unendlich hemmend wirkt. Vor zwei Jahren hat ein Amerikaner ein Buch über die großen Vermögen der Vereinigten Staaten geschrieben und er hat in der Einleitung des Buches, das heute auch übersetzt ist, gesagt: Nicht ein einziges Riesenvermögen der Vereinigten Staaten ist durch Arbeit, alle sind lediglich durch Spekulation erworben worden. Dasselbe ist auch bei uns der Fall. Bedenken Sie doch, daß das Haus Rothschild unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges,

also im Jahre 1914, ein Vermögen von 40 Milliarden Franken, damaligen vollwertigen Franken besessen hat. Davon hat es eine jährliche Verzinsung von 4 Milliarden Franken gezogen, das ist gerade viermal so viel als die Reineinnahmen der haßumtobten deutschen Industrie. Es ist eine ganz falsche Front unserer Arbeiterschaft, wenn sie sich gegen die industrielle Arbeit wendet. Sie möge sich doch einmal gegen den Reichtum dieser Spekulationen wenden. Unser ganzes öffentliches Leben leidet heute darunter, daß die Banken, die in den meisten Fällen jüdische Banken sind, daß die Hoch- und Großfinanz uns das wirtschaftliche Blut aus den Adern saugt. Das, was sie uns wegnimmt, wächst uns auf der anderen Seite nicht zu. Wenn ein Unternehmer etwas schafft, so ist es ein Plus, wenn aber die Hochfinanz etwas schafft, so ist es immer ein Minus. Die Hochfinanz verschafft sich eben das, was der deutsche Geist schafft. Das ist der außerordentliche Unterschied und auf diese schweren Mängel möchte ich Sie hinweisen. Es gibt schon Mittel und Wege, meine Herren Landwirte und meine Herren Gewerbetreibenden, wenn Sie sich zusammentun, und eine große bürgerliche Bank errichten und wenn es möglich ist, in der Bank auch die Aktien zu hinterlegen, die bekannterweise heute in den jüdischen Großbanken hinterlegt werden — jede jüdische Großbank vertritt eben bei der Generalversammlung den einzelnen deutschen Aktienbesitzer —, wenn das möglich sein wird, dann wird auch unser gewerbliches Leben unendlich entlastet werden.

Dieser Druck muß beseitigt werden, dann wird auch unser Gewerbe wieder blühen, das wird dann die richtige Gewerbeförderung sein, die uns, dem deutschen Volke und dem Vaterlande zum Segen gereichen wird.

Schließlich lege ich mehrere Entschlüsse vor, um deren Annahme ich das hohe Haus bitte. Sie lauten (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, für die Gewinnung hochqualifizierter technischer Lehrkräfte für die gewerblichen Staatsschulen zu sorgen und zu diesem Zwecke mit dem starren Besoldungssystem zu brechen.“

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert zu sorgen:

1. für die rasche Ausgestaltung der Wiener Fachschule für Textilindustrie durch Schaffung einer textiltechnologischen Abteilung;

2. für die Ausgestaltung der keramischen Abteilungen an der Wiener Kunstgewerbeschule und der Grazer Staatsgewerbeschule;

3. für die Errichtung einer Schule für Hafnerei und Töpferei;

4. für die Schaffung einer großen Fachlehranstalt für Möbelindustrie;

5. für die Schaffung einer modern eingerichteten Schuhmacherschule."

"Der Nationalrat fordert die Regierung auf, dem Gewerbeförderungsamt die freie Verfügung über den nötig erscheinenden Ausgleich innerhalb einzelner Ausgabenposten des Staatsvoranschlages zu ermöglichen, wodurch der ganze Apparat beweglicher und anpassungsfähiger gemacht würde. Die Regierung wird aufgefordert, das Gewerbeförderungsamt nach kaufmännischen Grundsätzen, welche die heutige Staatsverwaltung unmöglich macht, zu führen."

"Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Minister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Tätigkeit der Gewerbeförderung dort, wo die Voraussetzungen für ein fachmännisches Eingreifen vorhanden sind und ein praktischer Erfolg gewährleistet werden kann, auch auf die kleinere und mittlere Industrie ausgedehnt werde, ohne daß hiedurch ihr ursprünglicher Zweck der Förderung gesunder Mittelstandspolitik verleugnet werden darf."

Präsident (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat): Diese vom Herrn Abgeordneten Zeidler überreichten Entschlüsse sind gehörig unterzeichnet und stehen in Verhandlung. Zum Worte gemeldet ist Herr Bundesminister Heintl. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten **Heintl**: Hohes Haus! Namens des mir anvertrauten wichtigen und vielseitigen Ressorts sei es mir gestattet, bei der Beratung des Staatsvoranschlages für das laufende Budgetjahr folgendes auszuführen:

Die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist zum großen Teil von der Wiederbelebung und Ausgestaltung unserer industriellen Produktion abhängig.

Bei der hervorragenden Bedeutung, die der industriellen Produktion für unser Wirtschaftsleben zukommt, muß mit allen Mitteln getrachtet werden, der Industrie den Bezug der notwendigen ausländischen Roh- und Betriebsstoffe sowie die größte Exportmöglichkeit zu sichern. Auch müssen alle im Inlande vorhandenen Kräfte und Mittel zur Hebung der industriellen Produktion und zur Errichtung solcher neuer Industriezweige herangezogen werden,

für deren Gedeihen die allgemeinen Vorbedingungen gegeben sind.

Die erste Voraussetzung der Hebung der industriellen Produktion ist eine Besserung der Kohlenversorgung, worüber ich später zusammenfassend sprechen werde.

Neben der Kohlenversorgung wendet das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten auch der Beschaffung ausländischer Rohstoffe für die Industrie unentwegt besondere Aufmerksamkeit zu. Bisher ist Österreich von der englischen Regierung ein Rohstoffkredit in der Höhe von 3 Millionen Pfund eingeräumt worden, wovon 1 $\frac{3}{4}$ Millionen Pfund bereits ausgenützt sind. Was den restlichen Kredit betrifft, so ist die österreichische Regierung nachdrücklich bestrebt, das Zugeständnis zu erreichen, daß dieser Kreditrest im Wege des freien Einkaufes auf dem Londoner Markt verwendet werden kann. Die Regierung ist in den einschlägigen Fragen in ständiger Fühlungnahme mit der Reparationskommission sowie mit den berufenen Vertretern der Industrie, des Gewerbes und der Arbeitererschaft. Auch jede sich sonst bietende Gelegenheit zum Bezuge von Rohstoffen aus dem Auslande wird im Rahmen der Möglichkeit ausgenützt. Ebenso finden die vielfach erfolgreichen Bestrebungen der Industrie, sich selbst aus dem Auslande mit Rohstoffen — teilweise im Wege des Veredelungsverkehrs — zu versorgen, die weitestgehende staatliche Förderung. Eine ausreichende Versorgung der Industrie mit Rohstoffen kann allerdings erst erwartet werden, wenn von der Entente die Kredite hierfür im erforderlichen Ausmaße zur Verfügung gestellt werden.

Hand in Hand mit den Maßnahmen zur Bereitstellung von Betriebs- und Rohstoffen gehen naturgemäß die Vorsorgen zur Schaffung von Absatzmöglichkeiten. Die österreichische Industrie ist in erster Linie eine Exportindustrie. Wird die Friedensproduktion der Industrie erreicht, so wird Österreich nur ungefähr ein Viertel der eigenen Erzeugung selbst konsumieren können, während für drei Viertel der Produktion der Absatz im Auslande gesucht werden muß.

Und hier befinde ich mich in einem kleinen Gegensatz zur Frau Abgeordneten Freundin. Ich bin der Meinung, daß wir jetzt schon diese Absatzmöglichkeiten suchen und einleiten und nicht erst warten sollen, bis uns andere Länder zuvorgekommen sind. (Zustimmung.)

Das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten läßt es sich an gelegen sein, alle Exportbestrebungen nachdrücklichst zu unterstützen, den Warenverkehr nach dem Auslande zu fördern und die Wiedereröffnung des Gültauschlages, wie er in der Vorkriegszeit bestanden hat, nach Möglichkeit herbeizuführen.

Die Bemühungen meines Ressorts im Interesse der Hebung und Förderung unserer industriellen Produktion sind auch dahin gerichtet, die mannigfachen Hemmnisse und Erschwerungen der industriellen Tätigkeit — soweit als irgend möglich — zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern. Dazu dient eine mannigfache Einflußnahme, die sich nach den Verhältnissen und Bedürfnissen des einzelnen Falles verschieden gestaltet. Diesbezüglich kommen namentlich in Betracht die möglichst wirtschaftliche Aufteilung der für die Industrie verfügbaren Kohle, die Überweisung der Vorräte der Sachdemobilisierung, die Beschleunigung der Auszahlung der rückständigen Forderungen für Heereslieferungen, die Unterstützung von begründeten Ansuchen um Zollerleichterungen, die Vermittlung von Darlehen an notleidende Industrieunternehmen,* falls sich die Kreditbeschaffung auf privatem Wege als unmöglich erweist und durch die Stilllegung der betreffenden Betriebe wichtige volkswirtschaftliche Interessen gefährdet würden. Solcherart sind wir bestrebt, in jeder möglichen Weise zur Förderung unserer industriellen Produktion beizutragen und die Bemühungen unserer industriellen und gewerkschaftlichen Kreise wegen Aufrechterhaltung und Ausgestaltung der Betriebe zu unterstützen.

Tatsächlich ist seit dem Umsturze in der Industrie eine gewisse Konsolidierung eingetreten, worauf insbesondere auch die Abnahme der Arbeitslosigkeit hindeutet. Dies gilt in erster Linie von jenen Betriebszweigen, die durch die Ausnutzung von Wasserkraften oder eigener Kohlenlager oder infolge geringeren, durch Holz zu befriedigenden Bedarfes an Brennstoffen unabhängiger gestellt sind und inländische Rohstoffe verarbeiten. Ungünstiger sind jene Industrien gestellt, die in ihren Rohstoffbezügen vom Auslande abhängen oder die einen starken Bedarf an Brennmaterial haben, das vom Auslande bezogen werden muß. Die Kohlenversorgung Österreichs mußte bekanntlich nach dem Umsturz Ende 1918 einer vollständigen Neuordnung unterzogen werden, da die wichtigsten früheren Versorgungsgebiete Österreichs in das Gebiet der Nachfolgestaaten gefallen waren, die sofort strenge Ausfuhrbestimmungen erlassen hatten.

Österreich selbst verfügt im Inlande nur über verhältnismäßig geringe Mengen von Kohle, die überdies zum überwiegenden Teile nur aus minderwertiger Braunkohle bestehen. Gleichwohl bilden sie einen wichtigen Faktor der Kohlenversorgung, weshalb mit allem Nachdruck auf die Steigerung ihrer Produktion Einfluß genommen wurde.

Die Erfolge unserer Bemühungen können als befriedigend bezeichnet werden, indem die Braunkohlenförderung, die im Monate Jänner 1919 nur 150.000 Tonnen betragen hatte, im Jänner 1920

auf 188.000 Tonnen und im Jänner 1921 auf 216.000 Tonnen gestiegen ist.

Das Hauptgewicht wurde hierbei naturgemäß auf die Hebung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Bergbaue und erst in zweiter Linie auf die Eröffnung neuer Bergbaubetriebe gelegt.

Die Leistungsfähigkeit der bestehenden Kohlenbergbaue wurde durch Ausgestaltung der Betriebs-einrichtungen, Vermehrung der Belegschaft, Regelung der Arbeiterlöhne, Verbesserung der Ernährung sowie Vorsorge für die Bekleidung der Bergarbeiter gehoben.

Die Ausgestaltung der Werkseinrichtungen wurde durch die Gewährung von Zuschlägen zu den Kohlenpreisen erleichtert, in einzelnen Fällen auch durch Beistellung staatlicher Geldmittel in Form von Staatsbeteiligungen oder Darlehen, ferner durch Zuweisung geeigneter Einrichtungen aus den Beständen der Sachabrüstung. Zur Ermöglichung einer Vermehrung der Belegschaft war die Schaffung von Wohnungen notwendig. Auch die Errichtung dieser wurde durch die gleichen Mittel gefördert. Zur Erzielung einer gerechten und den Preisverhältnissen angepaßten Entlohnung der Bergarbeiter hat das Ministerium die Leitung der Lohnverhandlungen selbst übernommen und in allen Fällen den glatten Abschluß von Kollektivverträgen erzielt.

Zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse der Bergarbeiter hat das Ministerium Lebensmittelprämien bei steigender Förderungsleistung eingeführt, durch die es gelungen ist, die Verpflegung der Kohlenbergarbeiter im allgemeinen auf den Friedensstand zu heben. Seit November 1920 hat das Ministerium auch für die Beschaffung von billigen Bekleidungsgegenständen Vorsorge getroffen, durch welche den Kohlenbergarbeitern Stoffe, Kleider, Wäsche und Schuhe zu wesentlich verbilligten Preisen in ausgiebigem Maße zur Verfügung gestellt werden konnten.

Desgleichen wurde die Hebung der inländischen Kohlenenerzeugung durch Unterstützung der Bergbaue bei der Beschaffung der erforderlichen Betriebsmittel erzielt.

Bei der Kohlenversorgung Österreichs bildet jedoch nach wie vor den wichtigsten Faktor die Einfuhr der Kohle aus dem Auslande. Ihrer Steigerung waren nahezu ständig Interventionen und Verhandlungen gewidmet.

Die Einfuhr von Brennstoffen aus der Tschecho-Slowakei hat im allgemeinen in den Jahren 1919 und 1920 keine wesentliche Änderung erfahren, während die Einfuhr aus Oberschlesien, die noch im Jänner 1919 nur 24.450 Tonnen betrug, seit dem Monate Mai 1920 auf 200.000 Tonnen gestiegen ist und in dieser Höhe nahezu voll zur Einlieferung gelangt.

Außerdem erhalten wir gegenwärtig noch durch einen am 8. Jänner l. J. mit der polnischen Regierung abgeschlossenen Kompensationsvertrag aus Polen eine Menge von 13.500 Tonnen.

Schließlich gelangen noch verhältnismäßig kleinere Mengen von Kohle, jedoch zu hohen Preisen im freien Handel nach Österreich.

Insgesamt betrug die Österreich im Jänner 1921 zur Verfügung gestandene Menge an Kohle und Koks 608.000 Tonnen, während sie im Jänner 1919 361.000 Tonnen und im Jänner 1920 425.000 Tonnen betragen hatten.

Die Kohlsituation hat sich daher sichtlich allmählich nicht unwesentlich gebessert. Mitte Februar ist allerdings ein Rückschlag in der Kohlenbelieferung infolge von Verkehrsschwierigkeiten eingetreten. Durch diese Maßnahme hat sich der Kohleneinlauf nach Österreich vorübergehend verschlechtert und auf diesen Ausfall war die in der Anfrage der Herren Abgeordneten Domes, Wiedenhofer und Genossen vom 1. März l. J. in Beschwerde gezogene Verschlechterung der Kohlenversorgung für die Industriebetriebe zurückzuführen.

Aber auch bei vollem Einlauf der Österreich zur Verfügung stehenden Brennstoffe sind die gelieferten Mengen noch immer bei weitem nicht ausreichend, um ein einigermaßen geregeltes wirtschaftliches Leben zu ermöglichen. Noch immer können die österreichischen Industrien, insbesondere die Eisenindustrie, ihre Betriebe nur in sehr eingeschränkter Maße aufrechterhalten und auch die Hausbrandversorgung gestaltet sich nach wie vor sehr schwierig, da die zur Verfügung stehenden Brennstoffmengen, zum Beispiel für Wien nur die Ausgabe eines Küchenbrandes von sieben Kilogramm und eines Zimmerbrandes von drei Kilogramm pro Woche und Haushalt zulassen.

Unsere Bemühungen müssen daher weiter darauf gerichtet sein, erheblich größere Mengen nach Österreich aus dem Auslande zu bringen. Die Schwierigkeiten, die sich unseren Bemühungen entgegenstellen, sind gegenwärtig wesentlich anderer Art, als sie nach dem Umsturze bis in die letzte Zeit bestanden haben. Während bis vor kurzem noch die allgemeine Weltkohlennot den Bezug ausländischer Kohle erschwerte, so macht sich nunmehr in einer Reihe von Kohle produzierenden Ländern bereits ein Überschuß von Kohle über den eigenen Bedarf geltend; es ist ja bekannt, daß in einigen Ländern beim Kohlenbergbau mehrere Feiertagen im Monate eingelegt werden müssen, da ein Absatz für die gewonnene Kohle nicht mehr vorhanden ist.

Leider ist jedoch Österreich trotz dieser günstigeren Lage des allgemeinen Weltkohlenmarktes nicht instande, sich die nun verfügbare Kohlenmenge zu beschaffen, da der Tiefstand unserer Währung die Preise dieser Kohle derart hoch erscheinen läßt, daß

sie nur von einigen wenigen Exportindustrien verwendet werden kann. Hierzu kommt noch die Schwierigkeit des Transportes dieser Kohle durch die Durchzugsländer, die derart groß ist, daß nur beschränkte Mengen nach Österreich eingeführt werden können. So ist es gerade in den letzten Tagen gelungen, wenn auch geringe Mengen aus neuen Herkunftsgebieten, unter anderen aus Holland, für Österreich zu beschaffen.

Auch in der Tschecho-Slowakei macht sich bereits ein Überschuß insbesondere an minderwertiger Braunkohle bemerkbar, deren Ausfuhr nach Österreich jedoch nur unter Bezahlung namhafter Exportprämien bewilligt ist, so daß auch der Bezug aus diesem nahen und natürlichen Herkunftsgebiet zum Teile auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt.

Es ist jedoch zu hoffen, daß durch den in den Exportländern immer steigenden Überschuß der Kohlenproduktion über den eigenen Bedarf auch die Preise der Kohle noch weiter sinken werden, so daß ihr Bezug, zumal im Falle der Besserung unserer Währung, allmählich für immer weitere Kreise in Österreich ermöglicht werden wird.

Die Hauptaufgabe allerdings wird nach wie vor bleiben, aus den natürlichen Herkunftsgebieten mit günstiger Frachtenlage für Österreich größere Kohlenmengen zu erwerben und es ist zu erhoffen, daß dies bei dem von mir geschilderten Stand der allgemeinen Weltkohlenlage allmählich in immer reichlicherem Maße möglich sein werde.

Ein wichtiges Mittel zur Beseitigung der durch die Kohlenknappheit geschaffenen Situation ist der Ausbau der Wasserkräfte. Mit Hilfe des elektrischen Stromes wird es uns gelingen, durch Umstellung der dormalen mit Dampfkraft betriebenen industriellen Anlagen auf elektrischen Betrieb einen nennenswerten Kohlenersparnis zu erzielen, die unserer Handelsbilanz außerordentlich zugute kommen wird. Darüber hinaus bedarf unser Gewerbe und unsere Landwirtschaft einer billigen Kraftquelle, als welche sich die aus Wasserkraft gewonnene elektrische Energie auch deshalb besonders eignet, weil ihre leichte Verteilbarkeit es auch den Kleinbetrieben ermöglicht, sich der mechanischen Kraft zu bedienen.

Ich habe es daher seit langem als eine meiner wichtigsten Aufgaben betrachtet, alles vorzutreiben, um den Ausbau der heimischen Wasserkräfte in die Wege zu leiten und zu unterstützen.

Durch die Initiative der Staatsverwaltung, einzelner Gemeinden und Interessenten war es möglich, kleinere Wasserkräfte mit einheimischem Kapital auszubauen. Weiters wurde Vorsorge dafür getroffen, daß die Kraftanlagen, welche dem elektrischen Betrieb einiger Hauptbahnlinien zu dienen berufen sind, durch Beistellung staatlicher Mittel ausgeführt werden können.

Soll aber der Ausbau unserer Wasserkräfte großzügig erfolgen, so werden hierfür infolge der außerordentlichen Steigerung der Kosten für Baumaterialien und Arbeitslöhne in den letzten Jahren so bedeutende Kapitalien erforderlich, daß es nahe-liegend war, zu versuchen, hierfür ausländisches Kapital — selbstverständlich bei Festhaltung aller aus österreichischem Interesse zu stellenden Forderungen in bezug auf Verwendung einheimischer Arbeitskräfte und Baumaterialien sowie hinsichtlich der Strompreisbildung — für diese Anlagen heranzuziehen. Es wurde daher mit mehreren ausländischen Finanzgruppen, welche ein besonderes Interesse für die gegenständliche Frage bekundeten, in Fühlung getreten, doch sind die Verhandlungen über Vorbesprechungen noch nicht hinausgediehen und stehen auch abschließende Vereinbarungen für die nächste Zeit kaum zu erwarten. Unsere Industrie bedarf aber dringend einer Ersatzkraft für die Kohle und es geht nicht an, weiterhin die Frage des Ausbaues der Wasserkräfte an die Gewährung von Auslandskrediten zu binden.

Es muß daher dringend getrachtet werden — und ich hoffe, daß dies bei einigem Entgegenkommen der hierbei interessierten Kreise auch gelingen werde — den Ausbau einer kleineren Gruppe von Wasserkräften, welche geeignet ist, den dringendsten Bedarf von Industrie und Gewerbe sowie der Landwirtschaft zu befriedigen, mit heimischem Kapital in die Wege zu leiten. Dadurch soll keineswegs eine großzügige Aktion, eventuell bei späterer Heranziehung von Auslandskapital, unter-bunden werden; im Gegenteil würde die Inan-griffnahme einzelner Wasserkraftwerke mit österreichischem Gelde gewiß dazu beitragen, die Verwirklichung des Gesamtprogrammes zu erleichtern.

Wenn ich im Laufe meiner vorhergehenden Ausführungen die Maßnahmen besprochen habe, die zur Wiederbelebung und Erstarkung unserer Produktion dienen sollen, so wird zur Erreichung dieses Zieles auch noch die Sicherstellung einer weiteren Vorbedingung geschaffen werden müssen, und zwar die Bereitstellung der erforderlichen Verkehrswege, um die Überführung der erzeugten Produkte in den Handel, sei es nun für das In- oder Ausland, gewährleisten zu können. In erster Linie kommen dabei wohl die Hauptverkehrsstränge, also insbesondere die Eisenbahnen, in Betracht; nicht mindere Sorgfalt jedoch wird auch den Wasserwegen, die ja vor allem geeignet sind, die Benutzung von Massentransportmitteln zu gestatten, zuzuwenden sein und nicht zuletzt wird eine entsprechende Obsorge den Landstraßen gewidmet werden müssen, zumal ja letzteren immer die Bedeutung einer organischen Ergänzung der Eisenbahnverkehrswege inne-gewohnt hat.

Was die gesetzliche Regelung der Straßen anbelangt, so verweise ich auf den von der Regierung jüngst eingebrachten Gesetzentwurf über die Bundesstraßen.

Die Bedeutung der Landstraßen in des Wortes allgemeinstem Umfange hat nun in den letzten Dezennien durch den stürmischen Aufschwung des Kraft-fahrwesens sowohl für den Personen- als den Lastenverkehr eine wesentliche Erhöhung erfahren. Wenn auch in der Vorkriegszeit bei allen in Betracht kommenden Stellen das Bestreben vorhanden war, den Zustand der Straßen diesen neuen Verkehrsbedürfnissen möglichst anzupassen, so wird nunmehr dieses Bestreben infolge unserer derzeitigen traurigen finanziellen Verhältnisse in der stärksten Weise beeinträchtigt, ein Umstand, der sich um so empfindlicher fühlbar macht, als die Straßen während des Krieges und wegen mangelhafter Erhaltung stellenweise in einen geradezu desolaten Zustand geraten sind. Ich werde mich jedoch bemühen, mit allem Nachdruck auf eine Besserung der in diesem Belange immer unhaltbarer gewordenen Verhältnisse hinzuwirken, damit nicht durch eine allzu große Vernachlässigung dieser insbesondere auch für die Appropositionierung in erster Linie in Betracht kommenden Verkehrswege vitale Bedürfnisse unseres Wirtschaftslebens beeinträchtigt werden.

Was nun die Ausgestaltung unserer Wasserwege anbelangt, so kann, so sehr dies wünschenswert wäre, mit Rücksicht auf unsere finanzielle bedrängte Lage von einem größeren Investitionsprogramm derzeit natürlich nicht gesprochen werden. Um so mehr jedoch wird es unsere Pflicht sein, zumindestens die natürlichen Wasserwege, die schon derzeit einen Schiff- oder Floßverkehr aufgewiesen haben, in jenem Zustand zu erhalten, der das unbedingte Minimum, Sicherstellung geordneter Flußverhältnisse bildet, um insbesondere die erforderliche Vorbedingung zu schaffen, wenn sich künftig die Möglichkeit oder die Notwendigkeit ergeben sollte, solche Wasserläufe für einen intensiveren Schiffsverkehr auszugestalten. Für eine ordnungsgemäße Erhaltung der Wasserläufe sprechen auch noch jene Rücksichten, die die Steigerung der Produktion auf landwirtschaftlichem Gebiete zum Ziele haben, das ist die systematische Flußregulierung, und unbedingt erforderlich sind, um die längs des Flußlaufes sich ausdehnenden Kulturgünde vor den Verheerungen der Hochwässer zu schützen.

Im besonderen wird dabei unsere Fürsorge der Erhaltung und weiteren Ausgestaltung des Großschiffahrtsweges zugewendet werden müssen, nicht nur weil es dabei gilt, die Bedeutung, die Wien bereits gemäß seiner natürlichen günstigen geographischen Lage als Binnenschiffahrtshafen hatte, zu erhalten, sondern insbesondere auch darum, weil die Donau als nunmehr internationaler Verkehrsweg

eine noch höhere Bedeutung für unser Vaterland erlangen wird, als dies schon bisher der Fall war.

Unsere äußere Handelspolitik ist heute im wesentlichen zu einer Ein- und Ausfuhrverbotspolitik geworden. Ich muß dies im Gegensatz zur Frau Abgeordneten freundlich feststellen, ich muß es mit Bedauern feststellen, aber wir konnten uns dem Zwange der realen Verhältnisse, dem Druck der Politik der Nachbarstaaten nicht entziehen. Aus dem Kriege haben wir ein System der Ein- und Ausfuhrverbote gegenüber dem Auslande übernommen, den Nachbarstaaten gegenüber haben wir aber unseren Markt offen gehalten. Nicht wir haben die Zollgrenze ihnen gegenüber aufgerichtet, wir sind diesen Maßnahmen der anderen nur gefolgt. Wir haben die Einfuhr aus den Nationalstaaten noch lange vollkommen frei zugelassen, während unser Import dorthin auf die Schranken der Einfuhrverbote stieß. Der Friedensvertrag legte uns nun die Verpflichtung zur gleichmäßigen Behandlung aller Signatarstaaten auf und da wir von unserem System der Verkehrsbeschränkungen gegenüber dem Auslande mit Rücksicht auf dessen Verbotsystem, insbesondere jenes Deutschlands, nicht abgehen konnten, mußten wir auch gegenüber den Nationalstaaten die bisherige Einfuhrfreiheit im Jänner aufheben. Wir haben gleichzeitig unsere Verbotsliste sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr revidiert und soweit wie möglich die früheren Verbote stark abgebaut. Doch auch die heutigen Verbote erfahren in der Praxis durch eine sehr liberale Handhabung wesentliche Einschränkungen. Wir wären, ich wünsche dies hier ausdrücklich festzustellen, für die weitestgehende Befreiung des Außenverkehrs von den gegenwärtigen Fesseln, doch erscheint es den beteiligten Kreisen als ein unerträglicher Zustand, selbst die Freiheit der Einfuhr zu gewähren und beim Export Verkehrschränken nicht überwinden zu können. Ich fühle mich zu diesen Darlegungen auch mit Rücksicht auf die Bemerkungen veranlaßt, die ein englischer Politiker im englischen Unterhause gelegentlich einer Debatte über den internationalen Handel gemacht hat. Nach den vorliegenden Zeitungsmeldungen hat dieser Politiker seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die englische Hilfe an die Bedingung geknüpft werden solle, daß Österreich von seiner unvernünftigen Finanz- und Handelspolitik abgehe, Österreich müsse sich entschließen, in wirklichem Frieden mit seinen Nachbarn zu leben und das sinnlose System zu ändern, das es schwieriger macht, Güter aus Österreich in die Nachbarländer zu verschicken, als sie um die halbe Erde zu versenden. Aus meinen früheren Darlegungen werden Sie entnehmen, daß wir gegenüber den Nachbarstaaten gewiß nicht Krieg geführt haben, die Abschließungsmaßnahmen die längste Zeit nicht erwidert

haben, daß es uns also an Entgegenkommen gewiß nicht gefehlt hat. Auch was die Ausfuhr anbelangt, ist unsere Verbotsliste auf das Minimum dessen reduziert, was wir angesichts der fremden Ausfuhrverbote zur Erhaltung der unumgänglichen notwendigen Rohstoffe und Verbrauchsartikel für die eigene Wirtschaft tun mußten.

Zur Erleichterung des wechselseitigen Verkehrs haben wir die von Ihnen bereits verabschiedeten Handelsübereinkommen mit dem jugoslawischen Staat, mit Rumänien und Deutschland geschlossen und ich konstatiere, daß dies schon unter dem neuen Regime erfolgt ist. Der ungarische Vertrag harret noch der Genehmigung durch die ungarische Regierung, er ist aber fix und fertig. Mit besonderer Freude begrüßen wir es, daß wir uns in den nächsten Tagen mit den Unterhändlern der tschechischen Regierung zusammenfinden, um einen Handelsvertrag abzuschließen. Mit großer Befriedigung kann ich feststellen, daß nach den mir bei meinem Besuche in Prag gemachten Äußerungen seitens der tschechischen Regierung dort der gleiche Wunsch nach möglichstster Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs besteht wie bei uns. Wir hegen daher die sichere Erwartung, zu einem die beiden Staaten befriedigenden Übereinkommen zu gelangen, das der Bedeutung und der Wichtigkeit unserer Verkehrsbeziehungen entspricht.

Wir begrüßen auch die geplanten Verhandlungen in Portorož, die einen weiteren und hoffentlich großen Schritt in der Richtung der Abkehr von den bisherigen Verkehrsbeschränkungen bringen sollen.

Was die Frage der Zölle anbelangt, so scheint sich eine internationale Wandlung vorzubereiten. Der deutsch-schweizerische Vertrag ist nach einer Pressemeldung gekündigt worden, und zwar sollen insbesondere die Vertragstarife dieses Vertrages außer Kraft treten. Wir müssen damit rechnen, daß — wie dies auch in unserem Handelsvertrag mit Deutschland vorgesehen ist — auch unsere mit Deutschland vereinbarten Vertragstarife gekündigt werden. Da die gegenwärtig außerordentlich fluktuierenden Wirtschaftsverhältnisse internationalen Vereinbarungen über Zollsätze wenig günstig sind, werden wir voraussichtlich und fürs erste mit einer autonomen Zollpolitik rechnen müssen. Ohne der Entscheidung des hohen Hauses vorgreifen zu wollen, kann ich doch meiner Ansicht dahin Ausdruck geben, daß unsere Zollpolitik selbstverständlich unter billiger Berücksichtigung der Interessen unserer Inlandsproduktion sich doch mehr in einer liberalen Richtung bewegen müssen. Dazu drängt uns das Interesse am Export, das sich in unserem kleinen Staate mit seinem beschränkten inneren Absatzgebiete viel mehr geltend macht als früher, da unsere Erzeugung in dem Gebiete der alten Monarchie einen wenigstens im allgemeinen ausreichenden Absatz besaß.

Ich komme nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf die staatlichen Industriewerke zu sprechen.

In dem nach dem Stande vom 1. Jänner 1921 aufgestellten Nachtragsvoranschlag 1920/21 für die staatlichen Industriewerke, das sind die Betriebe Arsenal, Fischamend, Klosterneuburg, Wöllersdorf und Wörth, sind die Einnahmen mit 953 Millionen Kronen, die Ausgaben mit 1.280, letztere somit um 327 Millionen Kronen höher als die Einnahmen angesetzt. Für diese Werke wurden in der Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 30. November 1920 seitens der Staatsverwaltung 380,5 Millionen Kronen an Zuschüssen geleistet, denen 136,3 an Guthabungen der Werke gegenüberstehen, so daß 244,2 Millionen Kronen als Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen verbleibt. Welcher Teilbetrag dieses Ausgabeüberschusses durch den Wert der Vorräte an Rohmaterialien, Halb- und Fertigfabrikaten gedeckt ist, wird durch die noch in Aufstellung begriffene Bilanz pro 31. Dezember 1920 festgestellt werden.

Es ist selbstverständlich, meine verehrten Damen und Herren, daß ein derartiger Betrieb die stete Sorge des betreffenden Ressortministers bilden mußte, und daß ich daher getrachtet habe, die staatlichen Industriewerke auf eine andere Basis zu stellen. Es ist mir ja nach langwierigen Verhandlungen gelungen, eine Form zu finden, die, wie ich glaube, für die nächste Zeit die geeignetste und zweckmäßigste ist. Ich möchte aber die Errichtung der gemeinwirtschaftlichen Anstalt nicht als politischen Erfolg einer einzigen Partei angesehen wissen, sondern als eine im Zuge der Verhältnisse gelegene Reform dieser staatlichen Industriewerke.

Die gemeinwirtschaftliche Anstalt für den Arsenalbetrieb wird unter der Firma „Österreichische Werke, gemeinwirtschaftliche Anstalt“ mit einem Kapital von 550 Millionen Kronen errichtet, wovon 250 Millionen Kronen auf Anlagen und Vorräte entfallen, 200 Millionen Kronen vom Staate in barem eingezahlt und 100 Millionen Kronen durch die Anstalt im Kreditweg aufzubringen sind. In der Verwaltung werden neben den beteiligten Ressorts die in Betracht kommenden Gewerkschaften, die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten und wichtige Konsumentenvereinigungen vertreten sein. Der Schätzungswert der Anlagen und Vorräte stellt sich zwar höher als der Betrag, mit dem diese im Gesellschaftskapital figurieren, und zwar auf 550 statt 250 Millionen Kronen.

Hier möchte ich festhalten, daß ja die gemeinwirtschaftliche Anstalt nach wie vor im staatlichen Eigentum verbleibt, daß es also keine Verschleuderung von Staatsvermögen bedeutet, sondern daß die Werke nach wie vor Eigentum des Staates bleiben und daß nur die Betriebsführung durch die gemein-

wirtschaftliche Anstalt vorgenommen wird. Ich muß dies deshalb festhalten, weil speziell in letzter Zeit in der Presse Angriffe erfolgt sind und von der Verschleuderung staatlichen Eigentums gesprochen wird. Nun möchte ich noch folgendes festhalten: Es ist außerordentlich schwierig, Schätzungen bei einem derartigen Betriebe vorzunehmen. Wir müssen uns naturgemäß von unserem Standpunkte aus folgende Probleme vor Augen halten: Erstens soll die Existenz der Arbeiterschaft sichergestellt werden, zweitens soll der Betrieb deshalb rentabel sein, um die Zuschüsse des Staates zu ersparen. Und um das zu erreichen, kann ich naturgemäß die Schätzungen nicht nach den heutigen abnormalen Verhältnissen vornehmen. Wenn es in den Intentionen des hohen Hauses gelegen gewesen wäre, die staatlichen Industriewerke tatsächlich zu verschachern, wenn mir mit einem Worte die Möglichkeit geboten gewesen wäre, jede einzelne Maschine zu verkaufen, so garantiere ich Ihnen, daß ich einige Hundert Millionen mehr herausgeschlagen hätte, aber das ist doch nicht der Zweck der Übung. Wir haben ja nicht die staatlichen Industriewerke deshalb übernommen, um dann einen Schüppel schlechter Kronen einzutauschen, sondern wir haben ein Interesse daran, daß der Betrieb aufrechterhalten werde, daß die Existenz der Arbeiter sichergestellt werde, auf der andern Seite aber die Zuschüsse, die bisher der Staat zu leisten verpflichtet war, entfallen. (*Bravo!*)

Für die staatlichen Industriewerke Fischamend und Wörth ist die Errichtung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen in der Form von Aktiengesellschaften geplant, an deren Kapital und in deren Verwaltung der Staat mit 40 Prozent beteiligt sein wird. Die Anlagen werden vom Staate in diese Gesellschaften zu einem Preise eingebracht werden, der dem Doppelten des zuletzt festgestellten Schätzungswertes entspricht. Das gleiche ist, abgesehen von gewissen Kategorien älterer Materialien, die zum einfachen Schätzwert eingebracht werden, hinsichtlich der Materialvorräte der Fall. Die Gesellschaften treten mit dem Tage der Betriebsübernahme in alle bestehenden Arbeits- und Dienstverträge ein, auch haben die privaten Gründungsproponenten die Sorge für die Beschaffung des weiteren Kapitalbedarfes der Unternehmungen übernommen. Der Staat wird demnach zu diesen Betrieben keine weiteren Zuschüsse mehr zu leisten haben, vielmehr verspricht die Verbindung mit den privaten Unternehmern und das für die Betriebe in Aussicht genommene Arbeitsprogramm lohnende Beschäftigung für die Betriebe und einen steigenden Nutzertrag für den Staat.

Sowohl bei der gemeinwirtschaftlichen Anstalt für das Arsenal als bei den Gesellschaften für Fischamend und Wörth wird den Arbeitern und Angestellten eine entsprechende Gewinnbeteiligung eingeräumt sein.

Die beabsichtigte Umwandlung der Werke Arsenal, Fischamend und Wörth wird der österreichischen Sektion der Reparationskommission über deren Ersuchen zur Kenntnis gebracht werden.

Die Vorarbeiten für eine entsprechende Umgestaltung der restlichen Betriebe in Wöllersdorf und Klosterneuburg befinden sich seit längerer Zeit ebenfalls im Zuge und werden so rasch als möglich zum Abschlusse gebracht werden. Ich bemerke, daß bei allen diesen Verhandlungen stets das Einvernehmen mit den politischen Parteien und den interessierten Faktoren gepflogen worden ist.

Das muß ich auch hier festhalten, weil in einigen Zeitungen, die die Absicht haben, da außerordentlich störend einzugreifen, behauptet wurde, ich hätte den Ministerrat und die Nationalversammlung hinterücks überfallen und hätte hinter dem Rücken der maßgebenden Faktoren die Industriewerke verschleudert.

Ich konstatiere hier, daß diese Transaktionen im vollen Einvernehmen mit den von den einzelnen Parteien namhaft gemachten Personen durchgeführt worden sind und daß alle diese Verhandlungen die Zustimmung der Vertreter der Parteien gefunden haben.

Die Sachdemobilisierung ist nunmehr so weit vorgeschritten, daß mit aller Zuversicht ihre rasche Abwicklung gewärtigt werden kann. Das Haupthindernis, das bisher die Tätigkeit der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung gelähmt hat, nämlich die im Herbst vorigen Jahres vollzogene Beschlagnahme der Sachdemobilisierungsgüter, die von den militärischen Kommissionen nicht als Kriegsmaterial betrachtet sind, ist der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung schon freigegeben worden. Das übrige zur Verwertung im Inlande bestimmte Material beabsichtigt die österreichische Sektion der Reparationskommission uns zu angemessenen Schätzpreisen zu überlassen; sie hat zu diesem Zweck ein eigenes Liquidationsbureau eingerichtet, das insbesondere auch bezüglich der Schätzungen im Einvernehmen mit österreichischen Funktionären vorgehen soll. Dieses Bureau hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen und es steht zu hoffen, daß nunmehr das gesamte Material in wenigen Wochen zur freien Verfügung der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung stehen wird. Der Liquidation dieser Anstalt wird sodann nichts mehr im Wege stehen.

In der Frage der Abtragung, beziehungsweise Umwandlung der Bauten auf dem Flugfeld, ist in allerjüngster Zeit auf Grund der von uns geführten Verhandlungen von der interalliierten Kontrollkommission eine Note eingelangt, welche ich auch hier erwähnen möchte.

Der Friedensvertrag von Saint-Germain schreibt bekanntlich vor, daß Österreich alle zur Aufnahme von Flugzeugen dienenden Hangars und Hallen aus-

zuliefern habe. Die Bemühungen der Regierung, insbesondere die Hangars auf dem Flugfeld in Wiener Neustadt für industrielle Zwecke unter der Bedingung zu erhalten, daß sie in einer Weise umgearbeitet werden, die ihre weitere Benutzung für Flugzeuge unmöglich gemacht hätte, sind bekanntlich gescheitert. Dagegen haben wir wenigstens in finanzieller Hinsicht bei der interalliierten Kontrollkommission größeres Entgegenkommen gefunden. Nach den ursprünglichen Absichten hätten die übrigen, noch auf den Flugfeldern belassenen Objekte der österreichischen Regierung nur unter der Bedingung zur Verfügung gestellt werden sollen, daß sie sich zur Zahlung des mit vielen Millionen bezifferten Schätzwertes hierfür verpflichtete. Davon hat die Kommission nunmehr Abstand genommen. Die Baulichkeiten und Materialien verbleiben daher unentgeltlich im Besitze der österreichischen Regierung, wodurch dieser auch die Auseinandersetzung über diese Frage mit den lokalen Faktoren wesentlich erleichtert werden dürfte.

Die Fortführung des Betriebes der gewerblichen Staatslehranstalten begegnet mannigfachen Schwierigkeiten sowohl sachlicher wie auch persönlicher Natur. Der Unterrichtsbetrieb, insbesondere die Beheizung und Beleuchtung der Schulen und der Werkstättenbetrieb (Beschaffung des Rohmaterials, Nachschaffung von Werkzeugen und Maschinen, Stromkosten und dergleichen mehr) erfordern infolge der sprunghaften Steigerung aller Preise Summen, die gelegentlich der Erstellung des Präliminaries nicht vorausgesehen werden konnten. Auch die Gewinnung neuer Lehrkräfte, insbesondere der für die gewerblichen Lehranstalten in erster Linie in Betracht kommenden technischen Lehrkräfte (Ingenieure und Werkmeister) stößt auf die größten Schwierigkeiten, weil diese Kräfte heute in der Industrie Bezüge erhalten, die ihnen im Staatsdienste auch nicht annähernd geboten werden können.

Die gewerbliche Unterrichtsverwaltung war bestrebt, diesen Schwierigkeiten durch Anforderung von Nachtragskrediten möglichst zu begegnen, und hofft, trotz der geschilderten Ungunst der Verhältnisse, den Unterricht bis zum Ablaufe des Schuljahres ohne wesentliche Störungen aufrecht erhalten und das Lehrziel erreichen zu können. Für das nächste Schuljahr wird durch Einstellung entsprechend erhöhter Beträge die Fortführung des Unterrichtes, soweit menschliche Voraussicht reicht, gesichert werden können.

Die gleichen Schwierigkeiten, wie an den staatlichen gewerblichen Lehranstalten, stellen sich auch bei den gewerblichen Fortbildungsschulen und bei den staatlich subventionierten einschlägigen Privatlehranstalten, insbesondere bei den Frauenberufsschulen in erhöhtem Maße ein, da die Beitragsleistungen der schulerhaltenden Faktoren nur in ganz unzureichendem Ausmaße erfolgen und

eine ausreichende Erhöhung der Schulgebühren nicht möglich ist. Ich war daher genötigt, auch für diese Schulen Nachtragskredite anzusprechen, welche die gewerbliche Unterrichtsverwaltung in die Lage versetzen sollen, den Weiterbestand dieser Schulen unter den jetzigen enormen Schwierigkeiten durch erhöhte staatliche Subventionen und durch Übernahme der Bezüge eines Teiles der Lehrkräfte zu gewährleisten.

Aus meinen Ausführungen werden Sie, sehr geehrte Herren, entnommen haben, daß der Wiedergesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sich zwar noch große Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Arbeitsfreudigkeit, welche allenthalben mit großer Befriedigung festgestellt werden kann, und das Verständnis, welches die zunächst interessierten Kreise, Unternehmer und Arbeiter, den besonderen Schwierigkeiten unserer heimischen Wirtschaft entgegenbringen, lassen aber die berechtigte Hoffnung zu, daß es der Regierung mit Unterstützung aller Parteien des Hauses und der Interessenten, Arbeiter wie Unternehmer, in raschloser Mühe gelingen werde, der weiteren Besserung in der nächsten Zeit die Wege zu ebnen.

In diesem Sinne empfehle ich dem hohen Hause die Annahme des Budgets des mir anvertrauten Ressorts. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Reuhöfer; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Reuhöfer: Hohes Haus! Neben dem Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“, das wir heute abgeschlossen haben, steht wohl in erster Linie das Kapitel für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten. Es ist von meinen Herren Vorrednern von sozialdemokratischer und von großdeutscher Seite hauptsächlich nur auf die Industrie hingewiesen worden. Vom Handwerk und vom Handelsstande war überhaupt nicht die Rede. Es ist leicht erklärlich, warum dies geschehen ist; ich werde in meinen Ausführungen noch darauf zurückkommen, wie sich die Sache eigentlich verhält. Wir können es begrüßen, daß die Regierung in ihrem Voranschlag Geldsätze zur Hebung des Handels- und Gewerbestandes eingesetzt hat. Wir müssen aber immerhin doch zugeben, daß dieser Betrag, der im Voranschlag festgesetzt ist, zu wenig ist, die heutige Wirtschaft, den heutigen Handel und das Gewerbe heben und fördern zu können, wie wir es wünschen. Ich muß mich auf ein eigenes Kapitel verlegen, das hauptsächlich die sogenannten Kleingewerbetreibenden betrifft. Diesen Kleingewerbetreibenden, über die von gewisser Seite in abfälliger Weise gesprochen wird, müssen wir in erster Linie unser Augenmerk zuwenden. Man hat in der Ver-

gangenheit gehört, welche Drangsalierungen die Kleingewerbetreibenden in der Kriegszeit und in der jetzigen Übergangszeit erleiden mußten. Gewiß hat die Regierung ihr Augenmerk darauf gerichtet, diesen Kleingewerbetreibenden durch die Ausbildung in Fortbildungsschulen zu helfen, damit die Lehrlinge und Gehilfen, die sich dem Kleingewerbe widmen, auch theoretisch ausgebildet werden und sich in den Fortbildungsschulen Kenntnisse aneignen können. Wenn wir die Handwerker, die in der Kriegszeit so viel zu leiden hatten, betrachten, so müssen wir zugeben, daß es höchste Zeit ist, für die Leiden der Handwerker und des Handelsstandes Abhilfe zu schaffen. Wenn wir uns die Sache näher anschauen, so müssen wir bemerken, daß dem Handwerkerstand auch von seiten der sozialdemokratischen Arbeiter, respektive von ihren Führern große Hindernisse bereitet werden. *(Lachen.)* Wir haben leider die Erfahrung gemacht, daß durch die Errichtung von Großwarenhäusern, fabrikmäßigen Handwerksbetrieben, dem Mittelstand, der sich aus dem Handels- und Handwerkerstand rekrutiert, die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, so daß mancher aus diesen Ursachen, wie die Vergangenheit gezeigt hat, nicht mehr konkurrenzfähig ist. Die großen Warenhäuser, die von Juden, von jüdischem Geld unterstützt und aus parteipolitischen Gründen auch mit Parteigeldern unterstützt werden, sind die eigentlichen Schädiger des Handwerkers und des Handlungstreibenden, des sogenannten Mittelstandes. Wir haben Beweise genug dafür, daß gerade von der Sozialdemokratie das Handwerk am meisten unterdrückt wird durch die Führung von geheimen Aktiengesellschaften, wie man sie nennen möchte, und die Errichtung von großen Warenhäusern, die ihm die größten Hindernisse bei der Erwerbung des Lebensunterhaltes in den Weg legen. *(Gelächter und Zwischenrufe.)* Sie können lachen, wie Sie wollen, meine Herren, es ist und bleibt so. Wir haben genaue Erfahrungen in dieser Beziehung. Es ist eine traurige Tatsache, daß heute noch die Arbeiter nicht zur Besinnung gekommen sind und sich von ihren Obergengenossen an der Nase führen lassen, obwohl sie genau wissen, daß sie durch die Errichtung von großen handwerksmäßigen Fabriksbetrieben — ich sage nichts gegen diejenigen, welche dem Export dienen, sondern meine nur diejenigen, die den Inlandsbedarf decken — durch diese ihre Obergengenossen mit der Zeit in das größte Unglück gestürzt werden können. *(Lachen. — Rufe: Hört!)* Die unbeschränkte Freiheit im Handwerksbetrieb ist der gefährlichste Konkurrent für den Mittelstand, für den Handwerker. Wenn wir uns zum Beispiel die Schuhfabriken ansehen, so müssen wir zugeben, daß gerade durch die Massenerzeugung dieser Fabriken eine Qualität geliefert wird, die die Allgemeinheit schädigt, und durch diese Massenproduktion von

Waren minderer Qualität und die dadurch ermöglichten Arbeiterentlassungen stellt sich auch ein Schaden für die Arbeiter selbst heraus. *(Gelächter und Zwischenrufe.)*

Die Frau Abgeordnete Freundlich hat betont, daß in den Wählerversammlungen von christlichsozialer Seite der wirtschaftliche Aufbau in unserem Staatswesen in die Welt hinausposaunt wurde.

Wenn wir auf Sie warten würden, meine Herren, daß von Ihrer Seite der Wiederaufbau kommt, so würden wir sehen, daß der Mittelstand, der Handwerker, der legitime Handels- und Gewerbetreibende auf dem Boden liegen, wodurch Sie sich zu Ihrer persönlichen Freude die Sache sehr zunutze machen könnten. *(Gelächter.)* Wir wissen sehr gut, aus welchem Grund Sie darüber lachen, aber wir sind zur Einsicht gekommen, daß die Vergangenheit uns gelehrt hat, daß wir uns fest zusammenschließen müssen, um Ihnen entgegentreten zu können. *(Lachen.)* Wir werden unter Mithilfe der Regierung die Berufsgenossenschaften heranzubilden trachten, um mit dieser Organisation durch Ankauf von Rohstoffen und verschiedenen anderen Materialien das Mögliche leisten zu können. Wir werden auch trachten, daß wir im Wege der Berufsgenossenschaften Verbindungen erlangen und dadurch verhindern, daß sich andere Elemente einschleichen, welche sich diese Sachen leicht zunutze machen würden.

Was die Beziehungen zum Auslande betrifft, von denen auch die Abgeordnete Frau Freundlich hervorgehoben hat, daß sie gefestigt werden sollten, so möchte ich bemerken, daß es im Wege einer Sozialisierung nicht möglich sein wird, das Vertrauen des Auslandes uns gegenüber zu erwecken. Wir haben genug Erfahrungen, und wenn uns eingewendet wird, daß die zentrale Bewirtschaftung heute noch notwendig ist, so muß ich sagen, daß sie nicht auf lange Zeit bestehen kann, wenn wir uns aufrecht erhalten wollen. Ich gebe zu, daß man die Zentralen nicht über Nacht wegschaffen kann, aber ich glaube, es müßte von jedem anerkannt werden, daß es notwendig ist, nach und nach die freie wirtschaftliche Betätigung herbeizuführen. Wir haben Beweise, daß sich das Privatkapital im Ausland leichter Kredit verschafft, als es heute die Regierung zu tun in der Lage ist, obwohl sie ihr Möglichstes tut. Aber die Valutabeschaffung ist dem einzelnen legitimen Kaufmann leichter möglich als der Regierung, weil dieser nicht auf die Opposition Ihrer Partei stützt, während die Regierung jederzeit Hindernisse von Ihrer Partei zu gewärtigen hat. *(Gelächter.)*

Wenn ich auf das Gebiet der Betriebsräte zu sprechen komme, so haben wir da ein Kapitel, bei dem sich zeigen läßt, wie verderblich diese auf

den Handwerkerstand einwirken. Wenn die Betriebsräte sich nur in der Großindustrie eingenistet hätten, so könnte man sich weniger darüber aufhalten, aber, daß sich auch in den kleinen Fabriken, die ja eigentlich zum Handwerk gehören, Betriebsräte finden, ist ein Fehler, der sich mit der Zeit schwer an uns rächen wird. Viele Gewerbetreibende wären in der Lage, ihr Geschäft zu vergrößern, aber die Furcht davor, daß ihnen Betriebsräte hineingesetzt werden, hindert sie daran, dies zu tun, *(Gelächter.)* denn der Geschäftsmann wird es sich wohl überlegen, sich durch jemanden in seinem Geschäftsbetrieb hindern zu lassen, dem er nicht gewogen sein kann und der ihm in jeder Beziehung Schwierigkeiten in den Weg legen kann.

Was die Worte des Herrn Abgeordneten Zeidler betrifft, so müssen wir tatsächlich sagen, daß die Vorteile, welche einer erringt, oft zum Schaden eines andern ausgenutzt werden. Darin muß ich ihm vollkommen recht geben. Wir sehen, daß heute in allen Werkbetrieben gejammert wird, am meisten von den Arbeitern. *(Lachen.)* Wenn wir aber die Sache bei Licht betrachten, so werden wir finden, daß der Mittelstand und der Handwerker verhältnismäßig weniger verdienen, als der Arbeiter. Wir haben jetzt die Erfahrung gemacht, daß bezüglich der Brotpreisstaffelung, welche die Arbeiter zusammen mit der Industriekonferenz vereinbart haben, die Arbeitgeber verpflichtet werden, für die Arbeitnehmer den Differenzbetrag für die mittleren und unteren Klassen im Betrage von 50 K auf sich zu nehmen. Wenn wir uns diese Sache etwas näher anschauen, so ist sie geradezu lächerlich. *(Zwischenrufe.)* Selbstverständlich ist es Ihnen vielleicht angenehm. Wenn wir die Industrie im großen und ganzen betrachten, so müssen wir sagen, daß es für diese eine Spielerei ist, wenn sie für die Arbeiter wöchentlich einen Differenzbetrag von 50 K auf das Brot draufzuzahlen hat. Aber schauen Sie sich einmal die Betriebe auf dem Lande an, schauen Sie sich die Bauarbeiter an, welche keinen ganzjährigen Betrieb haben. Wie kommt zum Beispiel ein Bauhandwerker dazu, einen Differenzbetrag von 50 K wöchentlich zu bezahlen, wenn er vielleicht wegen einer Regenperiode oder als Saisonarbeiter nur in der Lage ist, wöchentlich statt 48 Stunden nur 20 Stunden zu arbeiten? Wenn man die Bezahlung dieses Differenzbetrages nach den Arbeitsstunden vornehmen würde, so würde das noch angehen, aber einen Wochenbeitrag von 50 K zu bezahlen, ist niemand imstande. Wir wissen, daß die Abmachungen auf der freien Industriekonferenz und die Pläne, welche man dort ausgeheckt hat, über die Köpfe der Gewerbetreibenden hinweg getroffen wurden. Vergleichen wir doch die Löhne der Arbeiter mit dem Einkommen einer Witwe, die, wenn sie nicht mehr als einen bis zwei Gehilfen beschäftigt,

genötigt ist, sich einen Geschäftsführer zu halten. Das Geschäft geht flau und trägt so wenig, daß sie höchstens ein Bruttoeinkommen von 150.000 K im Jahre hat, so daß das Geschäft vielleicht einen Reingewinn von 10.000 K abwirft, während sie dem Geschäftsführer 60.000 bis 70.000 K jährlich zu zahlen hat. *(Lebhafte Rufe: Wo? — Gelächter.)* Sie lachen über solche Zustände, aber Sie wollen sonst gar nichts, als den Mittelstand zugrunde richten. Sie sprechen selbstverständlich dem Handwerkerstande alles mögliche zu und glauben, uns weismachen zu können, daß Sie ihm helfen wollen. Aber Sie wollen diesen Giftspieß, den Sie in die Senkgruben Ihrer marxistischen und sozialistischen Anschauungen hineingesteckt haben *(Lachen)*, den Arbeitern ins Herz stoßen, damit sie jederzeit gegen das Handwerk, gegen den legitimen Handels- und Gewerbestand auftreten, obwohl die Arbeiter wissen sollten, daß dieser Stand jederzeit der sicherste Hort für den Arbeiter gewesen ist. Wir geben selbstverständlich zu, daß sich auch in den Handwerksbetrieben Auswüchse geltend machen können, aber sie sind noch lange nicht so, wie sie früher in der Industrie waren. Seinerzeit gab es nicht im Handwerkerstande Quälereien und Bedrückungen der Arbeiter, sondern erst die Großindustrie hat die Arbeiter am meisten ausgenutzt. Aber das wollen Sie nicht erkennen, sondern Sie reiten immerfort noch auf dem Handwerkerstande herum und wollen ihn ganz zu Boden drücken.

Wir müssen zugeben, daß die gegenwärtigen sozialen Gesetze hauptsächlich auf Kosten des Kleingewerbestandes gemacht werden. Bei der Kranken- und Unfallversicherung hat gerade der kleine Handwerker das Bad auszugießen. Der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen hat gesagt, es ist höchste Zeit, daß die wirtschaftliche Gegenseitigkeit wieder in Erscheinung tritt. Wenn aber so gearbeitet wird, wie wir es hier sehen, wird diese Gegenseitigkeit niemals zutage treten können, denn es ist eine traurige Tatsache, daß der kleine Unternehmer es sogar vorzieht, auf seiten der Sozialdemokraten zu stehen, weil er gar nicht weiß, welchen Gefahren er sich dadurch aussetzt. *(Hört!)* Ich verurteile nicht die Organisation der Arbeiter, ich gebe sie vollkommen zu, aber die Organisation der Arbeiter darf nicht in eine Bedrückung des Arbeitgebers ausarten. Es müßte eine gewisse Gegenseitigkeit auch bei den Arbeitern vorhanden sein, aber Sie als Obergewissen sorgen schon dafür, daß niemals Zufriedenheit in den Kreisen der Arbeiter einreißt, sondern immer ein gewisser Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehe. *(Gelächter.)* Wir haben ja alles mögliche erlebt, als die Herren Genossen auf der Regierungsbank gesessen sind. Wir haben es erlebt, daß Subventionen für die Konsumvereine gegeben wurden. Es ist ja sehr einfach, auf Kosten der Gewerbetreibenden den Konsum-

vereinen Subventionen zu geben. Die Gewerbetreibenden sind die größten Steuerzahler, sie sind eigentlich sozusagen der Hort des Staates. Wenn der Mittelstand nicht diejenigen Steuern ausbringt, welche der Staat braucht, die Großindustrie und auch der Arbeiter wird sie absolut nicht aufbringen. Es ist daher auch selbstverständlich, daß der Ertrag aus diesen Steuern wieder demjenigen Stande zugute kommt, welcher die meisten Steuern dem Staate gezahlt hat. Daß aber die sozialdemokratischen Konsumvereine subventioniert werden, das ist etwas zu stark, das können wir uns auf die Länge der Zeit überhaupt nicht gefallen lassen. *(Lachen.)* Wenn die Konsumvereine kaufmännisch so gut geleitet sind, dann sollen sie in die freie Konkurrenz treten. *(Andauerndes Lachen.)* Sie haben natürlich ein Interesse daran, daß diese Subventionen vielleicht noch erhöht werden. Es macht Ihnen ja nichts, wenn der Staat in gewisse Schwierigkeiten kommt, das geniert sie nicht, sie lachen sich nur ins Häufchen. *(Gelächter.)* Sie lachen zwar, doch ist es eine traurige Tatsache, daß Ihre Konsumvereine kaufmännisch nicht so tüchtig sind, um in freie Konkurrenz treten zu können.

Durch die Tätigkeit der Industrie, des Handwerkes und des Handelsstandes wird auch die Valuta gehoben werden, auf deren Tiefstand es ja zurückzuführen ist, daß wir uns momentan in dieser schwierigen Lage befinden. Wir hoffen aber doch, daß sich diese Situation in absehbarer Zeit, wenn wieder einmal die freie Wirtschaft eingeführt wird, bessern und daß es dann dem Kaufmann und dem Handwerker möglich sein wird, Kredite und Rohstoffe zu bekommen. Dann wird sich auch unsere Valuta heben und wir werden in die Lage kommen, auch unsere Steuern und Verpflichtungen gegenüber dem Staate leichter leisten zu können.

Ich glaube mit der Annahme nicht fehlzugehen, daß das hohe Haus dem Voranschlage über das Kapitel Handel und Gewerbe seine Zustimmung geben wird. *(Bravo!)*

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter Dr. Odehnal das Schlusswort? *(Berichterstatter Dr. Odehnal: Ich verzichte!)* Herr Berichterstatter Partik? *(Berichterstatter Partik: Ich verzichte!)* Herr Dr. Schürff? *(Berichterstatter Dr. Schürff: Ich verzichte!)* Herr Dr. Waber? *(Berichterstatter Dr. Waber: Ich verzichte!)*

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Bauer zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Otto **Bauer:** Hohes Haus! Der Herr Handelsminister hat in seiner Rede eine

Bemerkung gemacht, die leicht mißverstanden werden könnte und deren Berichtigung mir daher notwendig scheint. Es ist richtig, daß, wie der Herr Handelsminister erwähnt hat, die Übertragung des Wiener Arsenal's an die neugegründete gemeinwirtschaftliche Anstalt, an die „Österreichischen Industriewerke“ auf Grund eines Einvernehmens mit den Parteien zustande gekommen ist. Sollte dagegen die Äußerung des Herrn Ministers so gemeint sein, daß alle diese Transaktionen bezüglich der staatlichen Industriewerke im Einvernehmen mit den Parteien erfolgt seien, also auch die Übertragung einiger Industriewerke an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen unter Heranziehung von Privatkapital, dann muß ich tatsächlich berichtigen, daß uns die Verträge mit dem Privatkapital keineswegs bekannt sind, daß wir daher nicht in der Lage sind, die Verantwortung für den Inhalt dieser Verträge mit der Regierung zu teilen, sondern daß die Verantwortung für diese Verwaltungsakte selbstverständlich auf der Regierung allein lastet.

Präsident: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche Kapitel 22, Titel 1, 3 und 8, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich mir erlauben, die zu diesem Kapitel und diesen Titeln abgedruckten Entschlüsse, und zwar 1 bis einschließlich 10, unter Einem zur Abstimmung zu bringen. *(Nach einer Pause):* Es erfolgt kein Widerspruch.

Ich bitte daher die Damen und Herren, welche diese Entschlüsse 1 bis einschließlich 10 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche Kapitel 22, Titel 2, 4, 5, 6 und 7, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das ist angenommen.

Was die Entschlüsse anbelangt, so entfällt eine Abstimmung über die Entschlüsse 5, weil diesbezüglich schon im Nachtrage vorgesorgt ist.

Ich bitte daher diejenigen Damen und Herren, welche die Entschlüsse 1, 2, 3, 4, 6 und 7 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über die Beschlußanträge der Abgeordneten Dr. Zeidler und Genossen. Der erste Antrag lautet *(liest):*

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Minister für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Tätigkeit der

Gewerbeförderung dort, wo die Voraussetzungen für ein sachliches Eingreifen vorhanden sind und ein praktischer Erfolg gewährleistet werden kann, auch auf die kleinere und mittlere Industrie ausgedehnt werde, ohne daß hiedurch ihr ursprünglicher Zweck der Förderung gesunder Mittelstandspolitik verleugnet werden darf.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Beschlußantrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Der zweite Beschlußantrag der Herren Abgeordneten Dr. Zeidler und Genossen lautet *(liest):*

„Der Nationalrat fordert die Regierung auf, dem Gewerbeförderungsamt die freie Verfügung über den nötig erscheinenden Ausgleich innerhalb einzelner Ausgabenposten des Staatsvoranschlages zu ermöglichen, wodurch der ganze Apparat beweglicher und anpassungsfähiger gemacht würde.

Die Regierung wird aufgefordert, das Gewerbeförderungsamt nach kaufmännischen Grundsätzen, welche die heutige Staatsverrechnung unmöglich macht, zu führen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Beschlußantrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Der dritte Beschlußantrag lautet *(liest):*

„Die Regierung wird aufgefordert, zu sorgen:

1. für die rasche Ausgestaltung der Wiener Fachschule für Textilindustrie durch Schaffung einer textiltechnologischen Abteilung,

2. für die Ausgestaltung der keramischen Abteilungen an der Wiener Kunstgewerbeschule und der Grazer Staatsgewerbeschule,

3. für die Errichtung einer Schule für Hafnerei und Töpferei,

4. für die Schaffung einer großen Fachlehranstalt für Möbelindustrie,

5. für die Schaffung einer modern eingerichteten Schuhmacherschule.“

Ich muß aufrichtig sagen, ich glaube, es würde sich empfehlen, diesen Beschlußantrag dem Ausschusse zuzuweisen. *(Zustimmung.)* Ich beantrage daher, diese Entschlüsse dem Finanz- und Budgetausschusse zuzuweisen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Schließlich liegt noch ein vierter Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Zeidler und Genossen vor (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, für die Gewinnung hochqualifizierter technischer Lehrkräfte für die gewerblichen Staatsschulen zu sorgen und zu diesem Zwecke mit dem starren Besoldungssystem zu brechen.“

Ich glaube, auch dieser Beschlußantrag solle dem Ausschusse zugewiesen werden. (*Zustimmung.*) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesen Beschlußantrag dem Finanz- und Budgetausschusse zuweisen wollen, sich von den Sigen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche Kapitel 23, Titel 1, 2, 3 und 4, „Bergwesen“, annehmen wollen, sich von den Sigen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich auch hier die Entschlüsse 1 bis einschließlich 4 unter Einem zur Abstimmung bringen. (*Zustimmung.*)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diese Entschlüsse annehmen wollen, sich von den Sigen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 24, „Bauten.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche Kapitel 24, „Bauten“, annehmen wollen, sich von ihren Sigen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich auch die diesem Kapitel beigebrachten Entschlüsse unter Einem zur Abstimmung bringen. (*Zustimmung.*)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diese Entschlüsse annehmen wollen, sich von den Sigen zu erheben. (*Geschicht.*) Sie sind angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 33: „Bundeskommision für Sozialisierung.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche Kapitel 33, „Bundeskommision für Sozialisierung“, annehmen wollen, sich zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Damit ist dieser Abschnitt erledigt.

Wir kommen nun zum nächsten Abschnitt, das ist „Soziale Verwaltung“. Ich bitte den Herrn Berichterstatter Fischer, die Verhandlungen einzuleiten.

Spezialberichterstatter **Fischer**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat zwei volle Tage der Beratung des Voranschlags des Bundes-

ministeriums für soziale Verwaltung gewidmet und den bezüglichlichen Ziffern sowie den Entschlüssen einstimmig seine Zustimmung erteilt. Der Finanzausschuß hat damit nach einer sehr eingehenden Debatte den Standpunkt des Berichterstatters gutgeheißen, daß es bezüglich der Sozialreform in Österreich keinen Stillstand geben kann und darf, sondern daß im Gegenteil der Arbeiterschutz, die Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten wie die Arbeiterversicherung unter allen Umständen fortgeführt und ausgestaltet werden müssen.

Es ließe sich zu diesem Kapitel, das eines der allerwichtigsten im Voranschlage ist, selbstverständlich außerordentlich viel bemerken. Ich darf aber auf den ausführlichen schriftlichen Bericht des Ausschusses verweisen, der die Beratungen des Ausschusses wiedergibt, und dem die Entschlüsse, die der Ausschuß gefaßt hat, angeschlossen sind. Es wäre zu wünschen, daß die Daten, die wir in dem schriftlichen Bericht des Ausschusses niedergelegt haben, einem sehr eingehenden Studium seitens des Hauses unterzogen würden. Diese Daten erbringen den Beweis, daß im Bundesministerium für soziale Verwaltung mit einem wahren Bienenfleiß gearbeitet worden ist. Bei den Beratungen im Ausschuß hat sich das auch dadurch erwiesen, daß gegen den eigentlichen Voranschlag des Kapitels „Soziale Verwaltung“ keine Einwendungen erhoben wurden, sondern daß im Gegenteil verschiedene im Voranschlag enthaltene Zahlen vom Ausschusse warm begrüßt worden sind.

Das gilt ganz besonders von den Ziffern bezüglich der Arbeitslosenfürsorge. Im vorigen Jahre wurden für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge 349.537.200 K aufgewendet. Es ist ein Beweis für die Erstarkung unseres Wirtschaftslebens, daß in diesem Jahre, im Voranschlage 1920/21, nur 116 Millionen eingesetzt wurden.

Von diesen sollen rund 40 Millionen Kronen in der Form von Beiträgen der Arbeiter an die Staatsfonds zurückfließen. Es darf sogar der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß auch dieser eingesetzte Betrag nicht zur Verwendung kommen wird, denn es ist doch zu gewärtigen — und die bisherige Entwicklung beweist es ja auch —, daß wir mit den eingesetzten Beträgen bei der Arbeitslosenfürsorge das Auslangen finden werden. Der letzte ganz abgerechnete Monat der Arbeitslosenunterstützung ist der Monat Dezember 1920. Ende Dezember 1920 betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Österreich 16.637. Von den unterstützten Arbeitslosen wohnten in Wien 13.430. Die meistbetroffenen Branchen in Wien waren die Metallarbeiter mit 3386 Arbeitslosen, die Bauarbeiter mit 2065 Arbeitslosen, die Handelsangestellten mit 1794 Arbeitslosen, das Gastgewerbe

mit 1544 Arbeitslosen und die nicht qualifizierten Hilfsarbeiter mit 2530 Arbeitslosen.

Im Monat Dezember wurden im ganzen an Arbeitslosenunterstützung aufgewendet 7.623.000 K. Der Gesamtaufwand an Arbeitslosenunterstützung seit Beginn der Arbeitslosenversicherung im Mai 1920 beträgt etwa 55 Millionen Kronen. Diese Ziffer ist ein Beweis dafür, daß unsere Wirtschaftsverhältnisse tatsächlich bedeutend erstarbt sind, denn ich habe bereits darauf hingewiesen, daß im Vorjahre ein Betrag von über 349 Millionen Kronen in den Staatsvoranschlag aufgenommen werden mußte.

Aus dem schriftlichen Bericht möchte ich weiters hervorheben, daß bei der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß sowohl seitens des Berichterstatters als seitens der Parteien eine weitere Ausgestaltung der Gewerbeinspektion dringend gewünscht worden ist. Es ist nicht nur verlangt worden, daß gewerbehygienisch vorgebildete Ärzte in den Dienst der Gewerbeinspektion gestellt werden, sondern es ist auch gewünscht worden, daß die Zahl der Inspektionsbeamten bedeutend vermehrt werden soll. Es ist weiters seitens des Berichterstatters im Ausschuß unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Ausschusses darauf verwiesen worden, daß in unserer Gewerbeinspektion auch die Anstellung eigener Fachbeamter, Fachinspektoren sich als notwendig erweisen wird. Solche Fachinspektoren wären dann in erster Linie notwendig für das Handelsgewerbe in Wien und in den übrigen größeren Städten der Republik und ebenso wäre die Schaffung der Stelle eines Fachinspektors notwendig für die Wiener Theaterbetriebe, die bekanntlich wahre Mausefallen sowohl für die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten als auch für das Publikum sind.

Im Ausschuß haben die Abschnitte über die Wohnungsfrage einen bedeutenden Raum eingenommen und die im Bericht abgedruckten Entschlüsse beziehen sich vor allem auf die Wohnungsfrage.

Für das Volksgesundheitsamt ist ein Betrag von 2.444.000 K. in Aussicht genommen. Im Nachtrag ist ersichtlich, daß diese Ziffer mittlerweile eine bedeutende Erhöhung erfahren hat. Trotzdem wird das Volksgesundheitsamt auch mit der erhöhten Ziffer das Auslangen unter keinen Umständen finden können. Das Volksgesundheitsamt hat gegenwärtig vor allem die große Aufgabe, die ansteckenden Krankheiten zu bekämpfen, insbesondere die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten. Die Bekämpfung der Tuberkulose in Österreich ist deshalb so außerordentlich erschwert, weil wir einen großen Mangel an geeigneten Anstalten haben. Wir haben gegenwärtig in Niederösterreich 11 Tuberkuloseheilanstalten mit 1345 Betten, in Oberösterreich 4 Anstalten mit 385 Betten, in Salzburg eine Anstalt mit

160 Betten, in Steiermark 8 Anstalten mit 540 Betten und in Vorarlberg eine Anstalt mit 120 Betten, zusammen also in der ganzen Republik 25 Anstalten mit 2540 Betten. Im Anhang zum Bericht zum Abschnitt XIII findet das hohe Haus ein Verzeichnis der österreichischen Tuberkulosefürsorgeanstalten. Diese Anstalten können selbstverständlich unter keinen Umständen ausreichen und es wird notwendig sein, sowohl die Zahl der Anstalten als die Zahl der Betten zu vermehren.

Gegenwärtig wird in Österreich eine sehr wichtige Aktion durchgeführt, nämlich eine energischere Inangriffnahme der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Derzeit ist eine Zählung der Geschlechtskranken im Zuge, nur muß gesagt werden, daß die Durchführung der bezüglichen Erhebungen auf große Schwierigkeiten stößt. Die Ziffern, die schon jetzt vorliegen, sind ganz erschreckend. Genaue Zahlen haben wir lediglich über die Frequenz in den Beratungsstellen für Geschlechtskranke. Diese Beratungsstellen wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni des vorigen Jahres von 13.359 Personen besucht, darunter waren 9494 Männer und 3865 Frauen. Davon entfallen auf Wien 10.669 Personen, darunter 7694 Männer und 2975 Frauen.

Aus diesen Ziffern allein, die beliebig durch das Material, das mittlerweile eingelaufen ist, vermehrt werden könnten, kann das hohe Haus ersehen, wie wichtig und notwendig es ist, daß unser Volksgesundheitsamt mit dem Aufgebot aller zur Verfügung stehenden Kräfte darauf hinarbeitet, diese erschreckende Seuche möglichst zu bekämpfen.

Was die Entschlüsse anlangt, die der Ausschuß beschlossen hat, so beziehen sie sich, wie ich bereits erwähnt habe, in erster Linie auf das Kapitel „Wohnungsfürsorge“ und das „Siedlungsproblem“.

Der Ausschuß hat folgende Entschlüsse angenommen (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestens eine Vorlage auf Förderung des Wohnungsbaues zu unterbreiten, die auf dem Grundsatz beruht, daß die Verzinsung des verlorenen Bauaufwandes garantiert wird.“

„Im Bundesministerium für soziale Verwaltung ist eine Zentralstelle für das Siedlungswesen zu schaffen.“

„Die Regierung wird aufgefordert, dem Nationalrat sobald als möglich den Entwurf eines Siedlungsgesetzes im Sinne der allgemeinen Hebung der Produktion vorzulegen, das eine Enteignung von zu Siedlungszwecken geeigneten Grundstücken vorsieht, sowie geeignete Maßnahmen zur

Kreditbeschaffung für Siedlungsgenossenschaften. Als geeignete land- und forstwirtschaftliche Grundstücke im Sinne der Entschließung Dr. Deutsch werden vor allem jene erachtet, welche der Bodenspekulation dienen."

"Um für die zweckdienliche Lösung der Siedlungsfrage als der brennendsten Zeitfrage den unerläßlichen Baukredit zu ermöglichen, wird die Regierung aufgefordert, ihre besondere Aufmerksamkeit der Erreichung eines Reichsiedlungsanlehens im Auslande zuzuwenden."

"Die Regierung wird aufgefordert, die zur Behebung der Wohnungsnot in Aussicht zu nehmenden Maßregeln derart zu beschleunigen, daß sie noch für die Bauperiode 1921 wirksam werden."

"Die Regierung wird aufgefordert, gesetzliche Maßnahmen gegen den Bodenwucher, insbesondere soweit es sich um Bauplätze für Wohnungsbauten handelt, vorzubereiten und die Frage in Erwägung zu ziehen, ob man nicht durch Einführung einer Grundwertsteuer, die später durch eine Grundwertzuwachssteuer zu ergänzen wäre, an Stelle der bisherigen Bodenertragssteuer der Lösung des Problems der Bodenpreise näher kommen oder dieselbe vielleicht vollends erreichen könnte."

"Die Regierung wird aufgefordert, ein Bundesgesetz vorzubereiten, wonach Banken sich erst dann niederlassen dürfen, wenn sie für ihre Kanzleien und für ihre Angestellten durch eigene Wohnungsneubauten Vorsorge getroffen haben."

Einen breiten Raum bei den Beratungen im Ausschusse hat vom Standpunkte der Wohnungsfürsorge auch die sogenannte Ostjudenfrage eingenommen. Der Ausschuß hat diesbezüglich folgende Entschlüsse beschlossen (*liest*):

"Die Regierung wird aufgefordert, mit der tschecho-slowakischen Regierung Verhandlungen darüber zu führen, daß Transporte polnischer Staatsbürger durch die Tschecho-Slowakei durchgelassen werden, auch wenn sie keine Dokumente besitzen."

"Die Regierung wird aufgefordert, mit der polnischen Regierung neuerdings darüber zu verhandeln, daß der Rückkehr polnischer Flüchtlinge aus Österreich in ihre Heimat keine Hindernisse bereitet werden und daß insbesondere der versprochene Rücktransport

von 4000 Flüchtlingen durchgeführt werde. Dem Nationalrat ist hierüber zu berichten."

Der Finanz- und Budgetausschuß hat weiter im Sinne seiner Beratungen folgende zwei Entschlüsse angenommen (*liest*):

"Die Regierung wird aufgefordert, in den Nachtrag zum Bundesvoranschlag das Erfordernis für die Anstellung gewerbehygienisch vorgebildeter Gewerbeärzte bei der Gewerbeinspektion einzustellen."

"Das Bundesministerium für Finanzen wird beauftragt, im Nachtrag zu Kapitel XIII einen Kredit zum Zwecke der Subventionierung der berufsmäßigen Jugend- und Tuberkulosefürsorge einzustellen."

Die Regierung hat in dem Nachtrage, der dem hohen Hause ebenfalls vorliegt, der Auforderung des Finanz- und Budgetausschusses bereits entsprochen.

Es erübrigt nur daher, nur mehr das hohe Haus zu bitten, dem Abschnitt XIII, Titel 1, 2, 3, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen und die vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Entschlüsse zum Beschlusse zu erheben. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Ich breche die Verhandlung ab.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, mit der die Einbringung einer Vorlage der Bundesregierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Vorlesung dieser Zuschrift.

Schriftführer **Seidl** (*liest*):

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 21. Jänner 1921 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Aufhebung des Gesetzes über die registrierten Hilfskassen (258 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen."

Wien, am 15. März 1921.

Dr. Reisch."

Präsident: Diese Vorlage wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Die Vorlage der Bundesregierung über das Bundesgesetz, betreffend die Bundesstraßen

(253 der Beilagen), weise ich dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, die Vorlage der Bundesregierung über das Bundesgesetz, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Linz auf Grund des Anlehens vom Jahre 1921 auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (255 der Beilagen) dem Finanz- und Budgetausschusse zu.

Ferner weise ich die Anträge Nr. 234, 236 und 247 der Beilagen dem Ausschusse für soziale Verwaltung zu.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen, Mittwoch, den 16. März, 11 Uhr vormittags mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21 (168 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Er ist genehmigt.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 35 Minuten abends.

